

Pol. civ.

142

æt

Lol. civ.
142 xt

Sylva

KV

^

<36614824510011

<36614824510011

Bayer. Staatsbibliothek

Fort mit den Spiel-Banken!

Ein Loosungswort der Gegenwart!

Unpartheiisches Gutachten über die Berechtigung dieser
Forderung, über die Gemeenschädlichkeit der Spiel-
Banken und eine billige zweckentsprechende Lösung
dieser Frage

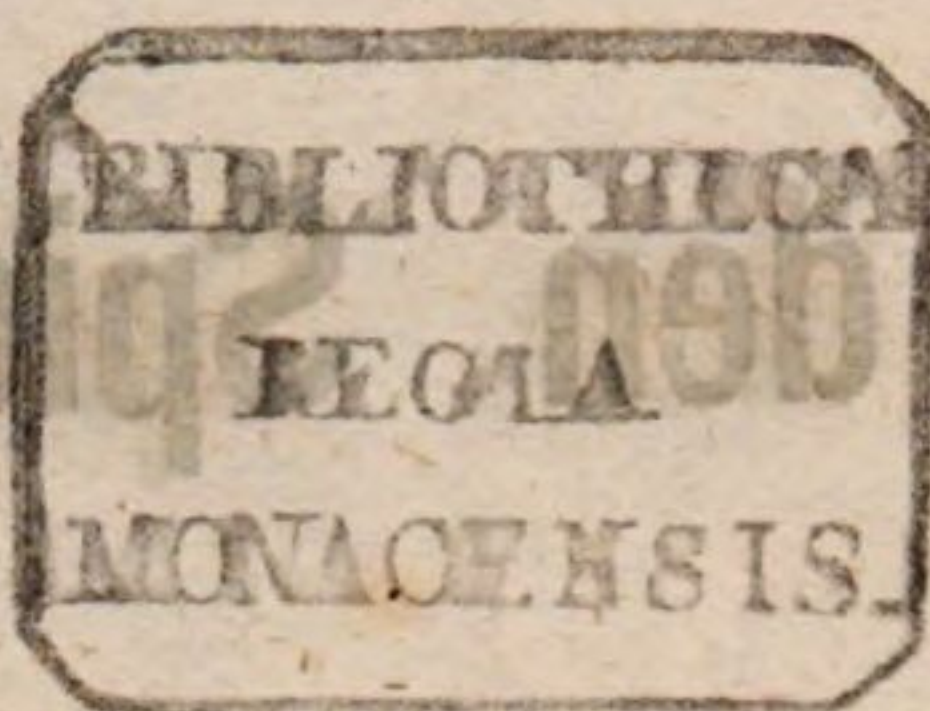
von

Dr. J. Sylva.

München, 1867.

Verlag von Caesar Fritsch.

55 - 1/2 K.



Motto:

Wozu der Lärm?

Was steht den Herren zu Diensten?

Göthes Faust!

Aufhebung der Spielbanken!

Sobald der neue Wirth sieht, dass die Geschäfte in einem Laden gut gehen, sagt er zu dem Miether: Sie werden wohl auch am längsten bei mir gewohnt haben! Wieso? spricht Jener zum Sterben vor Aerger bereit. Ich habe ja noch zehn Jahre Contract. — Contract hin, Contract her sagt der Mietherr — das ist keine berechtigte Eigenthümlichkeit, — und verlängert ihn gegen entsprechende Entschädigung.

Kladderadatsch vom 11. August 1867.

Standpunkt des Verfassers.

Zur Vermeidung von Missverständnissen zur Charakterisirung dieser Schrift und zur Orientirung für den Leser schicke ich die Bemerkung voran, dass es sich hier nicht etwa um eine Partheischrift im Allgemeinen handelt, dass der Verfasser weder für eine bestimmte Spielbank oder das Institut der Spielbanken überhaupt das Wort zu ergreifen gesonnen ist noch etwa für das Recht der Staatsgewalt, über kurz oder lang mit den Spielbanken tabula rasa zu machen, in die Schranken treten will. Beides liegt ihm ferne. Er ist weder ein Regierungsmann, der sein Gutachten der Oeffentlichkeit übergeben will, um bevorstehende Schritte der Staatsgewalt populär zu machen oder die unabweisliche Nothwendigkeit derselben zu deduciren, noch viel weniger gehört er zur Schwefelbande der Spielbank-Literaten, d. h. zur Sorte jener Scribenten, die aus Gründen mehr finanzieller als juridischer Natur für die unveräusserlichen Rechte der HH. Benazet, Blanc, Briquepoul und wie sie immer heissen mögen ihre Gänsekiele in Bewegung setzen. Wir wollen uns überhaupt nicht ereifern, weder für den einen noch den anderen Theil, blinden Eifer gibt es nur dort, wo materielle Interessen im Spiele sind, wo der persönliche Nutzen oder Gewinn massgebend ist. Diess ist bei dem Verfasser nicht der Fall. Seinetwegen kann der Staat morgen durch einen Gewaltstreich sämtliche Spielbanken durch Füsiliere oder Dragoner sprengen und die Theilnehmer des Spieles auseinanderjagen; **er** (der Verfasser) gewinnt nichts dadurch und verliert andererseits nichts, wenn die Spielbanken noch Decennien hinaus geduldet werden sollten.

Verfasser ist selbst kein Spieler, ja nicht einmal ein Liebhaber des Spieles, obgleich er in jedem Jahre ein Spielbad besucht und sich dort — procul negotiis — wohlsein lässt.

Was also ist der Grund und Zweck dieser Schrift? Kein anderer als die Wahrheit, das Streben, der Drang die Wahrheit selbst zu erkennen und Anderen zur Erkenntniss der Wahrheit über eine heute so vielfach ventilirte die Interessen von vielen Städten und Hunderten von Menschen berührende Frage zu verhelfen, einen Keil zwischen die beiderseitigen Streit- und Parthei-Schriften hineinzutreiben und beide Richtungen indirect zu widerlegen.

Sollte die Staatsgewalt, welche sich eben jetzt mit der Entscheidung der „heiklichen Frage“ beschäftigt von der Schrift Notiz nehmen und manches aus derselben noch in letzter Stunde als nicht ganz werthloses Material verwenden, sollte der eine oder andere Abgeordnete dieser oder jener Kammer es der Mühe werth erachten die Schrift zu durchblättern, um frei von Voreingenommenheit sich Manches aus derselben für etwaige widerkehrende Debatte anzueignen, sollte die Tagespresse von einzelnen Partheien der Schrift mehr als vorübergehende oberflächliche Notiz nehmen und die ewige Negation, in der sie sich dieser und anderen Fragen gegenüber befindet, aufgeben, dann wäre der Verfasser höchlichst zufrieden und würde für sein Bischen Zeit und Mühe hinlänglichst entschädigt sein. Abgesehen von diesen geheimen Wünschen ist die Schrift für das grosse Lesepublikum berechnet, das über die Spielbanken-Frage so viel wie gar kein Urtheil hat und seine ganze Weisheit in dieser Frage nur aus einseitigen Zeitungs-Artikeln und langwierigen Kammerdebatten geschöpft hat. Es fehlt allerdings nicht an einer ansehnlichen Spielbanken-Literatur. Eine erkleckliche Anzahl Broschüren behandelt das „rien ne va plus“, das „Rouge et noir“ u. s. w., aber von welchem Standpunkt, aus welchen Federn herrührend? Gewöhnlich sind die Herren Autoren solche Geisteskinder, die im Moment wo sie durch Hunger und leere Taschen getrieben, ihre Broschüren zu schreiben anfangen auf die „grossmüthige Unterstützung“ dieser oder jener „hochlöblichen“ Spielbank rechneten und sich daher „submisst“ unter irgend einem Vorwande einen „Vorschuss“ erbat. Kam dieser — und in vielen Fällen mag diess immerhin geschehen sein — dann blies man in die Lobestrompeten und priess, je nachdem die Höhe des Honorars ausfiel, die Zweckmässigkeit, den Nutzen der Spielbank u. s. w. Blieb aber der erbetene „Vorschuss“ aus, folgte ein leerer oder gar kein Brief — keine Antwort ist stets auch eine Antwort — dann kehrte man den Spiess um, tobte und wüthete gegen Croupiers und geldgierige Spielpächter, schwang sich zu moralischen Tiraden auf, verwandelte einfach jedes Pro in dem bereits fertigen Manuscript in ein Contra und machte mit der Schrift, welche Hass und Wuth über den „schmählichen

Undank“ dieser verteuflten Banken dictirte doch noch ein erträgliches Geschäft, denn unsere Herren Buchhändler kaufen am liebsten derartige gewürzte Manuscripte und haben die Maxime: Je pikanter desto besser! Wie hätten also solche Schriftchen keine Abnehmer und Käufer finden sollen? Finden ja Manuscripte des berühmten Vacano viel leichter einen Verleger als eine Schrift von Adolf Schmidt oder Treitschke!

Ganz im Gegensatze zu jener Literatur ist freilich meine Schrift gehalten. Wer in derselben pikante Schilderungen, Badeabenteuer, Mystères von Croupiers, Professionsspielern oder den unvermeidlichen, nunmehr weil es die Mode erfordert mit hochrothen Haaren ausgestaffirten unvermeidlichen Damen sucht, wird die Schrift unbefriedigt bei Seite legen. Der Culturhistoriker dagegen, der Statistiker, der „beschauliche Reisende“ wird — wie ich hoffe — mit Interesse darin blättern und Manches in derselben finden, das ihn fesselt oder worüber er vielleicht bisher noch nicht so genau informirt war. Ich verzichte gerne darauf, ein Originalwerk im strengen Sinne des Wortes zu liefern und erscheine im Interesse des Ganzen oftmals als Sammler, ich verzichte mehr als einmal auf das Wort und trete es an Andere ab, wo es mir zweckentsprechend erscheint. Ich lasse die betreffenden Städte und Bürger, die Einwohner der Spielbäder selbst das Wort führen, um die Volksstimme zur Geltung kommen zu lassen, vor der man ja doch sonst sich so gerne beugt. Ich meinerseits erkenne die Wichtigkeit und Bedeutung dieser vox populi vollkommen an und stelle sie über die Parthei-Urtheile, denn die Bevölkerung ist in diesem Falle nicht selbst Parthei, sie steht vielmehr über den Partheien, welche hier der Staat einerseits und die Spielbanken-Unternehmungen andererseits sind.

In dieser Beziehung darf mein Buch als eine ethnographisch-statistische - Abhandlung jedenfalls einen höheren Werth beanspruchen als ephemere Touristen-Büchlein und leicht hingeworfene Feuilleton-Skizzen.

Mein persönlicher Standpunkt wird den Lesern bald klar werden. Ich verlange Gerechtigkeit für Jedermann, Beachtung des Rechtes, auf welcher Seite es sich finden mag und Aufrechterhaltung von Verträgen, oder wo dies absolut unmöglich sein sollte: eine billige Ablösung und Rechtsentschädigung, bei welcher kein Theil verkürzt werden soll. Diesen juridischen und der Humanität angemessenen Standpunkt halte ich auch den Spielbanken-Unternehmungen gegenüber fest.

Ich stimme ein in das Loosungswort: **Fort mit den Spielbanken!** aber ich bin weit entfernt, dem Nachsatz

beizustimmen: und zwar sofort, ohne Entschädigung; oder in den Rath, den man der Staatsgewalt gibt: Die Staatsgewalt hat sich nicht um Verträge zu kümmern, die dem Gemeinwesen schädlich sind. Ahnt man wohl, welch' fürchterliche Consequenzen sich aus einer solchen Rechtsdeduction ergeben müssen, oder glaubt man, dass die Staatsgewalt, wenn man ihr einmal dieses Recht: das Recht zu beseitigen, wenn es opportun erscheint, in die Hände gespielt hat, es bei der einen Frage bewenden lassen und nicht auch in ganz anderen Fragen einen weniger erwünschten Gebrauch machen wird?

Desshalb und nach sorgfältigster Prüfung der faktischen Verhältnisse, nach eingehenden jahrelangen Studien der wirklichen unverfälschten öffentlichen Meinung, der Wünsche und Interessen der von dieser Frage zumeist berührten Bevölkerungen stimme ich dem Loosungswort: Fort mit den Spielbanken! nur bedingungsweise bei. Ich sage ebenfalls: fort mit den Spielbanken! aber nur unter solchen Modalitäten, dass man nicht etwa das Kind mit dem Bade verschüttet, und die Interessen von Tausenden, von blühenden Städten nicht durch ein überstürztes unpraktisches Vorgehen beeinträchtigt und auf eine nicht wieder gutzumachende Weise beschädigt werden.

Aufhebung des öffentlichen Spieles! meinerwegen, aber nicht Umsturz aller bestehenden Verhältnisse, nicht tabula rasa gemacht!

Keine Vertagung der Aufhebung des Spieles ad calendae graecas!

Keine Verschleppung der Frage bis zu Olym's Zeiten! Aber doch Festsetzung einer erforderlichen längeren Frist, bis zu deren Ablauf eine Schadloshaltung der bedrohten Städte und Bürger mit Sicherheit bewerkstelligt ist!

Dies mein Standpunkt, der freilich vielleicht weder den einen noch den anderen Theil befriedigen dürfte, aber nichts desto weniger der einzig billige und ohne gefährliche Rechtsverletzung einzig mögliche ist, weil er eine juristisch-humanitäre Lösung der Frage in sich schliesst.

In nachfolgenden Capiteln wollen wir nun die einzelnen bedeutenderen Spielbäder, ihre Verhältnisse, Einrichtungen, ihre Fonds und die Wünsche und Beschwerden ihrer Einwohner näher kennen lernen und werden wir unsere Schilderungen durch Aktenstücke und genaue statistische Mittheilungen ergänzen.



Baden-Baden.

Unstreitig das eleganteste und luxuriöseste aller Spielbäder ist Baden im Grossherzogthum Baden, das einstige *Civitas Aurelia Aquensis* der Römer, durch sechs Jahrhunderte der Sitz der Markgrafen von Baden. Die Lage gehört zu den herrlichsten, die man sich denken kann, und in dieser Beziehung kann allerdings kein Spielbad mit Baden concurriren. Die Nähe des lieblichen Schwarzwaldes, die prachtvollen Ausflüge, wozu die nächste Umgebung vielfache Gelegenheit bietet, das reizende Oosthal in welchem das Bad wie von einer guten Fee hineingezaubert liegt, — einen Spaziergang, der Lichtenthaler Allee zu vergleichen, hat wohl kein Bad aufzuweisen; Alles dieses lässt Baden als die Königin aller Badeorte erscheinen. Aber auch der Luxus, die Pracht, der Comfort, und die auserlesene Gesellschaft, welche sich in Baden jahraus jahrein einzufinden pflegt, müsste Baden einen königlichen Glanz verleihen, selbst wenn die Natur nicht in reichem Masse das Ihrige zur Verherrlichung gethan hätte. Baden ist Sommerresidenz des allverehrten durchlauchtigsten grossherzoglichen Paares, welches in den Sommermonaten das neue Schloss bewohnt. Seit einer langen Reihe von Jahren beherbergt es in den Sommermonaten das hohe Königspaar Preussens. Schon als Prinz von Preussen versäumte es der gegenwärtige König niemals wenigstens einige Wochen in jedem Jahre hier zuzubringen. Die geistreiche lebenswürdige Freundin der Kunst sowohl wie der Natur, Königin Augusta — die Enkelin des unsterblich gewordenen Carl August von Weimar äusserte mehr als einmal, dass ihr nächst Coblenz das reizende Baden-Baden ganz besonders ans Herz gewachsen sei, und ihr Etwas von den Sommerfreuden fehlen würde, wenn sie den Aufenthalt in

Baden entbehren müsste. So kam es auch, dass im vorigen Jahre Königin Augusta bis wenige Tage vor Ausbruch des durch Oestreichs frechen Uebermuth und die schmachvolle schwankende zweideutige Haltung der süddeutschen Cabinete hervorgerufenen frevelhaften Bruderkrieges, in welchen auch der edle Grossherzog von Baden wider seinem Willen hineingerissen wurde, in Baden verblieb. Als die hohe Frau Mitte Juni von Baden nach Berlin zurückkehrend Darmstadt passirte, kam es vor, dass sie in der Hauptstadt des Hauptfaisseurs und Schleppträgers der perfiden Habsburger Politik eine halbe Stunde auf den Abgang des Zuges warten musste, da eben die lieben deutschen Brüder aus Oestreich (*rectius* das kroatische und slavische Diebsgesindel, das in Mainz, Rastadt etc. hauste,) in seine Heimat mittelst Eilzügen zurückbefördert wurde, um dort bei Königgrätz und an zahlreichen andern Orten sich die verdienten Schläge zu holen. Welche Gedanken mögen die geistvolle edle Frau beseelt haben als sie nach dieser — wie man wohl glauben darf — nicht unabsichtlich hervorgerufenen Verzögerung ihre Reise weiter fortsetzen konnte und auf solche Weise ihre Badekur unterbrochen war! — Nach kaum 3 Monaten kehrte die hohe Frau wieder nach Baden zurück. Diesmal verzögerte kein Hinderniss die Fahrt der hohen Frau. Am Darmstädter Bahnhof präsentirten Preussen das Gewehr, der Intriguenschmid Dalwigk war auf der Flucht, Alexander der Grosse war total geschlagen und auf permanentem Rückzug begriffen und gewisse andere Leute warteten die Dinge ab, die da kommen sollten und mochten im Innern neuen Racheplänen und Vergeltungsideen Raum geben, so zuckersüss auch äusserlich ihre Proklamationen und Amnestieacte gewesen sind, die ihnen die Gewalt der Umstände und die herrlichen Siege Preussens abgezwungen hatten. Die Königin war aber wieder in ihrem schönen Baden, mit Jubel und Begeisterung von der Bevölkerung aufgenommen, die in ihr einen freundlichen, milden Schutzgeist des Ortes verehrte, und vergass die bitteren Stunden der kurzen Trennung in den Armen ihrer lieblichen und engelgleichen Tochter, der allverehrten Frau Grossherzogin von Baden, welche von der österreichischen Partei und dem ultramontanen schwarzgelben Camarillagesindel, das in Baden momentan Oberwasser bekommen hatte, manche kränkende Demüthigung zu erfahren gehabt hatte.

Zu den getreuesten Badegästen Badens zählt u. a. die Frau Herzogin Marie von Hamilton (Tochter der verewigten

Frau Grossherzogin Stephanie), welche kindliche Pietät und Anhänglichkeit für das schöne Stück Erde alljährlich in ihre prachtvolle Besetzung allhier zurückführt.

Wer Baden-Baden zum ersten Mal besucht und die Herrlichkeit, den Glanz des Ortes, die Reihe stolzer pallastartiger Hôtels, die Elite der Gäste, die Pracht, den Luxus und feinsten Geschmack der Toiletten bewundernd schaut, dürfte allerdings nach oberflächlicher Betrachtung der Dinge zu der Ansicht gelangen: Alles dies werde und müsse auch ohne den Fortbestand der Spielbank fort dauern, das liege so in der Natur der Dinge, Baden sei theils als Grenzstadt Frankreichs und Deutschlands, theils durch seine paradiesische Lage, theils durch jahrelange Gewohnheit seiner Besucher ein von der Natur geschaffener Sammelpunkt des *beau-monde* aller Länder, und werde diess auch bleiben, wenn längst keine Roulette und kein Phrao mehr Spiellustige anlocken und die Rufe: *Messieurs faites votre jeu* verstummt sein werden. Anders freilich gestaltet sich die Sache bei näherer eingehenderer Betrachtung der wirklichen thatsächlichen Verhältnisse und wir werden im Verlaufe dieses Capitels die Meinung der Bürgerschaft selbst hören, die jedenfalls kompetenter ist, als jene oberflächlicher Touristen, kritikloser Nachbeter und feindseliger, weil vergeblich an den Pressfond der Bank, an die in kolossalster Weise ausgebeutete Grossmuth des Herrn Benazet appellirender, Literaten und Zeitungsschreiber, oder wohl auch die zopfige Anschauung einer bevormundungssüchtigen Bureaukratie und die Wiederkäuerer liberaler Phrasen und humanistisch klingender Floskeln von Seite einer redeseligen, um jeden Preis Aufsehen erregenden Kammer-Majorität. Wir werden hören, dass Baden-Baden zwar allerdings ein Luxusbad aber eigentlich doch in höherem Grade ein Spielbad, oder vielmehr nur durch das öffentliche Spiel und seine Zulassung ein Luxusbad geworden ist, wir werden erfahren, dass die stattliche Reihe grossartiger pallastähnlicher Gasthöfe und Zinshäuser nur durch die Spielbank und mit der Spielbank Existenzberechtigung und Garantie ihres Fortbestandes besitzen, wir werden endlich auch von dem allzu einseitigen Glauben, dass nur die paradiesische Schönheit der Lage und Umgebung Badens alljährlich so viele Tausende dorthin locke, zurückkommen und uns durch Badener Bürger selbst überzeugen lassen, dass nicht diese mit Recht so vielgepriesenen Naturschönheiten die Millionen an Geld und Leuten in das Oosthal gebracht haben, sondern ganz andere Factoren, und dass es, was Natur-

schönheiten betrifft, doch noch ganz andere Punkte gibt, mit welchen Baden unmöglich eine Concurrenz auszuhalten im Stande wäre; ich verweise hier nur auf einige wenige z. B. auf das Salzkammergut in Oesterreich mit seinen paradiesischen Punkten: Gmunden, Ischl, Hallstadt, Gosau; auf den Bodensee, auf das bayerische und tyrolische Hochland, Steyermark, Salzburg u. s. w.

Werfen wir im Nachfolgenden einen kurzen gedrängten Ueberblick auf die Agitation für und gegen den Bestand der Spielbank.

Unter der Regierung des weisen Kurfürsten Karl Friedrich wurde das öffentliche Spiel in Baden eingeführt. Der edle Fürst, Carl Friedrich, der wie Keiner aufrichtiger die Gebote der Sittlichkeit auch im öffentlichen Leben achtete, und ihren heilbringenden Einfluss auf sein Volk, so viel an ihm lag, zu fördern unablässig bemüht war, duldete nach lange fortgesetztem vergeblichem Kampfe das Spiel zu Baden aus Rücksichten, die man den Sitten und Gewohnheiten der Fremden aus höhern Ständen trug, die allmählig in grösserer Zahl und namentlich seit dem 1790er Jahre in dem Curorte sich einfanden. Man liess diese Nachsicht eintreten, weil man sich zuletzt der Badegesellschaft gegenüber von der Unzulänglichkeit der zulässigen Mittel zur Handhabung bevormundender Spielverbote überzeugte, welche für die Masse des Volkes, das die relative Gefährlichkeit der verschiedenen Spiele, die Ungleichheit der Wechselfälle für den Bankhalter und die einzelnen Einsetzer weniger kennt und leichter zu täuschen und zu verführen ist, ohne Zweifel nicht nur ein weit dringenderes Bedürfniss sind, sondern auch den zahlreichen Volksklassen gegenüber, durch angemessene polizeiliche Massregeln zur Beseitigung verführerischer Gelegenheit, leichter ihren Zweck erreichen.

So lange in den Sälen, welche einen Vereinigungspunkt für die Badewelt bildeten, nicht gespielt werden durfte, fanden sich die Liebhaber der Hazardspiele zu vereinzelter Spielpartieen in den Wohnungen der fremden Bankhalter oder anderer Spielfreunde ein, deren sociale Stellung einen Schutz gegen eilfertiges Einschreiten der Polizei zu versprechen schien. Welche Spiele hier, und wie sie gespielt wurden, musste der Polizei unbekannt bleiben, wenn sie nicht ein Spionirsystem organisiren wollte, und that sie diess, so konnte sie davon zur Verhinderung unerlaubten Spieles nur dann erheblichen Nutzen

ziehen, wenn sie sich erlaubte, auf jeden Verdacht hin einzuschreiten, und Polizeicommissäre in die Wohnungen der Verdächtigen eindringen zu lassen. In der That blieben solche Massregeln auch nicht unversucht. Ueberdies hatte man in Folge eines durch das geheime Spiel veranlassten Duells verfügt, dass jeder ohne specielle Erlaubniss sich eindringende Fremde, welcher nicht erweislichermassen das Bad gebrauche, ohne Weiteres fortgewiesen werde. Leicht begreiflich war der Vollzug dieser Vorschriften mit Schwierigkeiten verbunden, und da die Eröffnung der Privatzimmer nicht „ohne dringenden Verdacht wirklich vorgehenden verbotenen Spieles“ geschehen sollte, und überdies empfohlen wurde, „dabei Unannehmlichkeiten möglichst zu verhüten“, so dauerte das geheime Spiel fort, das sich in mannigfachen Beziehungen weit nachtheiliger, als ein öffentliches Spiel erwies. Die einzelnen Spielkreise bildeten sich auch hier theilweise aus Personen, die sich wenig oder gar nicht kannten, und die nur zufällige gesellige Berührung zusammen führte, und waren weit stärkere Anziehungspunkte für Spieler von Profession und Glücksritter, die sich die Formen der vornehmen Welt anzueignen wussten, als eine öffentliche, unter die Wachsamkeit der Polizei gestellte Spielbank.

Werden gefährliche Spieler, nachdem es ihnen gelungen, sich in ehrbare Kreise einzuschleichen, für das erkannt, was sie sind, so ist es oft für Viele, die das Opfer ihrer Industrie geworden, zu spät, und immer entgehen einzelne durch ihre Gewandtheit und die Art ihres Auftretens leicht der Entlarvung. Was ein Spielpächter, ohne die Gefahr, ein gewinnreiches Geschäft zu verlieren, nicht wagen darf, auf jegliche Weise zum Spiele anzureizen, zu verführen, eine durch Gelage oft absichtlich herbeigeführte Aufregung eines Unerfahrenen zu dessen Verderben zu benützen; alles dieses wird die Verschmitztheit solcher Abenteurer nicht unversucht lassen, die, nicht selten kühn und im Gebrauche der Waffen des Zweikampfs gewandt, für ihr gefährliches Gewerbe mittelbar Schutz und Vorschub in dem unheilvollen Vorurtheil finden, welches die Begriffe der Ehre verwirrt. Es hat zwar in Baden auch später noch, als das öffentliche Spiel gestattet war, nicht an Versuchen von Glücksrittern gefehlt, besondere Spielkreise neben der öffentlichen Bank zu bilden; da aber diese dem Bedürfniss der Spielenden genügt und unter polizeilicher Controle steht, so erregte ein solches Unternehmen bei jedem nur einigermaßen Besonnenen schon von vorne-

herein Verdacht, und in den letzten Jahren diene ein im Verborgenen vorübergehend gelungener Versuch selbst zur eindringlichen Warnung. Anders aber verhält sich die Sache, wenn beim Mangel einer öffentlichen Bank jenen Versuchen das Bedürfniss zahlreicher Spiellustigen entgegen kommt. Das Herbeiziehen von Spielern, die in die Geschäfte einer Spielbank im Stillen sich zu theilen suchen, die freie Bahn, die ihnen die Neigung mancher Badegäste zum Spiele für ihre Verführungskünste eröffnet, der Betrug, den sie in das Spiel leicht einführen, und häufigere sogenannte Ehrenhändel waren aber nicht, als die einzigen nachtheiligern Folgen eines nur im Stillen geduldeten Spieles in kleinern Kreisen zu betrachten. Selbst in solchen engern Zirkeln, welche jeden Unehrbaren oder Verdächtigen abzuwehren wissen, hat das Hazardspiel oder jedes grosse Spiel eine schlimmere Seite, da hier dem Spielenden nicht allein die Leidenschaft, die zu grössern Wagnissen hinreisst, sondern auch gar leicht oft eine falsche Scham, die ihn zur Fortsetzung oder Verstärkung des Spieles gegen seine Neigung zu ausschweifenden Wagnissen antreibt, verderblich wird. An der öffentlichen Bank verhindert ihn keine Rücksicht auf seine Umgebung, sein Spiel zu mässigen und sich, wenn er verloren hat, was er, ohne sich wehe zu thun, verlieren kann, ohne Weiteres zurückzuziehen; noch weniger setzt ihn hier freundlicher Zuspruch oder gar zudringliche Aufmunterung, ein Anerbieten von Credit oder die Bereitwilligkeit des Bankhalters, einen verlangten Credit zu gewähren, in Versuchung. Endlich ziehen vereinzelte unbewachte Spielkreise auch leicht manche Einheimische an, welche am öffentlichen Spieltische der Bank zu erscheinen, eine heilsame Scheu vor dem Urtheile ihrer Mitbürger abhält.

So beruhte also die Duldung des öffentlichen Spieles zu Baden auf der Erwägung der eigenthümlichen Verhältnisse des Kurorts, der zahlreiche zeitliche Gäste vereinigt, die geschäftslos nur Erholung und Zerstreuung suchen und zum Theile Hazardspielen nicht abgeneigt sind; sodann auf der Erwägung, dass die wirksame Handhabung eines Spielverbots durch polizeiliche inquisitorische Einschreitungen bedingt wäre, welche, der vornehmen Welt gegenüber, die einen Hauptbestandtheil der Badegesellschaft bildet, unzulässig erscheint, die Unterdrückung des offenen Spiels aber unter dieser Voraussetzung nur die Ursache eines grössern Uebels für Einheimische und Fremde wäre.

Anfänglich (1801), als die Badegesellschaft — der man

früher nur jene Fremden, welche die Heilquelle wirklich benützten, beigezählt zu haben scheint — noch bei weitem nicht so zahlreich und glänzend als später war, erlaubte man das offene Spiel in Wirthshäusern in der Regel mehreren Bankhaltern unter der Aufsicht von Spielkommissären und gegen eine Taxe, die für jede Spielparthie, oder so oft in einem Tage neu aufgelegt wurde, zu entrichten war; später schritt man zu Verleihungen gegen eine bestimmte Pachtsumme für die Badesaison, und nach einigem Schwanken zur ausschliesslichen Begebung an einen Pächter und zur Beschränkung des Spieles auf ein einziges, hiezu bestimmtes Local.

Noch im Jahre 1804 betrug der von mehreren Pächtern, die in verschiedenen Gasthäusern Bank hielten, bezahlte Pacht nur 108 Louisd'or; die Concurrenz hatte den Ertrag im Jahre 1809 bereits auf 9911 Gulden, im Jahre 1812 auf 36,000 Franken, im Jahre 1815 auf 40,500 Fr. oder 18,701 fl., und im Jahre 1824, in der mit Chabert auf 15 Jahre abgeschlossenen Pacht, auf 27,000 fl. gesteigert. Man wollte für die Staatskasse keinen Nutzen ziehen, und glaubte, da nun einmal das Spiel nicht zu hindern sei, durch die Besteuerung dasselbe wenigstens zu beschränken und durch die Oeffentlichkeit und polizeiliche Aufsicht unschädlicher zu machen. Jene Einnahmen wurden ausschliesslich zum Besten des Curortes verwendet, zur Vermehrung und zur Verbesserung der Heilanstalten, namentlich des Armenbades, zu mannigfaltigen Unternehmungen, zur Verschönerung des Badeorts und seiner Umgebungen. Rascher vermehrte sich nun die Zahl der Gäste, hauptsächlich aus den höhern Ständen fast aller europäischen Länder. Die Anforderungen steigerten sich, und man trug kein Bedenken, künftige Einnahmen zu anticipiren. Als die vorletzte Pacht zu Ende lief, fand sich daher die Badekasse mit einer beträchtlichen Schuld belastet. Unter diesen Umständen war die Fortdauer des Spiels zu Baden vor dem Abschluss der letzten Pacht auch nicht einmal in Frage gestellt worden. Die Verwaltung wusste im Allgemeinen, dass die Frequenz einen günstigen Einfluss auf die Geschäfte der Bank geäussert haben musste. Der Absicht der Verwaltung, die Pachterneuerung zur Deckung der Schulden des Badefonds zu benützen, kamen Anerbietungen entgegen, welche zu dem letzten Pachtvertrage vom 7. Februar 1837 für 15 Jahre vom Sommer 1839 an gerechnet, führten, wonach der Spielunternehmer den Betrag jener Schuld mit 140,000 fl. baar erlegte, eine Caution von 34,000 fl. zur Amortisationskasse stellte, eine jährliche Pachtsumme von

40,000 fl. zu entrichten und zu Neubauten oder Verbesserungen auf eine der Anstalt verbleibende Weise jährl. 5000 fl. zu verwenden hat. Durch einen weitem Vertrag vom 11. Mai 1841 der dem Pächter gestattet, das Spiel statt erst am 10. schon am 1. Mai zu beginnen, und statt bis zum 25., sechs Tage länger, also bis zum 31. Oktober fortsetzen zu lassen, verpflichtete er sich, eine weitere Pachtsumme von 5000 fl. zu entrichten und weitere 4000 fl. jährlich zum Nutzen des Kurorts zu verwenden.

Da er bei dieser Gelegenheit zugleich der Waisenhaus-Anstalt zu Lichtenthal eine Schenkung von jährlich 1000 fl. für die noch übrige Dauer des Vertrags machte, so beträgt nunmehr seine jährliche Leistung 55,000 fl.

Der neue Pächter scheint gleich von vorne herein sich klar gemacht zu haben, dass die vornehme und reiche Welt das [Spiel überall finde, für sie seine Bank daher kein Anziehungspunkt, für seine Bank aber Alles, was vornehmen und reichen Gästen den Aufenthalt in Baden, insbesondere in ihren geselligen Berührungen, angenehmer mache, mittelbar eine Quelle vermehrter Gewinnste werde. Die Regierungskommission bestätigte, was in dieser Beziehung der Erste, der sich in ernster, kräftiger, öffentlicher Rede gegen das Spiel zu Baden erhob, mit folgenden Worten sagte: „Das Conversationsgebäude mit seinen Nebengebäuden ist der Vereinigungspunkt für das gesellige Leben. Die Einrichtung und Ausstattung ist von der höchsten Eleganz und Profusion. Die Seele des Ganzen ist der neue Pächter der Hazardspiele, die ihren Tempel hier aufgeschlagen haben. Man muss diesem Manne die Gerechtigkeit widerfahren lassen, dass er Alles aufbietet, um seine Aufgabe, soweit sie gesellige Unterhaltung betrifft, zur Zufriedenheit des Publikums zu lösen, und dass er hierin, entfernt von kleinlichem Eigennutze, mit grossartiger Freigebigkeit verfährt; ein Beweis, dass er seine Rolle begreift, indem er derselben das Gehässige, was sie an sich hat, durch rücksichtsvolle Behandlung des Publikums zu benehmen sucht.“

Auch die Verwaltung fuhr fort, zur Erweiterung der Anstalten für Heilzwecke und zur Verschönerung der Umgebung des Kurorts beträchtliche Summen zu verwenden, welche den Ueberschuss des erhöhten Pachtes über den Bedarf der laufenden Ausgaben des Badefonds weit überschritten. Die Privatunternehmungen zur Herstellung prachtvoller Wohnräume zur Aufnahme der Fremden, die schon früher einen fast beunruhigenden Umfang gewonnen hatten, nahmen

nun gleichzeitig einen neuen Aufschwung. Mit ihnen hielt die Zunahme der Frequenz des Badeorts gleichen Schritt und mit der Zahl der Gäste mehrte sich die Zahl der Theilnehmer am öffentlichen Spiele, und stieg die Masse der Werthe, die vor den Augen des Publikums der Laune des Zufalls überliefert wurden.

Die Zahl der Gäste, die vor 1809 nie 1876 Personen überschritten und in den Jahren 1810 bis 1815 zwischen 2460 und 4094 geschwankt hatte, stieg vom Jahre 1815, da sie nur 2460 betrug, unter unbedeutenden Schwankungen bis zum Jahre 1843 allmählich bis zu 23,828, und belief sich namentlich

	in dem Jahre	1822	auf	6,214,
„	„	1823	„	6,108,
„	„	1824	„	7,279,
„	„	1836	„	15,912,
„	„	1837	„	16,219,
„	„	1838	„	19,198,
„	„	1839	„	19,895,
„	„	1840	„	20,022,
„	„	1841	„	22,231,
„	„	1842	„	23,052.

Allein der Pacht von 55,000 fl. und die, einer Rente von 12,183 fl. gleichkommende einmalige Zahlung von 140,000 fl. lassen auf eine Spielsumme, die sich aus allen einzelnen Sätzen der Spielenden bildet, von circa 7 Millionen Franken schliessen; sie muss aber viel grösser sein, wenn dem Pächter ausser dem Pachtgelde, den bedeutenden laufenden Kosten der Spielunternehmung und dem Bedarf zur Verzinsung des Unternehmungs-Kapitals, und soweit es einer Verzehrerung unterworfen ist, zu dessen Ergänzung noch ein beträchtlicher Gewinn übrig bleiben soll.

Bald erhoben sich nun lebhaftere Angriffe gegen das Spiel zu Baden; waren sie wohl auch theilweise und zwar wie immer grösstentheils durch Privatinteressen veranlasst, so ist doch nicht zu läugnen, dass auch sehr achtbare Männer als Wortführer gegen den Fortbestand der öffentlichen Hazard-Spiele sich erhoben, denn die öffentliche Meinung hatte, einmal — bearbeitet durch Scheingründe und in die urtheilslose Menge geschickt hineingeworfene Phrasen — der Spiel-Frage sich bemächtigt und liess in Ermangelung anderer Objecte, oder vielmehr in der voraussichtlichen Resultatlosigkeit andere Wünsche durchzusetzen und bei anderen Beschwerden so viele Bundesgenossen zu finden von derselben

nicht mehr los. Unter diesen Umständen wurde schon in der badischen Kammer am 3. Januar 1844 ein Antrag von dem Freiherrn von Andlaw eingebracht: „S. K. H. den Grossherzog ehrerbietigst zu bitten, es möge Höchstdemselben gefallen, zu befehlen, dass der Spielpacht in Baden aufzuheben sei.“

Der Commissionsbericht hierüber, erstattet von dem Staatsrath Nebenius, enthält so viel Wahres und Treffendes, dass wenn wir nicht fürchten müssten, die Geduld unserer Leser auf eine zu harte Probe zu stellen und dieser Schrift einen allzugrossen Umfang zu geben, wir denselben seinem vollen Wortlaut nach hier abdrucken würden. Der Antrag des Berichterstatters lautet dahin:

Zum Schluss stellen wir den Antrag:

„dass die hohe Kammer zwar dem Vorschlage, Seine Königliche Hoheit den Grossherzog um Abschaffung des öffentlichen Spieles zu Baden ehrerbietigst zu bitten, nicht unbedingt beitreten, aber den Wunsch in das Protokoll niederlegen wolle: dass die hohe Regierung

- 1) die Mittel zur Beseitigung der grössern Nachtheile, welche das öffentliche Spiel für die einheimische Bevölkerung in Folge der Herstellung der Eisenbahn voraussichtlich herbeiführt, in sorgsame Erwägung ziehen,
- 2) zur Abschaffung aller öffentlichen Spiele in den deutschen Staaten, sowohl der Spielbanken in Bädern, als auch der Zahlen- und Klassenlotterien, innerhalb eines bestimmten Zeitpunktes, soviel an ihr liege, auf die ihr geeignet scheinende Weise nachdrücklich und beharrlich wirken, und
- 3) jedenfalls durch die Verwaltung des Badefonds sich in den Stand zu setzen suchen möge, mit einem mässigen Zuschuss aus allgemeinen Staatsmitteln die Kosten der Badanstalten zu bestreiten.“

Eine förmliche Adresse an Seine Königliche Hoheit den Grossherzog in Antrag zu bringen, enthalten wir uns in der Betrachtung, dass beide Kammern mit Arbeit überladen sind, dass die Berathung des Budgets der zweiten Kammer voraussichtlich Gelegenheit geben wird, ihre Ansicht über die vorliegende Frage auszusprechen, und der Zweck einer unterthänigsten Adresse durch die von uns vorgeschlagene Form auf dem kürzesten Wege erreicht wird.

Mit einem Worte, die Kammer war umsichtig genug die Interessen der Stadt Baden mehr zu berücksichtigen als die

Vorurtheile und Privatabneigungen einzelner Leute und Coterien und ging in einer sehr diplomatisch schlaun Weise der schnellen Erledigung der Sache aus dem Wege. Die Sache an den Bundestag indirecte zu verweisen, hiess sie so viel wie begraben, denn diese Körperschaft seligen und traurigen Angedenkens, die unser Jahrhundert zu Tag gebracht kam niemals zum Handeln als wenn es galt zu verfolgen, zu unterdrücken, polizeiliche Vexationen anzustellen und dem habsburgisch-metternichschen Dunkelstaate Häscher-Dienste zu leisten. In das andere entgegengesetzte Extrem verfiel die National-Versammlung in Frankfurt 1848. Ein Beschluss derselben hob sämtliche Spielbanken auf, ohne irgendwelche Rechtsverhältnisse oder Verträge zu berücksichtigen. Die Spielbanken verschwanden alsbald, da dem Beschluss die Exekution auf dem Fuss folgte; Baden schloss freiwillig die Bank, nur Homburg liess es auf Sprengung durch bewaffnete Macht ankommen. Mit so manchen anderen erfreulichen und auch nicht erfreulichen Erscheinungen kehrten auch die Spielbanken wieder zurück. Einige Jahre lang ruhte die Agitation gegen dieselben und beschränkte sich auf harmlose und unschädliche Nadelstiche von Seite einiger Pamphletisten und nicht befriedigten, d. h. von irgend einer Spielbank mit ihren Forderungen abgewiesenen Betteljournalisten. Mit dem Wiedererwachen der politischen Agitation kamen die alten Phrasen und alten Forderungen wieder aufs Tapet. Mit Spielbanken und Jesuiten glaubte man den Anfang machen zu sollen, beiden Institutionen glaubte man am allerleichtesten beikommen zu können, da gegen beide die Leidenschaften am leichtesten zu entflammen sind. 1861 bereits organisirte man in der badischen Kammer ein Sturmlaufen gegen die Bank in Baden-Baden. Die Tagespresse, obwohl sie sich nicht scheute Tausende für Inerate zu verdienen, die sie wohlweislich niemals zurückwies „so grossen moralischen Schaden dieselben doch nach ihrer Anschauung durch Herbeilockung von bethörten armen Opfern hervorrufen mussten“, sekundirte wacker.

Die grossherzogliche Regierung, von der Strömung ergriffen und überdies im Geruche des Liberalismus, sah sich veranlasst, die Sache in Betracht zu ziehen. Dagegen nahm die Bevölkerung der zunächst betroffenen Stadt Baden diese Bestrebungen mit nichts weniger als freudigen Gefühlen auf. Beweis hievon die nachfolgende Petition, welche der Gemeinderath Namens des grossen Bürger-Ausschusses der Stadt an die zweite Kammer ergehen liess. Wir lassen den Wortlaut der Adresse folgen, weil unsere Leser durch denselben am

leichtesten einen Ueberblick über die Verhältnisse der Stadt Baden erhalten können.

Hohe zweite Kammer!

Petition der Stadt Baden, die
Aufhebung des öffentlichen Spieles
dasselbst betreffend.

Im Grossherzoglichen Staatsministerium wurde zu Ende v. J. der Beschluss gefasst, die Aufhebung des öffentlichen Spieles in der Stadt Baden in Aussicht zu nehmen.

Da der, zwar bis Ende 1870 abgeschlossene, Spielpacht vom Anfange des Jahres 1863 an schon von beiden Theilen gekündigt werden kann, so berechtigt die gedachte Ministerial-Entschliessung zu der Annahme, dass die Spielbank in Baden in nicht ferner und daher zu einer Zeit werde aufgehoben werden, wo die reiche Einnahmsquelle dieser Anstalt durch nichts ersetzt wäre.

Bei der hohen Bedeutung, welche die Spielanstalt dadurch hat, dass sich unser Kurort nur mit den aus ihr geflossenen und fliessenden Mitteln auf eine Höhe schwang und darauf erhalten kann, auf welcher er den hervorragenden Rang unter den Bädern Europa's einnimmt — bei dieser Bedeutung des Spiels für Baden wird es erklärlich, dass die Einwohner dieser Stadt mit banger und um so grösserer Besorgniss einer übereilten Aufhebung des Spieles entgegensehen, als die Stadt Baden auch noch und, ihrer eigenthümlichen Verhältnisse wegen, mehr wie jede andere Stadt des Landes durch die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit und die Emancipation der Israeliten, die bisher zum Gewerbsbetrieb in unserer Stadt nicht berechtigt waren, zu leiden haben wird.

In dem aufs Höchste bedrohten Wohlstand einer zahlreichen Bürgerschaft wolle daher eine Rechtfertigung gefunden werden, wenn diese sich erlaubt, ihre Bedenken gegen eine verfrühte Aufhebung des öffentlichen Spieles einer hohen zweiten Kammer ergebenst vorzutragen. Wir werden uns jedoch auf die Hauptmomente beschränken, auf die es hier ankommen kann.

Wer sich von den Gründen für und gegen das öffentliche Spiel in Baden näher unterrichten will, den verweisen wir auf anliegenden Abdruck des Commissionsberichtes des Grossherzoglichen Staatsraths Nebenius, erstattet im Jahre 1844 in der hohen ersten Ständekammer, in Folge einer Motion des Freiherrn von Andlaw auf Aufhebung des Spielpachts in Baden.

Fassen wir die Gründe, welche für Abschaffung der öffentlichen Spiele vorgebracht zu werden pflegen, kurz zusammen, so sind es folgende zwei:

„Das öffentliche Spiel verträgt sich nicht mit den Grundsätzen der Moral, daher dessen Gestattung nicht mit der Würde der Regierung.“

„Das Spiel ist schädlich, weil es den Leidenschaften dient, sie weckt und nährt, und den finanziellen wie den moralischen Ruin des Spielers herbeiführt.“

Wir sind ferne davon, als Vertheidiger der Immoralität aufzutreten. Aber das Spiel an sich für unsittlich zu erklären, vermögen wir nicht. Wir theilen vielmehr die Ansicht, welche Staatsrath Nebenius im erwähnten Commissionsberichte dahin ausspricht: „dass das Spiel an sich weder nach natürlichen Rechtsgrundsätzen als widerrechtlich, noch als sittlich verwerflich betrachtet werden kann, indem es seiner Natur nach den Handlungen angehört, die der freien Selbstbestimmung des Einzelnen überlassen bleiben.“

Von dieser Auffassung ausgehend, der keine gegründete Widerlegung entgegengesetzt werden kann, wird man auch in der Gestattung des Spieles keine Verletzung der Würde der Regierung erblicken.

Es bleibt somit als gegründeter Vorwurf gegen das Spiel nur die Schädlichkeit übrig, welche es für Jene hat, die sich ihm aus Gewohnheit und Leidenschaft hingeben, und für Jene, welche demselben, ohne Gewohnheitsspieler zu sein, doch weit grössere Summen opfern, als im Verhältnisse zu ihrem Vermögen stehen.

Wenn man nun von Zeit zu Zeit Einzelne bezeichnen sieht, denen das Spiel zur Gewohnheit, zur Leidenschaft geworden, deren Sinn es für das Höhere, Edlere abgestumpft, deren moralischen und finanziellen Verfall es zur Folge gehabt, so müssen wir solche Beispiele zwar als wahr einräumen und beklagen, dürfen aber doch, gestützt auf langjährige eigene Erfahrungen, und im Hinblick auf aktenmässige Zeugnisse der hiesigen Staats-Polizeibehörde behaupten, dass so unheilvolle Vorkommnisse im Verhältnisse zu der grossen Zahl der Spieler zu den Seltenheiten gehören.

Solchen Erfahrungen gegenüber scheinen die hie und da in der Presse auftauchenden Schilderungen und Berichte über das Unheil, welches das öffentliche Spiel in unserm Kurort angerichtet haben soll, häufig nur als sentimentale Uebertreibungen religiöser und moralischer Rigoristen, oft auch als Berechnung zu Gunsten benachbarter oder sonst concurrirender Badeorte.

Wenn aber der blosse Missbrauch oder einzelne nachtheilige Folgen einer an sich nicht verwerflichen Sache genügenden Grund zur Entfernung derselben abgeben könnten, welche Umwälzung müsste dann die bestehende Ordnung der Dinge im Staate erleiden?

Wir müssten, um beispielsweise zu reden, der Politik, den positiven Religionen, der freien Presse, dem Handel, den Aktienunternehmungen, der Börse, den Staatsanlehen mit Verloosungen und dergleichen, das Vernichtungsurtheil sprechen.

Wenn man in dieser Weise die Dinge auf die Spitze treibt, so gelangt man zur Verdammung der Moral selbst; denn auch mit ihr treiben Heuchler, Fanatiker und Unverständige Missbrauch.

Die Zustände und Verhältnisse des Lebens lassen sich wohl in der Idee nach dem Moralgesetze beurtheilen, doch nicht in der Wirklichkeit nach seinen strengen Geboten regeln.

Von diesem Standpunkte, den auch Diejenigen nicht ausser Acht lassen dürfen, denen die Geschicke der Völker anvertraut sind, geht diese Darstellung aus.

Wir gehen jedoch nicht so weit, für die Existenz alles dessen kämpfen zu wollen, was an und für sich nicht verwerflich ist, wenn es auch noch so schädlich wäre. Wenn, um an Beispielen klar zu werden, die Zahlen- und Klassenlotterien eben so wenig wie das Spiel überhaupt an sich verdammenswerth erscheinen, so sind sie es doch durch ihre Gemeinschädlichkeit. Sie sind es, weil sie Tausende und aber Tausende zum Müssiggang, zum Aberglauben, zum Missbrauch der Religion verleiten, weil Verdummung und Abstumpfung für jede edlere Regung nothwendig in ihrem Gefolge geht, und weil gerade die zahlreiche Klasse der weniger Bemittelten es ist, die, vom Zauber solchen Spieles verlockt, fort und fort ihre kümmerliche Ersparniss auf seinem Altare opfert.

Wo in so weitem Umfange, auf so tief eingreifende Weise das Unheil einherschreitet, da freilich ist es eine heilige Pflicht der Staatsregierung, das Uebel mit der Wurzel auszureissen.

Niemals waren solche Calamitäten, die Folge des öffentlichen, des obrigkeitlich überwachten Spieles in Baden.

Die Uebel des Spieles in unserer Stadt schwinden zur Unbedeutendheit gegenüber der Verarmung und dem Elende, dem mit plötzlicher Aufhebung des Spieles Tausende von Einwohnern dieser Stadt verfallen müssten.

Unten folgende nähere Nachweise werden die Richtigkeit unserer Behauptungen darthun.

Sehen wir nun, ob denn die Folgen des öffentlichen Spieles in Baden wirklich so schlimmer Art sind, dass es gerechtfertigt ist, ihnen mit Mitteln zu begegnen, welche die Wohlfahrt einer aufblühenden Stadt, die man in dieser hohen Kammer schon eine Perle des Landes genannt, auf's Bedenklichste bedrohen.

Uns, die der Quelle des Uebels am Nächsten sind, lehrt eine

vielfährige Erfahrung, dass es selten oder doch nur mit schwachen Einsätzen die Unbemittelten sind, welche sich dem grünen Tische nähern, dass die Mehrzahl der Spieler solchen Klassen der Gesellschaft angehört, deren Vermögensverhältnisse ein höheres Spiel erlauben, dass die Bürger der Stadt Baden nicht, andere Badener nur hie und da zur flüchtigen Unterhaltung spielen. Wir wissen, dass dem Spiele zuweilen ein Fremder, aber gewöhnlich nur ein solcher zum Opfer fällt, dessen schon zerrüttete Vermögenslage ihn in unsere Stadt geführt, um mit den Trümmern seines Vermögens den letzten Versuch zum Glücke zu machen. Diese Unglücklichen waren schon vor ihrer Ankunft in Baden verloren. Oft auch werden vereinzelte Unglücksfälle, deren Grund in Lebensüberdruß oder andern dem Spiele fremden Ursachen zu finden ist, ohne nähere Prüfung dem Spiele zugeschrieben.

Die Besucher Badens wechseln mit jedem Jahre. Selten nur halten sie sich länger als eine Woche auf. Wer also nicht schon als Spieler hierher kam, kann es in dieser kurzen Zeit nicht werden. So schnell wird man kein Gewohnheits-Spieler, und so rasch wird auch das Bessere im Menschen nicht vernichtet. Die Nachtheile, welche das Spiel für die Moral und das materielle Wohl der Besucher unserer Stadt haben soll, können daher nur übertrieben sein.

Gänzlich ausrotten lässt sich das Spiel zudem nicht. Sein Grund liegt zu tief in der menschlichen Natur. Daher spielt der wilde und der civilisirte Bewohner dieser Erde, der Arme und der Reiche, und trotz aller Verbote wird gespielt werden, so lange es Menschen gibt. Nichts ist aber natürlicher, als dass sich die Sehnsucht zum Spiele an Badeorten in grösserem Umfange zeigt. Findet sich doch da eine bedeutende Zahl aus jenen Ständen ein, denen hinreichende Zeit und Mittel zu Gebote stehen, ihrer Lust und ihrem Hang zum Spiele nachzugehen.

In Frankreich wurden die öffentlichen Spiele abgeschafft. Dennoch wird dort in den grösseren Städten gespielt; und wollte man ein getreues Bild dieser Geheimspielerei aufrollen, haarsträubende Scenen würden den Beschauer zurückschrecken.

Die nächste Aufgabe einer Regierung muss daher die sein, auf Verhütung der Nachtheile des Spieles möglichst Bedacht zu nehmen. Unsere Regierung hat diese Aufgabe stets gewissenhaft und gerade mit Hilfe des öffentlichen Spieles erfolgreich erfüllt.

Wenn wir uns nach Obigem überzeugt haben, dass der Schaden, welchen das öffentliche Spiel dahier verursachen kann, ein weitaus weniger beträchtlicher ist, als er nach den Ausmalungen der Presse erscheint, so wollen wir nun untersuchen, welchen

Gegenatz denn dieser Schädlichkeit gegenüber die Vortheile des Spiels für die Stadt und das Land Baden bilden.

Baden, der blosser Kurort, war zu Anfang dieses Jahrhunderts ein unscheinbares, bescheidenes Städtchen von etwa 2000 Einwohnern. Die Zahl der Kurgäste war weit geringer.

Weil sich die schönen Umgebungen Badens jedoch nicht so anziehend erwiesen, um, besonders bei andauernd ungünstiger Witterung, den müssigen Kurgästen von Tag zu Tag, vom Morgen bis zum Abend genügende Unterhaltung zu liefern, so wurde unter der Regierung des weisen Kurfürsten Karl Friedrich das öffentliche Spiel eingeführt. Zugleich wollte man damit das stark eingerissene geheime, und seinen steten Begleiter, das falsche Spiel, verdrängen; denn man hatte eingesehen, dass alle gegen das Geheim- und Falschspielen angewandten Polizeimassregeln, so weit sie immer als zulässig erschienen, erfolglos geblieben waren.

Beide Zwecke wurden erreicht, und dabei ein dritter, der für Baden und später auch noch für andere Kurorte des Landes von höchster Bedeutung werden sollte. Wir meinen die Erzielung eines zur Verwendung für Verschönerungen, Neubauten, Vervollkommnung der Badanstalten, Wegherstellungen und besonders zu Vergnügungen für die Kurgäste verwendbaren und verwendeten Spielpachtzinses.

Von dem Augenblicke an, wo die Besucher Badens nicht mehr darauf beschränkt waren, Kur zu gebrauchen, spazieren zu gehen und Ausflüge zu machen, wo sie vielmehr ihre freie Zeit noch mit den mannigfachsten Unterhaltungen, die ihnen durch passende Verwendungen jenes Pachtzinses geboten wurden, ausfüllen konnten — von da an änderte Baden seine Gestalt einer blossen Bäderstadt. Die Zahl der Fremden, welche jetzt weniger der Kur als des Vergnügens, der Zerstreuung und Erholung willen Baden besuchten, mehrte sich von Jahr zu Jahr. Das Spiel wurde dadurch für den Pächter ergiebiger, der Pachtzins erhöht, die Verwendungen desselben zum Vortheil Badens umfangreicher. Sie erstreckten sich bald auch auf andere Kurorte des Landes, und erreichten endlich die Höhe von jährlichen 152,500 fl.

Baden hat jetzt eine Bedeutung erlangt, aus der die Staatskasse durch Steuern, Accis, gesteigerten Verkehr auf der Eisenbahn, durch Erhöhung des Wohlstandes in weitem Umkreise, durch Unterstützung und dadurch Hebung anderer badischer Kurorte, hoch anzuschlagende Vortheile zieht.

Mit dem vermehrten Fremdenzufluss wuchs die Spekulation des Privatmannes. Baden vergrösserte sich in gewaltigen Dimensionen. Palastähnliche Gasthöfe, gasthofartige Privathäuser, prächtige

Landhäuser, schöne öffentliche Gebäude bilden jetzt den Stolz und die Zierde der frisch aufgeblühten Stadt.

Alles was Reichthum, Luxus, Comfort wünschen mögen, hier ist es geboten.

Um aber die Bedeutung Badens und die Grösse der Gefahr, die ihm droht, aus Zahlen ermessen zu können, führen wir Folgendes an:

Das Grund- und Häusersteuerkapital unserer Stadt hat einen Gesamtwertb von 3,968,358 fl., das Gewerbesteuerkapital einen solchen von 2,640,275 fl., während im Jahr 1830 jenes 2,062,529 fl., und dieses 919,650 fl. betrug.

Auf dem Punkte angekommen, wo der Badener Bürger die Früchte seines Fleisses und seiner Wagnisse geniessen zu können in nicht gar grosser Ferne sieht, da plötzlich schleudert man das verhängnissvolle Wort: „Aufhebung des Spiels“ unter die erschreckte Einwohnerschaft. Aufhebung des Spiels heisst für das gegenwärtige Baden nichts Anderes als Verstopfung der einzigen Quelle, der es sein Wachsthum, seine Grösse, seinen Glanz und seinen europäischen Ruf verdankt. Und diese Massregel geht zunächst von unserer eigenen Regierung aus, die selbst durch Einführung des öffentlichen Spiels und die damit für den Bürger Badens verbundenen Vortheile die Spekulation des Letztern geweckt und er-muthigt hat. Man sah zu, wie sich der fleissige, unternehmende Mann an dem Emporblühen Badens seinen eigenen Wohlstand aufbaute, man liess ihn ringen und wagen, man liess eine Stadt ihre Existenz auf eine Karte, auf den zahlreichen Besuch wohlbe-mittelter Fremden setzen. Da auf einmal dünkt es, als habe man den Samen des Bösen gesäet, als habe man sich dem Dienste der Immoralität ergeben. Der Boden unserer Existenz soll einstürzen! Und warum? Um einer theils irrigen, theils wenig glücklich angewandten Moral gerecht zu werden, um nicht vorhandene, oder durch Entstellung übertriebene Nachtheile abzuwenden, die wir im Eingange dieser Schrift auf ihr richtiges Mass zurückgeführt haben, und die in keinem Verhältnisse stehen zu dem Unglücke, das man eine Bürgerschaft von siebentausend Seelen treffen zu lassen im Begriffe ist.

Die Freunde der Abschaffung des öffentlichen Spiels, die sich, trotz ihrer Moral und ihres feinen Sinnes für das Gute, nicht scheuen, aus dem Handel, dem Börsenspiele, den Actienunternehmungen, den Staatsanlehen mit Verloosungen und dergleichen, Gewinn zu ziehen, der häufig mit dem Ruin ihres Nächsten bezahlt wird — sie wissen uns mit einem ehrenvollern Ersatze für unsern Finanzausfall, nämlich damit zu trösten, dass sie nach dem vom Spiele gereinigten Baden solide, ehrenwehrte Familien, die Feinde

des Spiels, und die grosse Zahl schwärmerischer Naturfreunde senden. Leider wissen wir aber, dass das Spiel an einem Orte wie Baden aufheben, so viel heisst, als dem geheimen und falschen Spiele den Platz räumen. Leider wissen wir, dass es noch viel anziehendere Punkte gibt, als die lieblichen Umgebungen Badens. Und wir können nicht einsehen, warum Diejenigen, welche Naturgenüsse lieben, so viele, oft reizendere Gegenden meiden, und sich nach Baden begeben werden, weil hier das Spiel abgeschafft ist.

Es ist, wie bereits oben bemerkt, ausser Zweifel, dass die weitaus grössere Zahl unserer Gäste Baden nicht blos der Genüsse, die unsere allerdings beliebten und berühmten Umgebungen bieten, und nicht blos unserer heilkräftigen Thermen willen besuchen, sondern dass die Hauptanziehung in der reichen Auswahl von Vergnügungen aller Art besteht, die hier dem an die ausgesuchtesten, feinsten und verfeinertsten Genüsse gewöhnten Publikum dargeboten werden. Wo sollen nach Aufhebung des Spieles die Mittel herfliessen, welche zur Schaffung dieser Genüsse bisher aus den Einnahmen des Spiels flossen? Nicht die Staats-, nicht die Gemeindekasse, nicht eine ohnedem höchst lästige Fremdensteuer, in welcher Form sie auch auftreten würde, vermöchte den Ausfall auch nur nothdürftig zu decken.

Zahlen sollen die Richtigkeit unserer Behauptungen beweisen.

Das Kurorchester, aus 51 Mann bestehend, nebst den theils regelmässig, theils bei besonderen Anlässen beigezogenen Militärmusiken erfordern einen Aufwand von 39,956 fl.

Concerte, Opern, theatralische Vorstellungen 78,572 fl.

Zwei Lesekabinete, Zeitungsabonnements, Inserate, die Presse überhaupt 58,390 fl.

Gas-, Oel- und Wachsbeleuchtung 11,442 fl.

Unterhaltung der Localitäten 32,658 fl.

Das Dienstpersonal im Conversationshaus 20,511 fl.

Aufwand für verschiedene Bureaux 8,458 fl.

Jagd und Fischerei 35,502 fl.

Pferderennen 46,616 fl.

Die jährliche Festlichkeit am 9. September 2,168 fl.

Unvorhergesehenes 6,000 fl.

340,673 fl.

Bedenkt man nun, dass die Verwaltung des Conversationshauses für die obengenannten Betreffe — das Kurorchester, das Fischwasser- und Jagdaufsichtspersonal abgerechnet — 82 Personen im Dienste hat, und auch den Wittwen verstorbener Bediensteter Unterstützung reicht, wodurch eine Ausgabe von über 100,000 fl. verursacht wird, so haben wir einen Aufwand von nahezu 450,000 fl.

nachgewiesen. Dies ergibt mit dem Pachtzins von 152,500 fl. einen Betrag in runder Summe von 600,000 fl.

Wir haben bei dieser Aufstellung die Zuschüsse ausser Acht gelassen, welche ebenfalls den Einnahmen des Spiels entnommen, verschiedenen hiesigen Bauten und Anstalten zuflossen, von denen manche, ohne jene Zuschüsse, nicht zur Ausführung gekommen, oder deren Vollendung in weite Ferne gerückt worden wäre.

Dahin gehört: das Armenhaus, das Gutleuthaus, das Krankenhaus, die evangelische Kirche, das neue Theatergebäude.

Dieses im Verein mit dem Aufblühen einer Stadt muss denn doch wohl zur Ueberzeugung führen, dass das Spiel in Baden auch seine wohlthätige Seite hat.

Will man Baden auf seiner Höhe erhalten, den Wohlstand seiner Bewohner nicht untergraben, so müssen die gedachten jährlich wiederkehrenden Verwendungen fortbestehen. Geschieht dies nicht, so tritt Baden in die Reihe blöser Kurorte zurück.

Die grösste Zahl unserer Gäste würde sich nach Wiesbaden begeben, oder an andere beliebte Kurorte zerstreuen, wo sie finden, was man uns entzogen, und unser Verlust wird der Gewinn ausserbadischer Orte sein. Welche Anziehungskraft Baden, der blösen Bäderstadt, verbleiben wird, möge man aus den Durchschnittszahlen folgender berühmter Kurorte ermessen:

Karlsbad zählt jährlich	10,000 Gäste.
Teplitz mit Schönau	9,000 „
Kissingen	7,000 „
Wildbad-Gastein	3,200 „
Reichenhall	2,300 „

Wir unterschätzen die Heilkraft und Verwendbarkeit unserer Thermen zu den verschiedendsten Heilzwecken nicht. Aber selbst eine grosse Zahl Heilsuchender, stiege sie selbst auf die nie zu erwartende Höhe von 25,000, die aber kaum 15,000 erreichen dürfte, kann niemals einen Ersatz für den Besuch von 50,000 weit aus nur dem Vergnügen nachgehender Gäste bieten.

Dazu kommt, dass noch grosse Summen von 100,000 bis 150,000 fl. erforderlich sind, um die bestehenden Badeanstalten in gehörigen Stand zu setzen oder zu erweitern, und eine, besonders durch die Aufhebung des Spieles dringend gebotene Anstalt dieser Art neu zu bauen.

Ebenso ist eine Summe von 50,000 fl. in's Auge zu fassen, welche der Spielpächter nach Ablauf des Pachts mit 1863 an den grossh. Badfond als Darlehen für den Theaterbau zu fordern hat, wie auch der Umstand, dass bei Aufhebung des Spieles die ganze innere Einrichtung des Conversationshauses angekauft oder statt

dessen eine neue angeschafft werden müsste, womit eine Ausgabe von 80,000 bis 100,000 fl. verbunden wäre.

Wir wollen noch kurz darauf hindeuten dass, wie ohnedem Jedem begreiflich, der die Consumption einer grossen Stadt kennt, die Befriedigung der mannigfachen und gesteigerten Bedürfnisse und Genüsse von 50,000 Fremden nicht blos unserer Stadt und deren nähern Umgebung, sondern dem Lande weithin namhaften Gewinn einbringen muss. Nicht ohne Interesse wird es aber sein, an einzelnen Aufzählungen zu sehen, wie Nutzen bringend das Spiel zu verschiedenen Zwecken und für eine Menge Orte des Landes gemacht wurde.

Von dem Pachtzinse wurden nämlich verwendet

Im Jahr 1860:

Für	fl.	Für	fl.
den Badarzt in Antogast		Unterhaltungen in Baden-	
und Sulzbach	100	weiler	8,234
den Badarzt in Langen-		eine Wittwe in Müllheim	100
brücken und Rippoldsau	1,000	die Waisenanstalt in	
Petersthal	200	Lichtenthal	2,000
Rothenfels	500	die Strasse im Lierbacher	
Soolbad Dürnheim	3,000	Thal	318
Kranke daselbst	1,038	Langenbrücken	591
Kranke in Rappenu	970	die evangelische Kirche	
das Dampfbad i. Petersthal	100	in Baden	30,000
das Kiefernadelbad		Neubauten in Badenweiler	6,046
Wolfach	425		

Im Jahre 1861:

Für	fl.	Für	fl.
das Erwin-Denkmal bei		die Brücke und den Laub-	
Steinbach	109	gang allda	300
die Kuppenheimer Strasse	3,628	die Ufermauern daselbst	222
die Badärzte wie 1860	1,100	das Bad Eisenbach	1,009
die Ottenhöfer Gemeinde-		das Bad Ueberlingen	1,204
Strasse	500	das Bad Dürnheim	1,585
das Kiefernadelbad		das Bad Rappenu	1,061
Wolfach	200	den Salinenarzt	200
das Bad Littenweiler	329	den Salinenkassier und	
das Bad Kirchhalden	300	Buchhalter	200
Gottschlägbach daselbst	154	die Umgebungen Frei-	
den Feldbergweg	59	burg's	336
das Münsterthal-Bad	300	Badenweiler	8,217
das Brigittenschloss bei		eine Wittwe in Müllheim	100
Sassbachwalden	75	die Analyse badischer	
das Bad Griesbach	101	Quellen	402
die Trinkhale zu Frei-		die Statistik der inneren	
bach	1,500	Verwaltung des Gutleut-	
die Petersthaler Quelle	155	hauses	1,472
die Petersthaler Anlagen	36		

Für	fl.	Für	fl.
die Waisenanstalt Lich-		Aufnahme der badischen	
tenthal	2,000	Landestrachten	294
die Lierbachthal-Strasse	2,557	Neubauten in Baden-	
den Erdenstich auf der		weiler	27,547
Strasse von Oppenau		Das ist für zwei Jahre . .	117,874
nach Antogast	6,000	Somit pr. Jahr durch-	
		schnittlich	58,937

Wo solche Thatsachen sprechen, möchte doch wohl eine vor-
eilige Abschaffung des Spieles in Baden eine schwere Verantwort-
lichkeit nach sich ziehen, die unseres Erachtens durch keinerlei
Gründe der Regierungsweisheit gerechtfertigt werden könnte.

Für den Staatsmann dürfte hieraus die einfache Folgerung
fliessen, den kühnen Schnitt in bestehende Verhältnisse nicht eher
vorzunehmen, als bis er sich die Arznei verschafft, welche die
Wunde heilen kann.

Was daher zu thun, liegt nahe:

Schaffung eines Grundstockes aus dem Pachtzinse des
Spieles, gross genug, um aus dessen Erträgen den durch die
Verhältnisse gebotenen Aufwand machen zu können.

Dazu bedarf es mindestens einer Fortsetzung des Spielpachtes
bis zum Jahre 1870 und, wenn nöthig, einer Erhöhung des Pacht-
Zinses.

Es könnte sodann der Aufwand für die Verbesserung und Er-
weiterung der bestehenden und für den Bau der neuen Badanstalt
bestritten, der Theaterbauvorschuss abgetragen, die Gebäulichkeiten
für die Wettrennen in Iffezheim, wenn es nöthig fallen sollte,
eigenthümlich an den Badfond gebracht, und immer noch ein, zur
Bestreitung der jährlichen, stets wiederkehrenden Ausgaben hin-
reichender Kapitalstock angesammelt werden.

Indessen wäre der Grossherzoglichen Regierung Zeit gegeben,
mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln geeigneten Orts dahin
zu wirken, dass die öffentlichen Spiele an anderen deutschen Kur-
orten ebenfalls abgeschafft werden, und diese letzteren hätten in-
dessen ebenfalls Zeit genug, die Mitteln zu finden, welche ihnen
diese Abschaffung möglichst unschädlich machen würden.

Mehr scheint selbst der eifrige und beredte Gegner des
Spieles, Freiherr von Andlaw, nicht gewollt zu haben, und dahin
ging auch der Antrag der Commission der Ersten Kammer und der
Beschluss dieser letztern im Jahre 1844.

Die tief eingreifenden Zeitereignisse, welche die nächsten
Jahre brachten, mochten der Grund gewesen sein, dass man in
dieser Richtung bis vor Kurzem nicht vorgegangen ist.

Bei dem Hinblick auf so manche zum Wohle des Vaterlands gereichende Schöpfungen im öffentlichen Leben, welche durch Zusammenwirken der deutschen Regierungen seit den letzten Jahren ins Leben gerufen wurden, wird man sich auch der Hoffnung hingeben dürfen, dass auf demselben Wege die öffentlichen Spiele gleichzeitig zur Aufhebung kommen werden.

Zur hohen Zweiten Ständekammer, welche stets, wie das allgemeine Wohl des Landes, so auch einzelner Landestheile und Gemeinden umsichtig und erfolgreich zu fördern wusste, hegt die Bürgerschaft der Stadt Baden das Vertrauen, sie werde die vorgetragenen Verhältnisse einer ernsten, gründlichen Prüfung würdigen, und zu dem Beschlusse gelangen, dem Grossherzoglichen Staatsministerium ihr ehrerbietiges Gesuch empfehlend zu überweisen, welches dahin geht:

- 1) Die hohe Regierung wolle auf gleichzeitige Abschaffung aller öffentlichen Spielbanken in Deutschland, auf die ihr geeignet scheinende Weise hinwirken; und
- 2) bis diese erfolgt — mindestens bis zum Jahre 1870 — das öffentliche Spiel in Baden fortbestehen lassen; gleich jetzt aber Bedacht darauf nehmen, aus dem Zinse des Spielpachtes einen Grundstock anzusammeln, der eine Revenue abzuwerfen im Stande ist, gross genug, um alle bisherigen, jährlich wiederkehrenden Ausgaben, wie sie seither aus dem Spielpacht und durch die Spielverwaltung bestritten wurden, thunlichst decken zu können,

Dabei dürfte die hohe Regierung den in dieser Petition sonst noch gemachten Andeutungen gefälligst ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

Baden, im Februar 1862.

Namens des grossen Bürger-Ausschusses der Stadt Baden:

Der Gemeinderath.

Die Gegenbestrebungen blieben allerdings nicht ganz fruchtlos. Die grossherzogliche Regierung und der für das Wohl aller Unterthanen väterlich besorgte, wirklich freisinnige und vorurtheilslose Grossherzog fassten die Dinge von einem weniger spiessbürgerlichen und einseitigen Standpunkte auf als die grossen Demosthenese und Cicerone der zweiten Kammer. Aber doch schwebte immer das Damoklesschwert über der Spielbank, oder was uns näher geht über dem Wohlstande,

der Blüthe und der Existenz der schönen Stadt Baden. Man verlängerte das Privilegium des Herrn Benazet nur immer auf eine kurze Zeit, man ertheilte Galgenfristen und untergrub dadurch den Credit und Wohlstand der Stadt Baden, die schon durch den Ausfall des vorigen Sommers nicht wenig gelitten hat. Neuestens lesen wir wieder in Journalen, das Spiel sei in Baden bis 1870 gestattet worden, d. h. mit andern Worten man sei gesonnen, den ursprünglich bis 1870 abgeschlossenen Vertrag einzuhalten. Wir wissen nicht, ob die Nachricht sich bestätigt, da wir weder mit Herrn Benazet bekannt sind, noch sonst mit einem Spielbank-Unternehmer in Verbindung stehen. Wir haben weder Lust noch Beruf mit einer dieser Gesellschaften in nähere Beziehungen zu treten, gerade weil wir hie und da ihre Interessen vertreten, allerdings nur in Fällen, wo solche mit den Interessen des Volkes und der Städte zusammenfallen oder identisch sind. So wenig jedoch ein ehrlicher Kunstkritiker mit Schauspielern, Dichtern, Compositoren, Sängern oder bildenden Künstlern in intimen Beziehungen stehen soll und kann, ebensowenig darf der Verfasser einer Schrift, die wie unsere vorzugsweise ein kritisches Gutachten und keine Parteischrift sein soll, mit einer der beiden streitenden Theile in einem engeren Verhältnisse stehen. Wir stehen mit der Regierung ebenso wenig in Beziehungen wie mit den Spielbankunternehmungen; urtheilsfähigen unbefangenen Lesern wird dieser unser Standpunkt wohl nicht entgangen sein! Aber doch freuen wir uns aufrichtig falls die Nachricht von der Fortdauer des Spiels in Baden sich bestätigen sollte, wir freuen uns im Interesse der schönen Stadt und ihrer Zukunft, im Interesse ihrer gemüthlichen Bewohner und im Interesse des Wohlstandes so vieler thätigen Geschäftsleute, die jedenfalls härter gestraft werden würden als der reiche Hr. Benazet, der sein Schäfchen im Trocknen hat und sich zu trösten wissen wird, wenn durch Bornirtheit, Neid und Schwäche eine ganze Stadt, welche durch sein Unternehmen mit zur Blüthe und zum höchsten Wohlstande gelangt ist, die Verarmung und Entwerthung von Grund und Boden preisgegeben werden wird; vielleicht auf Kosten einer ausserdeutschen Stadt, wo man weniger *difcil*, weniger ängstlich und unpraktisch sein wird als hier!

Verfasser dieser Schrift ist wie in der Vorrede bereits erwähnt — weder ein Spieler von Profession noch überhaupt ein persönlicher Liebhaber des Spieles. Nichts desto weniger brachte er fast noch jeden Sommer einige Monate der Saison

in einem Spielbade zu, wozu ihr weniger die Spielbanken selbst als die Vergnügungen und Genüsse, welche dieselben mitbringen, veranlasste. In den Jahren 1860—1865 machte ich die glänzenden Saisons in Baden mit und fühle mich daher gedrungen, die Verdienste des Herrn Benazet um die Stadt und das Vergnügen der anwesenden Gäste ganz besonders hervorzuheben. Ich thue dies um so lieber, als es ohnehin sehr selten geschieht, da Herr Benazet keine gemietheten Federn unterhält, es vielmehr bekannt ist, dass er Journalisten, die sich ihm anbieten abweist, ausgenommen Fälle, wo mit klaren bestimmten Worten Unterstützungen erbeten werden; denn der Wohlthätigkeitssinn und die Humanität Benazets ist allgemein bekannt und wurde selbst von seinen und seiner Unternehmung Gegner stets rühmend anerkannt. Von Seite der Kurgäste erfolgte jedoch sehr selten eine öffentliche Anerkennung. Man nimmt die Genüsse und Freuden der Saison hin, wie Etwas, das sich schon von selbst versteht, applaudirt die trefflichen Leistungen der berühmten Gesangsgrößen oder der verschiedenen Musikchöre; man würde es vermissen, wenn Alles nicht so wäre, aber dabei bleibt es auch. Und doch thut Benazet mehr als seine Verpflichtung, bei weitem mehr. Er geht, was das öffentliche Vergnügen betrifft, luxuriös, fast verschwenderisch zu Werke. Wer erinnert sich nicht der glänzenden Saison von 1860 mit ihrer Verherrlichung durch den Fürstentag, den Besuch Napoleons bei dem Prinzregenten von Preussen, verherrlicht durch die Theilnahme fast aller deutschen Fürsten? Man denke sich den Bestand der Spielbank überhaupt fort, nehme an, es habe nie eine Spielbank gegeben, glaubt man, dass in diesem Falle eine derartige Entrevue in dem kleinen Grenzstädtchen möglich gewesen, dass dieses im Stande gewesen wäre, so viele gekrönte Häupter in seinen Mauern zu beherbergen und so grossartig, so würdig, standesgemäss zu bewirthen? Hätte wohl Baden ohne die Existenz der Spielbank ein Hotel gebaut, das nicht weniger als drei Könige zu beherbergen im Stande gewesen wäre wie damals das Hotel d'Angleterre?? — Man richte nur seine Blicke auf eine jüngst stattgehabte, viel weniger glanzvolle Monarchen-Entrevue, auf den Besuch Napoleons bei Franz Joseph in Salzburg. Was musste dort Alles aufgeboten werden um die Stadt halbwegs in den Stand zu setzen, den französischen Besuch und die durch denselben herbeiströmenden Gäste aufnehmen zu können! Wurde nicht wochenlang vorher gearbeitet, adoptirt, requirirt, restaurirt, regissirt, um nur halbwegs der an gewaltiger Na-

turschönheit reichen, an Comfort und Eleganz jedoch sehr vernachlässigten Bergstadt ein anständigeres Aussehen zu geben. Das elende, finstere, kleine Theater, musste erst einer gründlichen Renovirung unterzogen werden. Die Besitzer der wenigen unansehnlichen Hotels mussten Privatlogis in den entferntesten Stadttheile und Dörfer der Umgebung zu Hilfe nehmen, um nur einem Dritttheil der Bestellungen und Anforderungen entsprechen zu können. Und doch ist Salzburg eine Provinzialhauptstadt, der Sitz eines Statthalters, eines Fürsterzbischofs, Ziel- und Mittelpunkt zahlloser Touristen, besitzt ein kaiserliches Residenzschloss, ein staatliches Episkopal-Palais und in der Umgebung zahlreiche fürstliche Schlösser und Domänial-Besitzungen. Baden dagegen brauchte auch nicht die geringsten Vorkehrungen zu treffen als 1860 die 13 Fürsten mit ihrem grossen Gefolge dort tagten; ja es könnte allenfalls ohne alle derartige Kraftanstrengungen wie sie Salzburg machen musste, allen gekrönten Häuptern Europas Unterkunft bieten und denselben grossartige und imposante Festlichkeiten veranstalten. Und fragt man, wem verdanken alle diese Bauten, diese Prachtsäle, diese Herrlichkeiten ihr Dasein, dann muss man, um der Wahrheit die Ehre zu geben, den Namen Benazet und die vielgeschmähte Spielbank nennen. Benazet hat einen grossen Theil zum Bau des schönen evangelischen Gotteshauses beigesteuert, das man in Baden, wo so viele Engländer und Norddeutsche verweilen, so schwer vermisste; sein Werk sind die Spiel-, Concert- und Tanz-Säle, die ihres Gleichen in Deutschland suchen und selbst von den Prachtlokalitäten Wiesbadens kaum erreicht werden, seine Schöpfung zum grösseren Theile ist das kleine aber reizend schöne Theater, in welchem abwechselnd mit dem Schauspiel und der Oper des grossherzogl. Hoftheaters in Karlsruhe unter Eduard Devrients kunstbegeisterter Direktion die hervorragendsten italienischen Gesangsgrössen alljährlich wirken und die bedeutendsten neuen Tondichtungen aufgeführt werden. (Im Jahr 1860 wohnte ich in diesem Theater der Aufführung von Berlioz's neuer Oper. „Beatrice et Benedict“ unter des Compositeurs persönlicher Leitung bei, die auf alle Anwesenden einen unvergänglichen Eindruck machte; seither haben wohl alle älteren oder neueren Berühmtheiten in diesem freundlichen Hause oder in dem prachtvollen Concertsaale, wiederholt in Opern- oder Concert-Aufführungen mitgewirkt. Alles dies vergegenwärtige man sich und dann nehme man die Kehrseite der Medaille und denke sich Baden-Baden nach Aufhebung der Spielbank und es wird wohl über-

flüssig sein, dem Gesagten noch ein Wort beizufügen. Vielleicht wird man zu spät zur Einsicht gelangen, dass mit der Entthronung des „Königs von Baden“ — wie Regisseur Hallwacks jüngst mit weniger Ueberschwänglichkeit als feiner Satyre in einem Toaste Monsieur Benazet titulirte, die Herrlichkeit nicht nur seines Reiches, sondern auch der Bewohner desselben ihr Ende erreicht haben dürfte!

— ❖ ❖ ❖ —
Palais und in der Umgebung zahlreiche kaiserliche Schlösser und Domänen-Besitzungen. Baden hingegen braucht auch nicht die geringsten Verbesserungen zu suchen als 1860 die 13 Fürsten mit ihrem grossen Gefolge dort lagen; so konnte ebenfalls ohne alle derartige Kostenanstrengungen wie sie Salzburg machen musste, allen gekrönten Häuptern Europas Unterhalt bieten und denselben grossartige und imposante Festlichkeiten veranstalten. Und fragt man wenn verdanken alle diese Bauten, diese Prachtstädte, diese Herrlichkeiten ihr Dasein, dann muss man um der Wahrheit die Ehre zu geben den Namen Benazet und die vielgeschmähte Spielbank nennen. Benazet hat einen grossen Theil zum Bau des Schlosses even- gelischen Gotteshauses beigesteuert, das man in Baden, wo so viele Künigler und Norddeutsche verweilen, so schwer ver- misste; sein Werk sind die Spiel-, Concert- und Tanz-Säle, die ihres Gleichen in Deutschland suchen und selbst von der Prachtvollkommenheit Wiesbadens kaum erreicht werden; seine Schöpfung zum grössten Theile ist das kleine aber reizende schöne Theater, in welchem abwechselnd mit dem Schauspiel und der Oper des grossherzoglichen Hoftheaters in Karlsruhe unter Edward Sterner's künstlerischer Direction die herr- vorragendsten menschlichen Gesangsweisen alljährlich wirken und die bedeutendsten neuen Tonsetzungen aufgeführt wer- den. (Im Jahr 1860 wohnte ich in diesem Theater der Auf- führung von Beethoven's neuer Oper „Fidelio“ oder „Benazet“ unter des Compositors persönlicher Leitung bei, die auch alle Anwesenden einem unvergesslichen Eindruck unter- worfen haben wohl alle älteren oder neueren Fachmänner in diesem freundlichen Hause oder in dem prächtvollen Con- certsaal, welcher in Oper- oder Concert-Anstellungen mitge- wohnt. Alles dies vergewissere man sich und dann nehme man die Kohärenz der Medaille und denke sich Baden Baden nach Aufhebung der Spielbank und es wird wohl über-

Wiesbaden.

Nach Baden-Baden gilt Wiesbaden für das anziehendste und lieblichste unter den Spielbädern. Gewiss ist es, dass nur etwa noch Homburg als Concurrent-Bad genannt werden kann, während die anderen Spielbäder in Deutschland nur als solche zweiten Ranges bezeichnet werden müssen. Ueber Wiesbaden und seine Verhältnisse liegt uns ein sehr eingehendes und interessantes Schriftchen vor, welches im Auftrage des Cur-Vereines von dem bekannten Feuilleton- und Reise-Schriftsteller Herrn Ferdinand Heyl — gegenwärtig verdienstvolles Mitglied des Hoftheaters und während der jüngsten Anwesenheit Sr. Maj. des Königs von Allerhöchst-Demselben in Anbetracht seiner Verdienste um die Pflege der kranken und verwundeten Krieger im vorigjährigen Sommer mit einem Orden dekorirt — zum Verfasser hat. Wir lassen die Schrift hier ihrem ganzen Inhalte nach folgen:

Wiesbaden und seine Cur-Interessen.

Ein Blick auf die augenblickliche Lage der Stadt als Badeort.

Veröffentlicht von dem

Cur-Verein der Stadt Wiesbaden.

In dessen Auftrag verfasst von **Ferdinand Heyl.**

Die politische Umgestaltung Deutschlands dürfte nirgends von tiefer eingreifenden und unberechenbareren Folgen sein, als zunächst für die nassauischen Badeorte Wiesbaden und Ems. Der Curverein zu Wiesbaden hat es für seine Aufgabe erachtet, soweit thunlich, die Zukunft unserer Stadt und ihrer Cur-Interessen in eine vorsorgliche Berathung zu ziehen und

hält es gleichzeitig für seine Pflicht, wenn auch nur auf approximative Annahmen gestützt, das Ergebniss seiner Ermittlungen über die zu erwartende Umgestaltung unserer Verhältnisse, den Mitbürgern der Stadt vorzulegen.

Wir haben es gegenwärtig mit vollendeten Thatsachen zu thun — ein lässiges Zuwarten scheint gegenüber dem Drängen der Verhältnisse nicht mehr zu rechtfertigen; wo die Zeit ein so ernstes Wort spricht, ziemt's etwaigen Nachtheilen vorzubeugen.

Verkennen darf man bei den nachfolgenden Zeilen nicht, dass wir nur auf Annahmen und Muthmassungen fussen; wo wir Zahlen angeben, rechnen wir durchaus in runden Summen, an denen zu kürzen und zuzusetzen sein mag — die Total-Summen dürften aber in jedem Falle genau stimmen.

Es zeigt sich in unserer Stadt überall das regste Streben, sobald die Unterstützung der Cur-Interessen es erfordert; ein gemeinsames Handeln hat noch nie gefehlt, wenn es Wichtiges zu erreichen galt — verkennen wir aber auch andererseits nicht, dass ein drohender Schlag über unserem Haupte schwebt, dass eine Hauptquelle unserer Mittel zur Hebung unseres Badeortes dem Versiegen nahe ist. Es gilt nicht mehr, sich über die Verhältnisse zu täuschen und in ruhiger Unthätigkeit zu erwarten, was an uns herantreten wird — es gilt besonnen das Unvermeidliche durch die thunlichsten Vorkehrungen zu paralysiren.

Die Aufhebung des Spieles wird unzweifelhaft erfolgen. Ueber das wann dürften zur Zeit selbst an massgebender Stelle noch keine bestimmten Beschlüsse gefasst sein, wir zweifeln sogar nicht, dass dieser Punkt mit jeder nur möglichen Gründlichkeit in allen seinen Folgen reiflich erwogen wird — aber einer Täuschung dürfen wir uns nicht hingeben, dass der Zeitpunkt noch auf Jahrzehnte hinausgeschoben werden kann.

Für die Stadt wäre es ein grosser Vortheil, wenn das Verbot des Spieles, wenigstens noch mehrere Jahre auf sich warten liesse. Aber nehmen wir selbst an, dass die königl. preussische Regierung im Hinblick auf die plötzliche Stockung unserer Haupteinnahme eine Stundung des Spieles beabsichtigte, vor dem Beschlusse eines Parlamentes wird es schwerlich Stich halten können.

In Baden-Baden schliesst das Spiel höchst wahrscheinlich gleichfalls im nächsten Jahre — die Möglichkeit liegt nahe, dass auch für uns mit diesem Zeitpunkt der Schluss desselben bevorsteht. Wir sind keine Vertheidiger des Spieles,

— ja wir hegen die Ueberzeugung, dass unter den Bürgern unserer Stadt die moralische Seite nie einen Vertheidiger fand, es resultirt dies aus den Anträgen, die der Abgeordnete unserer Stadt, Herr Procurator Dr. Lang als Vertreter derselben, zu wiederholten Malen beim Landtage einbrachte. Wir vertheidigen das Spiel nicht — aber wir dürfen nicht verkennen, dass die Consequenzen desselben — die ergiebigen Einnahmequellen des Spiels — zur Hebung unseres Badeortes unendlich beigetragen haben.

Insofern liesse sich auch ein Wort zur Vertheidigung sagen — die Unterstützung, welche unserer Cur aus den reichen Spielmitteln erfloss, kam ja in anderer Gestalt hauptsächlich wieder dem Curgaste zu gut.

Aus diesen Mitteln schuf man die Anlagen und unterhielt sie, aus diesen Mitteln zahlten sich die Concerte, von denen die sog. Administrations-Concerte den höchsten künstlerischen Werth beanspruchen konnten, aus diesen Mitteln erhielt man das Theater in seiner jetzigen Gestalt, die Lese-säle, die Beleuchtung, Feuerwerke, kurz alle möglichen Ausgaben zur Unterhaltung des Curgastes, flossen aus jener allgemeinen und insofern aner kennenswerthen Quelle.

Nun dürfte mit einem Male — früher oder später — ein wesentlicher Umschwung für unsere Curstadt eintreten.

Abgesehen von dem Schlage der die zahlreichen Besitzer von sog. Spiel-Actien in unserer Stadt um Tausende in ihrem Besitzstande schmälert, die Einnahmequellen der Stadt werden direkt um ein Bedeutendes gekürzt werden.

Es ist nicht zu verkennen, der grössere Theil unserer Bürgerschaft hat nur sehr unvollständige Anschauungen von der Grösse der Summen, welche zum Vortheil der Stadt und der Cur aus den Kassen der Curhaus-Administration erflossen. Desshalb ist noch hie und da die allerdings unhaltbare Meinung verbreitet, die Stadt könne sich aus eigenen Mitteln in etwaiger Bedrängniss helfen.

Stellen wir zur allgemeinen Aufklärung in runden Zahlen zusammen, was bisher von Seiten der Curhaus-Administration für die Stadt geschehen ist.

Direkte Vortheile.

Der Stadt erfliesst (1866) ein jährlicher Steuerbeitrag von ca. 32,500 fl. aus der Kasse der Spielgesellschaft; dieser Betrag stellt sich ungefähr gleich mit zwei vollständigen Steuersimpeln der sämmtlichen Einwohnerschaft. An städtischen

Steuern erfallen der Stadt, nach Ausweis des Rechnungsüberschlags der Stadtgemeinde Wiesbaden für das Jahr 1866, per Simpel: 16,546 fl. 45 $\frac{1}{2}$ kr. Der jährliche Steuerbeitrag der Spielgesellschaft erträgt, wie erwähnt: 32,500 fl.; demnach vollständig ebensoviel als zwei Steuersimpel städtischer Steuer.

Für Besoldung von Angestellten Dienern, Portiers u. s. f. zahlte die Administration per Jahr ca. 175,000 fl., welche als Gehaltsbeträge an eine grosse Anzahl Familien gezahlt und von diesen natürlich auch wieder in der Stadt für Lebensbedürfnisse etc. verausgabt wurden. Diese Familien würden theilweise überhaupt nach Aufhebung des Spieles die Stadt verlassen oder in anderer Branche einen Unterhalt suchen. Jedenfalls aber fielen die Gehaltseinnahmen, also jene 175,000 fl. zunächst für die Stadt durchaus weg.

Sämmtliche Angestellten des Cursaals aber repräsentiren gegenwärtig eine ganz ansehnliche Steuerkraft für die Stadt und da die Steuern von jenen 175,000 fl. ebenfalls der Stadt in Zukunft entgehen werden, so leidet auch die Stadtkasse einen weiteren indirekten, nicht unbedeutenden Nachtheil.

Aehnlich steht es mit den bisher bezogenen Gehälten der Theater-Angestellten, die allerdings nicht ganz in Wegfall kommen, bei geänderten Verhältnissen aber jedenfalls reducirt werden müssen, wodurch erstens ebenfalls ein Ausfall durch die geschmälernten Gehälte im allgemeinen Verkehr der Stadt entsteht, zweitens auch hier die Steuerkraft der Theater-Mitglieder, welche nebenbei gesagt, gar nicht unbedeutend ist, wesentlich reducirt werden dürfte.

Wir lassen zunächst unberücksichtigt, dass das Spiel an Staatssteuer ca. 90,000 fl. jährlich erträgt, welche indirekt der Hauptstadt des Landes mehr oder weniger zu gut kommen.

In den Ausgaben der Administration findet sich nun ein weiterer Posten, der hier als eine direkte Unterstützung der Stadt und des Landes gelten muss, es ist dies die Summe von ca. 20,000 fl. per Jahr für milde Stiftungen, städtische Wohlthätigkeits-Anstalten, wohlthätige Vereine und Private, d. h. nicht solcher Privaten, die zu dem Spiel in irgend einer Beziehung stehen, sondern an Orts- oder Landesangehörige, die man aller Orten verschämte Arme zu nennen pflegt. Für direkte Spielbankunterstützungen besteht eine besondere Kasse.

Läugnen wir es nicht, die Stadt Wiesbaden wäre ohne Unterstützungen nie und nimmer im Stande gewesen, sieben-

zehn Wohlthätigkeitsanstalten zu gründen und zu unterhalten, welche doch in Wahrheit hier bestehen.

Es darf kühn der Versuch eines Vergleichs mit anderen Städten in dieser Hinsicht gewagt werden, Wiesbaden nimmt in dieser Beziehung eine bevorzugte Stellung unter den meisten deutschen Städten ein.

Aber wo bleiben unsere Stiftungen und Anstalten, wenn der regelmässige Zuschuss von der Seite fehlt, auf welche gestützt hauptsächlich die Gründung, oder wenn man will, die Unterhaltung einzelner Anstalten überhaupt möglich wurde? Aus Privatmitteln oder städtischen Zuschüssen können wir — wir dürfen's ehrlich heraussagen — diese Summen nicht erschwingen, denn was wir an baaren Mitteln flüssig machen können, muss in Zukunft für die eigentliche Förderung der Cur-Interessen zu Rathe gehalten werden.

Das Hospital in Wiesbaden bezieht weiter allein laut Separatvertrag die jährliche Summe von 1000 fl. aus der Curhaus-, d. h. der Spielkasse. Man frage bei den Vorständen einzelner Wohlthätigkeitsanstalten nach, woher sie häufig Trost und Hilfe erwartet und auch erhalten haben. Die Antwort, obgleich sie unleugbar etwas Beschämendes hat, lautet jedenfalls übereinstimmend!

Wir kommen nun zur Erörterung eines Punktes, der von kaum zu berechnender Wichtigkeit für die Stadt erscheint. Nach ungefährrer Berechnung ist der Betrag der Dividende auf Spiel-Actien, der als baare Summe per Jahr in der Stadt Wiesbaden verblieb, mit ca. 300,000 fl. nicht zu hoch gegriffen. Es befanden sich jedenfalls soviel Actien in den Händen hiesiger Einwohner, dass deren Dividendebetrag mit 300,000 fl. annähernd richtig erscheinen dürfte. Den Nachtheil, welcher aus der plötzlichen Entwerthung der Actien überhaupt für unsere Stadt und deren Einwohner entsteht, haben wir oben schon erwähnt. Wir lassen denselben aber zunächst aus aller Berücksichtigung und halten uns an die angegebene Summe, die jährlich der Stadt allein aus den Dividenden erfloss.

Wer sich nicht ganz über die Verhältnisse täuschen will, der kann den Zeitpunkt genau angeben, seit welchem die Baulust in Wiesbaden gefördert, seitdem Strassen und neue Quartiere entstanden, seitdem unsere Hôtels neue Aussen-seiten und comfortable innere Einrichtungen gewonnen, seitdem mit einem Worte Wiesbaden das geworden, was es jetzt ist.

Wir kommen zwar in die Gefahr, für Lobredner des Spiels gehalten zu werden, indem wir das offen aussprechen, was wie ein Lob desselben lauten muss — aber wahr bleibt wahr und die Wahrheit zu gestehen, auch wenn die Motive der gelobten Sache nicht die lautersten sind, ziemt sich in einem Falle, wo die Existenz einer ganzen Einwohnerschaft in Frage steht.

Seitdem jene Dividenden der Stadt zum Vorthail gereichen, wurden auch beträchtlichere Mittel zu aussergewöhnlichen Anstrengungen flüssig, die Baulust regte sich, unterstützt durch die Anstrengungen, welche für die Vergnügungen der Fremden gemacht wurden, der Verkehr stieg, es war leichter Geld zu Speculationsbauten zu haben und wollen wir unsere Augen nicht ganz den Thatsachen verschliessen, das flüssige Geld zu diesen Bauten — es kam, wenn auch nur zum Theile, aus jenen Dividendenzahlungen — es erfloss unserer Stadt mit aus dem Spiele.

Vor ca. 8 Jahren stand mitten in der Taunusstrasse noch das trostlose Bild einer Backsteinbrennerei, die von einem Wohlgerüche aushauchenden Bache umflossen um so lieblicher erschien, als sie sich den Blicken des Beschauers, von einer verfallenen Mauer umgeben, ganz ungehindert darstellte; ein Bild in Breughel'scher Manier mit obligater Nasenerquickung. Die Lehmkaute und der warme Damm mit seinen trüben Gewässern, die Salzbach und die Bequemlichkeitsanstalten für den eigentlichen Curgebrauch, wie herzerhebend waren diese Orte und Institute für den Badegast sowohl, als den Stadteinwohner.

Wollten wir gründlich auf diesen Punkt eingehen, wir könnten hundertfältige Beweise für die Behauptung aufstellen, dass seit der Zeit, wo die Mittel aus jenem einen Punkte reichlicher flossen, diese Zustände erst geändert sind.

Täuschen wir uns desshalb nicht selbst! — Wo die Fäden des Verdienstes und der Hebung unserer Stadt bisher zusammenliefen, können wir uns nicht verhehlen — wenn wir auch durchaus den Gedanken nicht ausschliessen, dass wir — begünstigt durch andere Verhältnisse und Umstände — auch ohne das Spiel wohl existiren könnten.

Indem wir so genau auf jene Punkte eingehen, wollen wir nur darthun, wie gewichtig die Spielfrage für unsere Stadt erscheint; wie gesagt, nicht um das Spiel zu vertheidigen, stellen wir diese Darlegung zusammen, sondern um uns über die Mittel klar zu werden, mit denen wir in Zukunft zu operiren haben, um drohenden Verlusten zu begegnen.

Wir werden am Schlusse auf die etwaigen Vermittlungswege, die für unsere Stadt einzuschlagen sein dürften, des Näheren zurückkommen.

Recapituliren wir demnach die bisher genannten Summen, welche der Stadt als solcher und deren Einwohnern aus den Betrieben der Cur-Etablissements erwachsen sind:

Städtische Steuern per Jahr (1866)	fl. 32,500
Gehalte der Angestellten des Curhauses &c.	„ 175,000
Ungefährer städtischer Steuerbetrag von diesen Angestellten	„ 3,500
Städtische Wohlthätigkeitsanstalten, Vereine und Private &c.	„ 20,000
Ungefährer Betrag der auf Wiesbadener Actien-Inhaber per Jahr entfallenden Dividenden	„ 300,000

Zusammen fl. 531,000

Dies wäre, mit Ausnahme der zum Theil ebenfalls zu berücksichtigenden Staatssteuer des Spiels von jährlich ca. 90,000 Gulden, die Summe, welche für die Stadt zunächst in's Gewicht fällt.

Uebersehen dürfen wir weiter auch nicht, dass, sofern die Dividendenzahlungen an die Actienbesitzer hinwegfallen und die Spiel-Actien überhaupt entwerthet sind, ein Theil unserer Capitalisten sich gezwungen sehen wird, seine Capitalien, die auf Hausbauten entliehen sind, theilweise zu kündigen.

Abgesehen nun von der Entwerthung der Häuser selbst, wird Capital und Vertrauen für Bauten schwinden und seltnere werden, und da viele unsrer Hausbauten auf Credit überhaupt nur unternommen sind und auf fremdem Capitale fussen, können und müssen einzelne Hausbesitzer momentan in bedeutende Verluste gerathen.

Jedenfalls dürfte sich aber der Wegfall jener 300,000 fl. in den Verhältnissen des allgemeinen Consums &c. innerhalb der Stadt fühlbar machen.

Indirecte Vorthelle.

Wir kommen nun zu dem zweiten Punkte unserer Darlegung.

Was ist bis jetzt jährlich zur Hebung unserer Cur-Industrie speciell vom Spiele geschehen und welche Anstrengungen wurden von der Spiel-Verwaltung im Interesse der Stadt für die Unterhaltung der Curgäste während ihres Aufenthaltes gemacht?

Beginnen wir mit der Theaterfrage.

Das Spiel unterstützte das Theater per Jahr (1865) mit der baaren Summe von 57,000 fl., abgesehen davon, dass z. B. im Jahre 1866 während der kriegerischen Verhältnisse die Curhaus-Administration, um das Theater bei schlechtem Besuche über Wasser zu halten, wöchentlich für mehrere hundert Gulden Billets an der Theater-Casse kaufte und unentgeltlich an Curgäste vertheilte. Die Theater-Casse machte dadurch Einnahmen, die bei mangelndem Fremdenbesuch und in Folge der Zeitverhältnisse fehlender Theaterlust der Einwohner, das Institut überhaupt in seinem Bestande erhielten; es wäre andernfalls eine Schliessung des Theaters mitten im Sommer und während der Cur unvermeidlich gewesen.

Wir lassen die übrigen Zuschüsse des Landes, des Herzogs, der Stadt u. s. f. zunächst, weil sie nicht hierher rangiren, ausser Betracht und registriren nur, dass die Stadt als solche 7,000 fl., die Domaine 25,000 fl. jährlichen Zuschuss ausserdem bisher dem Theater zufließen liessen.

Bemerkt sei noch, dass im letzten Jahre der Zuschuss aus der Spiel-Casse auf 63,000 fl. anstieg. Wir wollen indess den regelmässigen Zuschuss von 57,000 fl. zunächst nur in Anschlag bringen.

Wir hören nun täglich Aeusserungen: bei'm Theater könne viel gespart werden. Dies geben wir zu. Ueber solche Verhältnisse zu urtheilen ist aber überhaupt nur dem Eingeweihten möglich, und auch für diesen schwierig. Gespart kann werden. Man kann z. B. die Gagen reduciren, das Ballet abschaffen und Ausstattungsoptern vermeiden.

Dann ist aber eben das Theater auch nicht mehr, was es war. Wollen wir denn verkennen, dass die Wintercur, d. h. der Aufenthalt der Fremden im Winter in unsrer Stadt, nicht auch hauptsächlich dem Theater mit zuzuschreiben ist? Und glaubt man denn, dass der Fremde aus St. Petersburg oder Paris oder wo er eben herkommen mag, mit der dürftigen Ausstattung unseres Theaters in früherer Zeit heute noch zufrieden sein würde?

Man erinnere sich an die ewig wiederkehrenden Coulissen, von denen die Farbe abgefallen und die so ärmlich bestellt waren, dass in einem grösseren Stücke, wo fünf Zimmerdecorationen nöthig waren, einige derselben in verschiedenen Acten zu sehr verschiedenen Zwecken wieder verwendet werden mussten. Die Decorationen waren bei dem zweiten Theaterbesuche des Fremden ihm schon alte liebe Bekannte, die ihr Alter recht deutlich markirt auf der Stirne trugen. Wenn uns

als Wiesbadenern dies auch genüge, glaubt man denn der Fremde, der heutzutage andere Anschauungen aus grossen Städten mit hierherbringt, lasse sich mit solchen primitiven Zuständen noch genügen? Die Verhältnisse sind in der Beziehung nur in Provinzialstädten noch so trostlos, wie sie hier vor zehn Jahren waren.

Soll die Stadt, soll ein Privatunternehmer die Opern: Faust mit 3000 fl., Undine mit 3000 fl., Oberon mit 3500 fl., Dinorah mit 2000 fl., Orpheus mit 1000 fl., Armide mit 1500 fl., Lohengrin u. s. f. aus eigenen Mitteln und auf Speculation einrichten und ausstatten? Bei einer Bevölkerung von 28,000 Einwohnern ist selbst bei dem regsten Theaterbesuch dies Geschäft nicht zu riskiren.

Und im Sommer? Wer hat im Interesse der Cur den Theaterbesuch gehoben? Die Künstler-Gäste! Wenn diese aber Häuser, d. h. Casse machten, so vergesse man ja nicht, dass eben diese Gäste auch den Löwenantheil an den Einnahmen davon trugen. Mit anderen Bedingungen sind aber heute Gäste von Ruf nicht mehr zu haben. Oder glaubt man, Dresden, Hannover und ähnliche grössere Städte hätten bisher nicht noch mehr Mittel zur Verfügung gehabt als Wiesbaden einschliesslich der Spielzuschüsse?

Die Gagen reduciren — nun ja — das ginge. Die Leistungen würden sich auch danach bemessen lassen. Denn die Gagen sind überall nicht niedriger als hier, und Amsterdam zahlt beispielsweise einem ersten Bariton in diesem Winter 500 fl. per Monat, eine Summe, die dieselbe Persönlichkeit hier nicht annähernd erreichen könnte.

Sollen dem Fremden jetzt vielleicht die Vorstellungen genügen, die im Jahre 1855 hier gegeben wurden, wo die Rollen eines ganzen Stückes ausschliesslich mit Mitgliedern des Chors besetzt waren? Die Zettel sind noch einzusehen, und wenn die Vorstellungen auch gut und rund zusammengingen, genügten sie heute noch, wo wir selbst verwöhnt sind?

Der Fremde würde sich enttäuscht sehen, wenn überhaupt der äussere Glanz des ganzen Unternehmens wieder abgestreift würde — und der Schwerpunkt all unsrer Ankündigungen und Annoncen in öffentlichen Blättern wurzelt immerhin mit in dem guten Theater der Stadt. Die früheren Verhältnisse passten vortrefflich in jener Zeit — damals genoss der Fremde auch noch Eau de Salzbach an den Ufern des warmen Dammes unentgeltlich.

Man kann ja das Ballet abschaffen? Auch das ginge — aber wo bleibt dann — mit dürrer Worten herausgesagt —

die Anziehungskraft, die Fremde und Einheimische veranlasst Ausstattungsoptern wie Faust, Orpheus u. s. f. anzusehen und wiederholt anzusehen, Stücke, die man andernfalls in jeder leidlich grossen Stadt besser und vollständiger hergerichtet finden würde, deren Aufführung ohne Ausstattung sich hier aber keinesfalls rentiren könnte.

Bei der Beschränktheit des Hauses lassen sich nicht einmal die Einnahmen ungewöhnlich steigern, denn an Sonntagen und bei aussergewöhnlichen Vorstellungen reicht der Raum nicht hin, um grössere Summen einzunehmen.

Cöln ist eine Stadt von 118,000 Einwohnern mit colossalem Fremdenverkehr, mehr denn viermal bevölkerter als Wiesbaden und kann trotz bedeutender Zuschüsse sein Theater kaum 8 Monate erhalten — und in dieser Zeit nicht in dem hier gewohnten Style.

Wir nehmen nun ferner an, es sei an den Gehalten zu kürzen. Wie viel könnte dies in Summa austragen?

Orchester und Chor sollten füglich eher im Gehalte aufgebessert werden, reduciren kann man da nicht. Es handelte sich also um Solisten. Nun sie werden entweder anderwärts Stellung finden oder ihren Gehalt reduciren lassen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Mitglieder aus Gründen der Ersparniss entlassen wurden, sie sind trotz der erdenklichsten Mühe die man sich um Ersatz gab, als Darsteller nicht ersetzt worden.

Wem aber kommen die Gehalte der Bühnengehörigen zu gut? Sie bleiben in der Stadt und werden in der Stadt verausgabt und in Cours gebracht. Die Steuern von den Gagen zieht die Stadt und das Land und auch diese sind nicht unbedeutend.

Nehmen wir also an, es könnten 10,000 fl. am Theater gespart werden, so heisst dies mit anderen Worten: diese 10,000 fl. gehen zunächst dem Theater (d. h. dem Fremden gegenüber) an äusserem Glanze verloren, die Stadt aber entbehrt diesen Betrag als eine für Lebensbedürfnisse &c. innerhalb derselben coursirende Summe. Das scheint eine schlechte Ersparniss. Und nehme man nur nicht an, dass der Fremdenbesuch der Stadt im Winter sich steigern, oder auch nur auf derselben Höhe erhalten wird, wenn das Theater in seinen Verhältnissen zusammenschrumpft. Dresden ist auch eine Stadt die eine treffliche Umgebung, ein ausgezeichneteres Theater als das unsere, Kunstgenüsse, Gemädegallerien und Sammlungen &c. bietet, und der wir erst in den letzten Jahren russische und andere Familien zum Winteraufenthalte

entzogen haben, weil die Fremden hier in fast gleichem Masse für ihre Unterhaltung gesorgt wussten.

Zudem dienen die Mitglieder der Bühne, ob Solisten oder Orchester, nicht wenig durch Mitwirkung in Concerten, Gesellschaften, Vereinen &c. den allgemeinen Vergnügungen und der Unterhaltung des Winter-Curgastes. Demnach, gerade herausgesagt, werden diese 57,000 fl. nicht dem Theater, sondern sie werden der Stadt entzogen sein.

In diesem Falle ist indess ein Trost gewichtiger als jeder andere. Es steht zu erwarten, dass die Königlich preussische Regierung das Theater in gewohntem Glanze erhalten und in der bisherigen Weise verwalten lassen wird. Gegründete Aussicht hierzu ist vorhanden und die Stadt wäre dieser Sorgen wenigstens enthoben. Hoffen wir im Interesse Wiesbadens, dass dieser Fall eintritt — es wäre ein wichtiger Hebel zur Förderung unserer Curverhältnisse erhalten und diese Unterstützung Wiesbadens von der Einwohnerschaft mit grösstem Dank gegenüber der Königlichen Regierung aufzunehmen. Nothwendig erschien es aber jedenfalls auch diesem Punkte, gegenüber den allseitig verbreiteten irrigen Ansichten durch einige Worte gerecht zu werden.

Von der Curhausadministration wurden im Jahr 1865 für Unterhaltung der Curanlagen verausgabt: 27,000 Gulden. — In dieser Summe befindet sich allerdings noch eine Zahlung für Umänderung der Anlagen am grossen Weiher und für Erbreiterung des Raumes hinter dem Curhaus. Wir schlagen diesen Separatbetrag für das Jahr 1865 auf ca. 10 — 12,000 fl. an und rechnen gering und in runder Summe per Jahr für den Ausgabeposten „Unterhaltung der Curanlagen“ ca. 15,000 fl. Wer sich die Mühe gibt zu beachten, mit welcher Sorgsamkeit die Anlagen gepflegt werden und berücksichtigt, was Alles für derartige Zwecke aufgeboten wurde, wird auch diese Summe nicht zu hoch finden.

Reducire man auch hier — die Unterhaltungskosten der Anlagen müssen, wenn auch geschmälert, in Zukunft auf andere Weise oder von der Stadt aufgebracht werden. Nun aber zahlt die Stadt bereits per Jahr 10,000 fl. aus städtischen Mitteln für Verschönerungen, Strassen, Bänke &c. — Es würden ihr demnach statt 10,000 fl. in Zukunft circa 25,000 fl. für die Unterhaltung der Anlagen, Tagelöhnerbesoldung, Kies- und Sandbeschaffung &c. zur Deckung anheimfallen. Die Musik am Kochbrunnen zahlte wie bekannt, die Stadt gleichfalls bisher.

Für Bauungen und Unterhaltung des Kursaalgebäudes und Erneuerung und Erhaltung des Mobiliars desselben,

wurden im Jahre 1865 circa 50,000 fl. verausgabt. Auch hier lässt sich vielleicht Manches kürzen und ersparen, ja wir nehmen an — wenn die Stadt einmal erst im Besitze des Curhauses und seines Mobiliars sein wird, man würde ein paar Jahre gar Nichts für das Vorhandene thun. Wie stünde es dann nach Ablauf derselben? Die Mobilien bedürfen der Aufbesserung und der Erneuerung, weil sie mehr denn andere abgenützt werden, und dass der Cursaal fast alljährlich aus besonderen Gründen baulich der Aufbesserung bedarf, ist ein öffentliches Geheimniss, eine Thatsache, welche in der ungünstigen Lage der Baulichkeiten selbst begründet ist.

Eine Hauptausgabe der bisherigen Verwaltung ist die Rubrik: Musik, Concerte und Bälle; die Kosten dafür mögen sich per Jahr auf 53,000 fl. gestellt haben.

Ohne den Glanz des Badeortes zu wesentlich zu beeinträchtigen, lässt sich hier nicht allzuviel kürzen. — Wir können freilich die Musik seltener spielen lassen! Auch das ginge. Wo blieben aber dann die überfüllten Bahnzüge, welche uns die Nachbarschaft von Mainz, Frankfurt, aus dem Rheingau &c. zu unsern Gartenconcerten alltäglich im Laufe des Sommers schickt? Den splendiden und trefflichen Gartenconcerten danken wir doch sicher den grössten Theil der zu Tausenden aus allen Nachbarorten und weiter herströmenden Eintagsbesucher. Und bringen diese der Stadt nicht auch Verdienste in Masse?

Rechne man nur die Druckkosten für Placate, Ankündigungen in Zeitungen, Druck der täglichen Concertprogramme und dergleichen; es ergibt diese Nebenausgabe allein ein beträchtliches Sümmechen.

Derselbe Fall ist's mit der Musik zu den Bällen, Reunions etc.

Von den häufig wahrhaft grossartigen Künstlerconcerten müssen wir selbstverständlich in Zukunft absehen, denn eine Stadt kann derartige Arrangements an und für sich nicht treffen, noch weniger aber den Künstlern gegenüber, wenn diese auch als Spekulanteneigenschaft geneigt wären hieher zu kommen, eine Garantie übernehmen. Und eben diese Concerte haben unserer Stadt in der Aussenwelt ein bedeutendes Renommé gesichert; sie waren ein mächtiger Anziehungspunkt für die Elite unserer Curstadtbesucher.

Ein weiterer Kostenpunkt, an dem wenig zu kürzen sein dürfte, sind die Ausgaben für Beleuchtung des Kursaals, der Anlagen und der Trinkhalle etc. Sie berechnen sich per Jahr auf 17,000 fl. Auch hierin kann man sparen; wenigstens hört man diese Meinung viellseitig äussern. Es liesse sich

auch machen, wenn man dem Grundsatz der meisten deutschen Gasbereitungsgesellschaften huldigen wollte: man beleuchtet eben gar nicht, wenn Mondschein im Kalender steht. Ob dies aber einem Badeorte ersten Ranges genügen würde, steht denn doch stark zu bezweifeln. Wir geben zu, dass andere Badeorte mit geringerer Beleuchtung auch bestehen können. Unsere Anlagen sind aber einmal durch ihre mächtige Ausdehnung durchaus auf diese umfassende Beleuchtung basirt und eingerichtet und ein ähnlicher Fall ist's mit den Sälen.

Man wird freilich wohl auch den Weg bis zum Curhaus bei einer geringeren Zahl Laternen finden, im Cursal selbst auch bei einem einzigen brennenden Kronleuchter noch Licht bemerken, aber — wir kommen darauf zurück — wie steht es dann mit dem gewohnten Glanz unseres Badeortes; er wird sich von selbst reduciren und während andere Curorte, welche durch die Gewohnheit, durch eine derartige pecuniäre Unterstützung nicht emporgegipfelt worden sind, sich verhältnissmässig heben, werden wir in gleichem Verhältniss stufenweise zurücktreten und von unserer Höhe herabsteigen müssen. Es ist wahr, der jetzige Glanz ist der Stadt allzuleicht geworden — sie sah sich in den äusseren Prunk plötzlich hineingetrieben — aber kann sie dafür leiden sollen, da sie diese Zustände doch nicht im Geringsten verschuldet?

Für die Unterhaltung des Lesecabinet's im Cursaal zahlte die Administration per Jahr die ungefähre Summe von 3400 fl. — Die Anforderungen an einen Badeort von der Ausdehnung und Bedeutung Wiesbadens, sind in Bezug auf Zeitungs-Lectüre heute keine geringen mehr.

Unser bisheriges Lesecabinet liess denn auch Nichts zu wünschen übrig. Blätter in den Sprachen aller unsere Curstadt besuchenden Nationen, liegen — ganz abgesehen von den Brochüren und Sammelwerken, Reiseschriften &c. — dort auf. Die Zahl der vorhandenen Zeitungen berechnet sich auf ca. 120. — Rechnen wir auch einige als überflüssig ab, es bliebe immerhin ein beträchtlicher Ausgabeposten für derartige literarische Bedürfnisse, ganz abgesehen davon, dass die abonirten Blätter auch mehr oder weniger im Interesse unseres Curortes thätig sind.

Es müsste demnach, da der Stadt noch andere bedeutende Ausgaben anheim fallen, etwa ein Abonnement mit Tages- oder Monatskarten für den Besuch des Lesecabinet's eingerichtet werden. Doch bliebe dies immerhin eine grosse Hemmung des Verkehrs, an die man sich hier schwer wieder gewöhnen dürfte.

Die wesentlichste Ausgabe der Administration für den Badeort und die Steigerung des Fremdenverkehrs in den letzten Jahren, beziffert sich in einer Summe von ca. 17,000 fl.

Diese wurden verausgabt für Annoncen, Publicationen im Interesse der Curindustrie, Honorare an Schriftsteller, für Reclameartikel, Badeschriften, Subventionen von Badezeitungen u. s. f. und diesem Ausgabeposten ist doch offenbar in nicht geringem Masse der steigende Verkehr der letzten Jahre mit zuzuschreiben.

Heute, wo täglich Bäder und Heilanstalten wie Pilze aus der Erde schiessen, die sämmtlich ihr Heil zunächst in der Reclame suchen, kann auch Wiesbaden sich in öffentlichen Blättern nicht selbst todtschweigen. Ermisst man die Verhältnisse, wie sie liegen, so haben wir ein Beispiel an Homburg, welcher Ort für die Reclame in dieser Weise noch weit mehr thätig ist als Wiesbaden. Und eben dieser Reclame hat Homburg, weit weniger durch seine Thermen und Umgebung begünstigt als Wiesbaden hauptsächlich sein Emporkommen zu danken.

Der Curverein unserer Stadt, der nur wenige Annoncen zur Ausgleichung des dieses Jahr gestörten Verkehrs erliess, konnte sich leicht überzeugen, wie diese Inseratkosten in nur einzelnen Blättern, sofort zu Hunderten von Gulden anwuchsen.

Wir stellen demnach auch die weiteren Ausgabeposten, welche der Stadt indirect und wohl auch direct zum Vortheil gereichten, zusammen:

Theaterzuschuss pro Jahr	57,000 fl.
Unterhaltung der Curanlagen	15,000 fl.
Bauungen und Erhaltung des Cursaalgebäudes und des Mobiliars	50,000 fl.
Musik, Concerte und Bälle etc.	53,000 fl.
Beleuchtung des Cursaals, der Anlagen etc.	17,000 fl.
Unterhaltung des Lesecabinets	3,400 fl.
Publicität, Annoncen und Reclame etc.	17,000 fl.
	zusammen 212,400 fl.
Dazu die oben verrechneten	531,000 fl.
	in Summa 743,400 fl.

Wir trugen absichtlich diese Summen zusammen, um, wie bereits angegeben, die Schwierigkeiten genau vor Augen zu führen, welche der Stadt erwachsen, um den Curort auf der gewohnten Höhe zu erhalten. Wir zweifeln nicht, dass diese Summen überraschen werden, denn im Allgemeinen hat die Einwohnerschaft von den Anstrengungen, welche von

Seiten der Spielgesellschaft bisher gemacht wurden, keine klare Anschauung.

Entgegne man uns auch: dass viele dieser Posten im eigenen Interesse des Spielunternehmens wurzelten — je nun, unserer Stadt und Curindustrie kamen sie in gleichem Masse zu gut. Wir hatten denselben Vortheil von diesen pecuniären Anstrengungen.

Berühren wir nun ganz leise den Generalpunkt, dass die Stadt zum Theil auf die Spielrevenue mit gestützt und auf Grund der bestehenden Verhältnisse, ein Anlehen von 500,000 fl. contrahirte, welches eben durch diese Revenüen mehr oder weniger mit gedeckt werden sollte, so steht wohl ausser Frage, dass uns zunächst durchaus keine Aussicht bleibt, in glimpflicher Weise über eine Unterbrechung der gegenwärtigen Verhältnisse hinauszukommen.

Streiche man geradezu die Hälfte der Ausgaben, ja drei Viertheile — woher nehmen wir die Summen für die Erhaltung des Vorhandenen? Woher nehmen wir den Ausfall (ausschliesslich der Gehalte der Cursaalangestellten, der Dividendenbeträge, der städtischen Steuern etc. etc.), der sich immerhin noch auf über 200,000 fl. berechnet?

Die häufig aufgestellte Behauptung: warum ist nicht früher schon ein Reservefond für solche Eventualitäten begründet, hat in mancher Beziehung gewiss ihre Berechtigung. Bei näherer Betrachtung aber zeigt sich, dass so Vieles für unsere Stadt zu geschehen hatte, wenn sie überhaupt das werden wollte was sie heute ist, dass sich dieser Einwand in der Hauptsache mehr oder weniger durchaus widerlegt.

Man will doch nicht verkennen, dass die Schulen, die Canalisirung der Hauptabzugswege für die die Stadt verpestenden Quellwasser u. s. f. eine totale Nothwendigkeit waren? Wollen wir nicht ungerecht sein, so müssen wir zugestehen, dass Alles was in dieser Beziehung für die Stadt geschehen nicht allein zu rechtfertigen ist, sondern eine bedingungslose Nothwendigkeit war. Wir müssen eingestehen, dass der Rath unserer Stadt in stetem Bestreben den gerechtfertigten Wünschen der Bevölkerung nachzukommen, überall die Missstände zu beseitigen gesucht hat, die unserer Stadt einen üblen Ruf als Curstadt verschaffen mussten. Die Canalisirungen waren eine Nothwendigkeit sie mussten in's Werk gerichtet werden. Sie kosteten selbstverständlich der Stadt enorme Summen.

Wiesbaden ist aber an und für sich keine vermögende Stadt, war es da nicht selbstverständlich, dass man sich an

die gebotenen Mittel hielt die zur Verwendung flüssig gemacht werden konnten? Wäre dies Alles nicht geschehen, so wäre heute auch Wiesbaden nicht Wiesbaden, sondern eine Curstadt, die sogar in sanitätlicher Beziehung stark zu wünschen übrig liess.

Desshalb urtheile man nicht zu rasch über die Unterlassungssünde der versäumten Gründung eines Reservefonds, wären die Verhältnisse in stetem Fortschreiten wie bisher geblieben, so würde der Rath der Stadt, dessen sind wir sicher, auch diesen Punkt nicht ausser Acht gelassen haben. Bis heute war, gegenüber den unendlichen, dringenden Aufgaben, an diese Fürsorge effectiv nicht zu denken.

Um indess auch einen Blick auf das neu Geschaffene zu werfen, was in unserer Stadt durch die Spielmittel nach und nach und in den letzten Jahren entstanden, geben wir kurz die Ausgabeposten an, wie sie sich in runden Summen etwa beziffern werden.

Für allgemeine Verschönerungen wurden in den letzten Jahren verausgabt:

Für die neuen Anlagen am sog. warmen Damm	290,000 fl.
„ „ Cascaden auf dem Platz vor dem Curhaus	36,000 fl.
„ „ Anlage des Theaterplatzes	30,000 fl.
„ „ Biebricher Chaussee	89,000 fl.
„ „ Trinkhalle am Kochbrunnen	45,000 fl.
„ „ grosse Fontaine	48,000 fl.
„ „ Ueberwölbung des Salzbachs	7,000 fl.
„ „ Macadamisirung der Wilhelmsstrasse	5,000 fl.
„ „ Anlegung des Fahrwegs im Nerothal	1,500 fl.
„ „ Weg nach dem Castel in Rambach	1,000 fl.
	zusammen 552,400 fl.

Dazu kommen: die Ueberwölbung des Rambachs und eine Weganlage für dieses Jahr, mit 17,000 fl.

Wir lassen diese Summen ohne allen Commentar für sich selbst sprechen, ziehen sie auch nur deshalb an, weil anzunehmen ist, dass von diesen Ausgaben die Hauptsummen als Verdienst vieler Arbeitskräfte in der Stadt verblieben und hier wieder verausgabt worden sind.

Von den verschiedensten Seiten wird die preussische Stadt Aachen, die gleichfalls vor Jahren, in Folge Regierungsverfügung und durch Ablauf des Spielpachtvertrags das Spiel einbüsste, als Beispiel angezogen und behauptet: Aachen habe sich in günstigster Weise über diese Unterbrechung seiner gewohnten Verhältnisse hinweggeholfen.

In Aachen bestehen zwei städtische Vereine: Das Kur- und Badecomité und ein Privatverein: Der Verein zur Belebung der Badesaison, die in dieser Beziehung sich bedeutende Verdienste um die Stadt erworben haben.

Aber wie will man Aachen mit Wiesbaden vergleichen? Aachen ist eine Stadt von circa 63,000 Einwohnern, zu denen eigentlich noch die Bewohner der Schwesterstadt Burtscheid, die mit Aachen durch Garten- und Kuranlagen verbunden ist, zu zählen sein würden.

Aachen war vor Aufhebung des Spiels schon eine bedeutende Fabrikstadt und bei Weitem nicht überwiegend Badeort. — Wiesbaden ist das letztere ausschliesslich.

In Aachen bestanden schon vor Aufhebung des Spieles bedeutende Tuchfabriken und Wollspinnereien, früher wie heute ein Haupthebel des Wohlstandes jener Stadt. Die grossartige Ausdehnung der Aachener Tuchfabriken ist bekannt; sie datirt aber in ihrer Entstehung bis in's 14. Jahrhundert zurück.

Im Mittelalter zählte Aachen über 100,000 Einwohner. Seine Entwicklung und Entstehungsgeschichte ist mit der Wiesbadens in keiner Weise zu vergleichen.

Aachen hat ferner Näh- und Stecknadelfabriken (im Jahre 1864 wurden in Aachen beispielsweise: 1100 Millionen Nähnadeln und 50,000 Zollpfund Stecknadeln, 45 Millionen Stück Vorstecknadeln und 120 Millionen Stück kleinere Stecknadeln mit Glasköpfen fabricirt).

Aachen besass ehe das Spiel dort endete und besitzt heute noch Eisen- und Glockengiessereien, Sammt- und Sammtbandfabriken, Seidenfabriken, Cigarrenfabriken u. s. f. — Aachen ist mit einem Wort vorwiegend Fabrikstadt.

Ob Wiesbaden dazu sich eignet, da die Lage des Ortes, entfernt vom Rhein und als verlorener Posten zweier Eisenbahnen, derartige Unternehmungen nicht geradezu begünstigt, ist eine Frage der Zeit. Jedenfalls würde durch die eigenthümliche Lage der Stadt, Wiesbaden als Kurort durch das Fabrikwesen nicht gewinnen und andererseits gehören denn doch Jahrzehnte dazu, um derartige industrielle Unternehmungen zu schaffen.

Aber auch noch ein anderer Punkt kommt hier in Betracht. Wiesbadens Trinkkur ist erst seit einigen Jahren in Aufnahme, die Bäder werden überwiegend angewendet. Diese Bäder aber, welche der Stadt zu einer Einnahme verhelfen könnten, gehören hier ausschliesslich Privaten. König Friedrich Wilhelm III. von Preussen schenkte am 10. April 1818

die Bäder und Mineralquellen mit den dazu gehörigen Gebäuden und Grundstücken der Stadt Aachen.

Die Stadt nun machte die Bäder etc., mit Ausnahme einiger, die Privateigenthum waren, für sich nutzbar. In Wiesbaden ist die Stadt zum Theil wenigstens im Besitze des Kochbrunnens — sein ausschliesslicher Besitz ist bekanntlich eine Rechtsfrage, weil eben noch andere Rechte daran haften.

Nehmen wir aber an, der Kochbrunnen gehöre unbestritten der Stadt und dieser allein, was er als Einnahmequelle günstigenfalls abwerfen könnte, dürfte kaum in Anrechnung gebracht werden können. Wir kommen indess auf diesen Punkt noch zurück.

Wie nun mit der schon seit Decennien bestehenden bedeutenden Fabrikstadt Aachen unser Wiesbaden, das im Augenblick doch nur als Badeort in Anschlag zu bringen ist, verglichen werden kann, ist nicht recht abzusehen. Aachen wäre und bliebe uns gegenüber eine bedeutende Stadt, auch wenn es seine sämtlichen Mineralquellen über Nacht verlieren würde. Zudem ist Aachen Hauptstadt des preussischen Regierungsbezirks gleichen Namens, Sitz der Behörden und Gerichte — und trotz alledem ist die mehr denn doppelt so stark bevölkerte Stadt mit ihrer zahlreich bewohnten Umgebung kaum im Stande, ein Theater 2. bis 3. Ranges zu unterhalten.

Welche Mittel könnte die Stadt eventuell für die Cur-Industrie aufbringen?

Wir müssen zunächst auf den oben beregten Punkt zurückkommen, aus welchem Grunde es kleineren wie grösseren Badeorten (abgesehen von den sogenannten Spielbädern) ermöglicht ist, für Annoncen, Reclame u. s. f. in häufig ausgedehntem Maasse Sorge zu tragen.

In den meisten Badeorten sind die Badeanstalten und Bäder in den Händen der betreffenden Stadt oder einer Actien-Gesellschaft. Sie bilden die Haupteinnahmequelle zur Bestreitung der entstehenden Unkosten für Verwaltung und Unterhaltung der Anlagen, Musiken u. s. f. Diese Einnahmequelle fällt für uns hinweg, da wir (mit Ausnahme des Gemeindebades?) kein öffentliches Badhaus besitzen. Es bliebe uns also zunächst eine Einnahmequelle, nämlich der etwaige Erlös des Kochbrunnens.

Nach Obermedicinalrath Dr. Müller, dessen gewissenhafte Zusammenstellung uns vorliegt, wurden in Wiesbaden im Jahr 1864—65 in Summa 104,193 Bäder abgegeben. Rechnet man die gewöhnliche Zahl der 21 Bäder auf den Curgast (Einzelne nehmen auch wohl 28 und mehr, Andere bei Weitem weniger), so stellte sich danach — und das angeführte Jahr war ein sehr günstiges — die Zahl der eigentlichen Badegäste auf 4961 Personen. Rechnen wir nun auch eine grosse Zahl Fremde, welche einzelne Bäder nehmen noch hinzu und vervollständigen wir die Zahl, um all und jede Differenz auszugleichen, noch um 2000 Personen, so stellt sich die Summe doch nicht höher als auf 7000 eigentliche Badegäste. Herr Obermedicinalrath Müller nimmt allerdings ca. 8000 Personen an, da für die Berechnung einer Curtaxe indess alle Einzelbäder wegfallen, weil man diese nicht sofort mit mehreren Gulden besteuern kann, so müssen wir uns an die Zahl, welche eines der günstigsten Jahre ergeben hat, wenigstens für unsere Berechnung halten.

Wir bringen selbstverständlich die vielen Kranken, welche einer Luftcur oder des milden Klima's wegen hier verweilen, nicht mit in Anschlag, da eine derartige Cur eigentlich als solche nicht zu beweisen — desshalb auch nicht zur Curtaxe anzuziehen ist. Ebenso steht es mit jenen vielen Fremden, welche hier nur Molken oder fremde Mineral-Wasser trinken.

Von den oben genannten 7000 Personen dürften aber kaum 2000 Personen die erst seit wenig Jahren in grössere Aufnahme gekommene Trinkcur allein anwenden.

Eine Extrasteuer vom Kochbrunnen — was könnte sie demnach ergeben? Indess kommen wir auch hierauf bei der Besprechung einer Curtaxe noch zurück, umsomehr als in den meisten Fällen die Trinkcur bei einem und demselben Badegaste mit der Badecur zusammentrifft.

Jedenfalls ersieht man aus dieser Andeutung schon, dass kleinere Badeorte bei geringeren Ansprüchen einen effectiven Erlös aus ihren Bädern und Quellen ziehen. — Indess könnte eventuell das Wasser des Kochbrunnens von Seiten der Stadt besteuert werden. Diess würde aber wieder den Vorthail für die Badhausbesitzer haben, dass die Curgäste bei einer Extrasteuer des Kochbrunnens ihren Brunnen im Bereiche der betreffenden Badhäuser trinken würden.

Nun liesse sich allerdings eine eigentliche Curtaxe erheben.

Abgesehen davon, dass Wiesbaden sich dann zu den kleinen, für den Curgast höchst unangenehmen, Querelen verstehen müsste, welche die Einsammlung von Curbeiträgen, Musikbeiträgen u. s. f. im Gefolge hat, fielen anderseitig auch die Unterstützungen für unsere Wohlthätigkeits-Anstalten in weit geringerem Masse aus. Verläugnen wir nicht, dass der eigentliche Curgast eine indirecte Cursteuer durch die Einsammlung von milden Beiträgen für Wohlthätigkeits-Anstalten schon bisher gezahlt hat. Diese würden jedenfalls hinfort geschmälert werden.

Aber nehmen wir die Zahl von 7000 eigentlichen Badegästen, die zur Curtaxe heranzuziehen sind, als alljährlich feststehend an — sie ist nicht zu niedrig gegriffen — und rechnen wir 5 Gulden Curbeitrag auf den Kopf, so gewinnen wir eine Summe von ca. 35,000 fl. Rechnen wir noch als Extrasteuer für den Gebrauch des Kochbrunnens à Person 1 fl. 30 kr., so haben wir bei 2000 Curgästen, die am Kochbrunnen ausschliesslich ihre Trinkcur nehmen, nochmals 3000 fl., also in Summa 38,000 fl. — immer vorausgesetzt, dass die Cur durch die geringeren Anstrengungen für Vergnügungen nicht nachlässt und dass nicht einmal ein Missjahr, herbeigeführt durch schlechte Witterung, politische Verhältnisse u. s. f. erscheint, in welchen Zeitläuften natürlich die Kosten dieselben bleiben, die Einnahmen aber ganz unzuverlässig sind.

Nun könnte man freilich wohl ein anderes Exempel aufstellen. Die Zahl der Besucher unserer Curstadt rechnet sich bis ca. 35,000 Personen. Aus unserer Aufstellung aber resultirt, dass ca. 28,000 Personen ausgesprochene Vergnügungsfremde sind. Was zieht diese hieher? — Die tausendfältig vorhandenen Vergnügungen und unsere paradiesische Umgebung. Sollte nun nicht die nothwendige Schmälerung der Vergnügungen, die bisher alle unentgeltlich dem Fremden zu Gebote standen, auch eine Schmälerung des Besuchs unserer Stadt im Gefolge haben?

Oder will man dem eigentlichen Vergnügungsgaste oder dem Touristen auch eine Curtaxe in Rechnung bringen. Curtaxen kann man unserer Ansicht nach nur vom Badegaste beanspruchen und es bliebe also hier nur noch ein Weg Geld für die Stadt, d. h. für die Curbedürfnisse zu schaffen. Es ist dies die Ausgabe von Tages- und Wochen-Abonnements-Karten für die Gartenconcerte, wie man diese auch in Aachen eingeführt hat.

Es ist mit anderen Worten ein Entrée für Garten-Concerte.

Unzweifelhaft dürfte dies bei Absperrung des Curhausparkes eine Einnahmequelle werden, und wenn diese Massregel auch im Anfang wenigstens in unseren Nachbarstädten nicht gerade zum Besuch aufforderte, etwas Ugewöhnliches können wir in der Erhebung eines Entrées für ein Garten-Concert, wie dies ja überall üblich ist, nicht erblicken.

Auf diesen Punkt möchten wir deshalb die Aufmerksamkeit gerichtet wissen, wenn wir auch nicht verkennen wollen, dass eine solche Massregel immerhin ihr bedenkliches hat, und bei der Liberalität, mit der bisher in diesem Punkte hier verfahren wurde, für den Anfang drückend erscheinen dürfte.

Eine weitere Einnahmequelle könnte der Stadt und den Cur-Interessen flüssig gemacht werden, durch eine Besteuerung der mit der Curindustrie zusammenhängenden Geschäfte und Gewerbe. Aber wo wäre hier die Grenze zu ziehen? Da die ganze Stadt **nur** durch die Cur-Industrie besteht und ihre Existenz auf der Cur basirt, so wäre eben eine **Extrasteuer**, also eine Steuer deren pecuniärer Ertrag zur Hebung unserer Cur-Industrie ganz speciell verwendet werden müsste — ein nicht zu verwerfendes Mittel Geld zu schaffen.

Finanzleute aber werden einwenden, dass unsere Stadt mit Steuern zur Genüge belastet ist und dass uns überhaupt noch aus dem Ertrag der städtischen Steuer unendlich viel zu thun bleibt; dass ferner die Stadt durch Rückzahlung der im Jahr 1865 aufgenommenen 500,000 fl. all ihre aus der städtischen Steuer erfallenden Hilfsquellen in Zukunft anspannen muss, um ihren Verpflichtungen auch nach dieser Seite nachzukommen. Zudem entbehrt die Stadt nach Aufhebung des Spieles auch die städtische Steuer desselben, welche, wie oben erwähnt, zwei Steuersimpeln der Einwohnerschaft gleichkommt. Dieser Ausfall müsste also ohnehin schon durch zwei Extrasteuer-Simpel gedeckt werden. Von diesem Ausweg dürfte also gleichfalls nicht allzuviel zu erwarten sein.

Nun stände noch der Weg offen: durch freiwillige Beiträge eine Summe für die Förderung der Cur-Industrie anzusammeln.

Wir glauben oben nachgewiesen zu haben, dass in Zukunft — natürlich die Aufhebung des Spiels vorausgesetzt — die Beiträge von ca. 20,000 fl. für wohlthätige Zwecke, welche die Specialkasse diesen Instituten und Privaten zuwandte, in Wegfall kommen werden.

Selbstverständlich sind einzelne dieser Anstalten auch vom Staate subventionirt. Diese Subvention bliebe den Wohlthätigkeits-Anstalten natürlich erhalten. Der aussergewöhnliche Beitrag des Spiels für solche Zwecke müsste aber doch annähernd wenigstens von anderer Seite beschafft werden, will man die mit Mühe und Sorgfalt gegründeten Anstalten nicht total reduciren und in ihren anerkennungswerthen Bestrebungen lahm legen. Es wird daher voraussichtlich die Privatwohlthätigkeit für diese Zwecke angespannt werden, was immerhin eine Schmälerung sonstiger freiwilliger Beiträge für Curzwecke zur Folge haben muss; ganz abgesehen davon, dass, wie bemerkt, jene Anstalten durch Erhebung einer städtischen Curtaxe keinen grossen Erfolg, von den bisher bei den Curgästen veranstalteten Sammlungen mehr zu erwarten haben. Bei aller Achtung vor dem oftbewährten Bürgersinn unserer Stadt, wie viel könnte überhaupt durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden?

Freiwillige Beiträge sammelte z. B. unser Cur-Verein, er durfte mit dem Ergebniss für den Anfang sehr zufrieden sein. Freiwillige Beiträge sammelte auch der Verschönerungs-Verein.

Müssen wir aber nicht zugestehen, dass der letztere seine ausgedehnten Bemühungen für die prächtigen Umgebungen unserer Stadt, für die Anlagen der Spazierwege, Schutzhütten etc. sehr reichlich von Seiten der Kurhaus-Administration unterstützt fand? Ist das Spiel geschlossen, so werden beide Vereine noch mehr für die Ansammlung freiwilliger Beiträge thätig sein müssen, wollen sie überhaupt Mittel beschaffen um ihre Schöpfungen nicht zu Grunde gehen zu lassen. Es wird dann freiwilliger Beiträge nach allen Seiten bedürfen.

Wir wollen hier nicht näher darauf eingehen, dass Aachen nach Verlust des Spieles häufig alle Hebel ansetzte, eine derartige Concession wieder zu erhalten; es mag dies in dem Umstande begründet gewesen sein, dass eben auch noch andere deutsche Bäder das Spiel beibehielten.

Wir sehen auch davon ab, dass auf Wunsch der Bürgerschaft 1849 in Kissingen das Spiel abgeschafft wurde und dass später die Bürgerschaft dringend um Wiedergestattung des Spieles, aber vergeblich petitionirte. Wir wollen nicht darauf eingehen, dass dem Fremden hier durch die Spiel-Administration, ebenso wie z. B. in Homburg, Jagden und Fischereien unentgeltlich und mit grosser Liberalität zur Benutzung freigestellt sind, die immerhin auch keine ge-

ringen Ausgaben verursachen. Wie aber sind wir z. B. Baden-Baden gegenüber situirt? Baden-Baden ist unserer Stadt eine gewichtige Concurrentin. Wenn aber in Baden-Baden das Spiel aufhört, so besitzt die Stadt einen Fonds von 1 Million und 400,000 Gulden — und wir?

Wir besitzen Nichts als den guten Willen und die sicher nicht fehlende Energie, Wiesbaden in seinem bisherigen Stande so weit möglich zu erhalten. Mit diesen Eigenschaften allein lässt sich indess Nichts anfangen — umsomehr, als die Stadt noch Verpflichtungen gegenüber jenem Anlehen hat.

Es kümmert uns auch vom Standpunkte der Stadt aus nicht, ob die an unseren Cur-Anstalten und an dem Spiel betheiligten Actionäre und Theilhaber, ein Recht auf eine Entschädigung ihres in Form Rechts ausgefertigten Vertrags geltend machen werden oder nicht. Zweifellos wird es aber bei einer Aufhebung geschehen.

Abgesehen nun von dem Umstande, dass die tausendfältigen Erleichterungen durch die Vortheile des Spieles, die Privatthätigkeit in Bezug auf unsere Cur- und Bade-Industrie leider allzusehr untergraben haben und dass auch diese mehr und mehr erst wieder angeregt werden müsste, was immerhin einiger Zeit bedarf, woher erhält die Stadt einen Cursaal? Bekanntlich gehört der Cursaal, die Colonnaden u. s. f. einer Privat-Actien-Gesellschaft. Und aus den Händen dieser müssten die Gebäulichkeiten doch erst in die Hände der Stadt übergehen. Auf den Gebäulichkeiten haftet die Spielgerechtigkeit und wenn diese auch nicht mehr in Anschlag käme, das Privateigenthum (wenn auch nur bedingungsweise solches anerkannt werden sollte) kann man doch nicht ohne entsprechende Ablösung den Actien-Besitzern entziehen wollen? Wir zweifeln nicht, dass gegenüber der Domaine, als Hauptbesitzerin jener Actien, ein Abkommen getroffen werden kann und wird. In Aachen gehören, wie oben nachgewiesen, seit 1818 schon die nöthigen Gebäulichkeiten der Stadt.

Und haben wir nun auch den Cursaal, wer schafft das betreffende Mobiliar für denselben? Abermals die Stadt? Gehe man durch die verschiedenen Säle — zu der decorativen Ausstattung derselben gehört auch ein entsprechendes Material und Meublement, Unter 50—60,000 fl. ist wohl das jetzige, einschliesslich der Spiegel etc. etc., nicht anzuschlagen. Das jetzige Meublement gehört aber der Spiel-Gesellschaft, also auch dieses müsste acquirirt werden.

Kann nach dieser Darlegung noch verschwiegen werden, dass die Lage der Stadt eine **sehr bedenkliche** ist?

Nach Erwägung all dieser Umstände kommen wir auf den wichtigsten Punkt unserer Darlegung — auf den einzig möglichen Weg, die Stadt auf eine glimpfliche Weise und ohne die bestehenden Verhältnisse in ihren Grundfesten zu erschüttern, über die zu erwartende Uebergangsperiode hinwegzubringen.

Auch wir zweifeln nicht — dies vorausgeschickt — dass sich Wiesbaden in Jahresfristen von den Schäden erholen wird, welche eine Auflösung des Spiels zweifellos im Gefolge haben muss.

Würde sich die Königlich preussische Regierung zu einer Subventionirung der Stadt als Badeort für die Dauer einer Reihe von Jahren verstehen, so könnte möglicherweise ein Uebergangszustand sich herausbilden, der für den Bürger wie für die Cur-Industrie erträglicher würde, als sich jetzt vielleicht voraussehen lässt.

Zu rechtfertigen wäre eine Subvention in jedem Falle. Wiesbaden bleibt immerhin die Hauptstadt und der Hauptort des Landes.

In Wiesbaden haben die meisten der Wittwen unserer Angestellten und Militärs durch Vermiethen, durch einzelne Thätigkeiten und Beschäftigungen, welche durch die Cur-Industrie unterstützt wurden, die Mittel zum Erwerbe und zur Gründung einer leidlichen Existenz gefunden. Es ist also gewissermassen eine Pflicht des Landes, einen Rückschlag in diesen Verhältnissen zu verhindern, der gerade nach der Seite hin fühlbar würde, die am wenigsten im Stande ist derartige Beschädigungen an der Existenz zu überwinden. Ausserdem findet das Land selbst auf meilenweite Entfernungen hin, seine lohnendsten Absatzwege für die Produkte der Landwirthschaft, des Weinbau's etc. in Wiesbaden.

Der Fremdenbesuch unserer Stadt hat von hier aus Besuche der Curgäste und Touristen in das Rheingau u. s. f. im Gefolge; je zahlreicher die Besuche unserer Hauptstadt, um so gesteigerter auch der Verkehr unserer Staatsbahn — mit einem Worte: in Wiesbaden vereinigen sich alle Fäden unseres Landes zu einem Mittelpunkt, von dem aus andrerseits wieder die Quellen des Verdienstes sich über das Land verbreiten.

Desshalb wäre eine Subventionirung der Stadt als Badeort für die Jahre der Uebergangsperiode von Seiten der

Königlich preussischen Regierung wohl zu erhoffen und auch zu erwarten.

Ist doch der Stadt, wie oben nachgewiesen, nicht wie andern Badeorten die Möglichkeit einer Nutzbarmachung ihrer Bäder und Badeanstalten an die Hand gegeben.

Wer in irgend einer Weise die ausgedehnte und anerkennenswerthe Berücksichtigung kennt, welche in Preussen überhaupt den volkswirtschaftlichen Interessen zugewendet wird, wer das Emporblühen der meisten preussischen Städte und industriellen Unternehmungen in den letzten Jahrzehnten in Betracht zieht, darf und wird keinen Augenblick zweifeln: dass die Königlich preussische Regierung auch Wiesbadens augenblickliche Lage und Verhältnisse in eine vorsorgliche Berathung ziehen und der Stadt in jeder Beziehung eine thatkräftige Unterstützung zu Theil werden lassen wird.

Ausser der beregten Subventionirung bliebe nun noch der Weg einer Vereinbarung mit der Spielgesellschaft auf eine Reihe von Jahren, um durch den erfallenden Erlös eines Pachtes etc. ein Capital — einen **Reservefond** — für spätere Zeiten zu gründen. Dies scheint der natürlichste Weg und auch der praktischste, um über die Klippen einer augenblicklichen Stockung hinauszukommen.

Ueberhaupt würde dieser Weg nach keiner Seite hin benachtheiligen und andererseits auch keine aussergewöhnlichen Mittel für Erhaltung unseres Badeortes beanspruchen — da eben diese Mittel sich von selbst bieten.

Nehmen wir an, die Königlich preussische Regierung verstehe sich im Interesse Wiesbadens und des Landes zu einer Massregel, welche dem Spiele bis zu einem gewissen Zeitpunkte ein für allemal ein Ziel setzte und die Stadt, sowie die Spielgesellschaft wären gehalten, eine gewisse Summe der erfallenden Revenuen nach Auszahlung der Dividendenbeträge an die Actionäre, zu einem eisernen Fond d. h. zu einem Reservefond anzusammeln, — so würde Niemand, weder die Stadt noch Private, weder der Actionär noch der Bürger beschädigt. Die Stadt könnte sich mittlerweile für den Uebergangszustand vorbereiten und die Mittel für Erhaltung unseres Badeortes fielen weder der Regierung noch der Stadt als solcher zur Last.

Was sind zehn Jahre beispielsweise in der Geschichte in der Entwicklung einer Stadt, eines Landes! Sollte es denn unmöglich sein, in einer kürzeren oder längeren Reihe von Jahren die Summe von etwa einer Million anzusammeln, um durch deren Zinsen unterstützt, Wiesbaden in seinem gegen-

wärtigen Bestände zu erhalten? Eine Million würde einen Zinsengenuss von 50,000 fl. sichern, die eventuellen Einnahmen für Curtaxen u. s. f. hinzugerechnet — wir könnten uns mit einer Summe von beinahe 100,000 fl. und mit Hinzuziehung einzelner oben erwähnter Einnahmequellen wenigstens für das Aeusserste helfen. Die städtische Steuer von jährlich 32,500 fl., die aus dem Spiele erfällt, könnte dann zur Deckung der städtischen Schuld von 500,000 fl. ausschliesslich verwendet werden.

Reicht jene Summe auch nicht entfernt an die bisher jährlich aufgewendeten Mittel heran — Wiesbaden bliebe, da denn doch vorläufig nichts anderes als ein Curort aus der Stadt zu machen ist, trotzdem für alle Zeiten das, was es war: ein Badeort ersten Ranges.

Ausserdem gingen unserer Stadt durch ein solches Arrangement die Capitalien der Actienbesitzer nicht verloren; die Bauspekulanten und Hauseigenthümer würden nicht in ihren Besitzständen erschüttert — es hätte Jedermann Gelegenheit und Zeit seine Verhältnisse zu reguliren — mit einem Worte Wiesbaden würde nicht beschädigt, nicht ruinirt.

Wir haben oben nachgewiesen, aus welchen Gründen die Ansammlung eines Reservefonds bis heute unthunlich war. Gedrängt durch die Verhältnisse wird alles andere schweigen müssen — die Mittel zur Erhaltung der Curindustrie und deren Beschaffung stehen jetzt oben an.

Die Bewohnerschaft Wiesbadens geht mit dem gesamten deutschen Volke darin einig, dass das Spiel seiner unmoralischen Seiten und Folgen wegen abgeschafft werden muss, unter allen Umständen abgeschafft werden muss. Auch diesen Punkt haben wir in der Einleitung schon betont.

Aber auch dem Verlangen des deutschen Volkes wie der Wiesbadener Einwohnerschaft ist Rechnung getragen, wenn die Königlich preussische Regierung die behördliche Verfügung trifft, dass innerhalb einer bestimmten Frist und nach Ablauf eines bestimmten Termines das öffentliche Spiel im Bereiche der ganzen preussischen Monarchie und ganz Deutschlands ein für allemal abgeschafft ist. Also auch nach dieser Seite hin würde man auf eine, die Stadt Wiesbaden nicht allzu sehr beschädigende Weise, den Wünschen des deutschen Volkes in jeder Beziehung gerecht werden.

Wir zweifeln nicht, dass dieser Punkt als der einzig mögliche Ausweg für die Forterhaltung der Existenz unseres, in seiner Zukunft bedrohten, Badeortes von der Königlich

preussischen Regierung einer wohlgeneigten Prüfung unterzogen werden wird.

Mittel und Wege, ein Compromiss mit der Verwaltung der Spielgesellschaft zu treffen, stehen einer hohen Regierung ja tausendfältig zu Gebot und wir sind überzeugt, dass diese Mittel und Wege ganz und vertrauensvoll ihrem Ermessen anheim gegeben werden dürfen.

Eine Regierung, die in so ausgedehntem Masse für die Hebung der materiellen Interessen ihrer Landesangehörigen sorgt, wird auch — wir zweifeln nicht — des jüngsten Kindes nicht vergessen.

Der Bürgerschaft Wiesbadens gegenüber aber hielt es der Curverein gleichzeitig für seine Pflicht, offen und ehrlich die augenblickliche Lage der Stadt darzulegen und daran zu mahnen, dass leicht die Zeit gekommen sein dürfte, wo uns Sorgen und Mühewaltungen anheimfallen, welche bisher noch in keiner Weise an uns herangetreten sind.

Wir sind nach Aufstellung und Veröffentlichung all' unsrer Bedenken und unsrer Anschauungen über die augenblickliche Lage der Stadt, vollständig auf den Vorwurf gefasst: dass wir die Verhältnisse in mancher Beziehung zu schwarz malen und dass viele unsrer Muthmassungen und Berechnungen nicht stichhaltig gefunden werden.

Wir wollen uns diesen Vorwurf gern gefallen lassen, um so lieber, wenn es sich herausstellt, dass wir in Wahrheit im Unrecht waren. Jedenfalls sind wir uns bewusst, alle Punkte reiflich erwogen zu haben, und in einem Augenblicke wo die Existenz einer ganzen Stadt, einer rührigen Einwohnerschaft die allein von der Curindustrie abhängig ist, in Frage steht, scheint es eine Pflicht diese allgemeine Angelegenheit nicht zu **leicht**, sondern so **gewichtig als möglich** anzuschauen.

Erregt diese Darlegung nur nach einer Seite hin die Ueberzeugung der Nothwendigkeit zum gemeinsamen Handeln der Bürgerschaft, so ist unser Zweck erfüllt und wir werden nicht die Letzten sein, wenn es gilt, auch fernerhin im Interesse unserer Curstadt unsere Kräfte gemeinsam einzusetzen, um Wiesbaden mehr und mehr zu dem zu erheben, was es seiner Lage nach und in Folge seiner unübertrefflichen Thermen zu sein verdient: ein **Cur- und Badeort ersten Ranges!**

Soweit die Schrift des Ferd. Heyl.
Wir fügen derselben nur nach eigener Anschauung und Wahrnehmung der Wiesbadener Verhältnisse noch Folgendes hinzu:

Zahlen sprechen hier noch mehr als in andern Fällen. Werfen wir daher einen Blick in die Bücher der Gesellschaft und betrachten uns die Posten. Da sehen wir, dass die Gesellschaft folgende Ausgaben hat.

An jährlichen Ausgaben von Ems und Wiesbaden, die Amortisation der Aktien nicht mit gerechnet	600,000 fl.
An Pacht	135,000 fl.
Steuern für den Staat und die Gemeinden	
Ems und Wiesbaden	120,000 fl.
Kosten für das Theater in Ems	200,000 fl.
Curmusik in Ems und Concerte	18,000 fl.
Erhaltung der Anlagen in Wiesbaden	10,000 fl.
Beleuchtungskosten in Ems und Wiesbaden	24,000 fl.
Angestelltes Personal in beiden Etablissements	180,000 fl.
Diverse Gaben in beiden Anstalten	19,000 fl.
Diverse Ausgaben in beiden Anstalten	35,000 fl.

Summe 600,000 fl.

Das Capital der Gesellschaft beträgt 2,300,000 fl. (Zwei Millionen dreimalhunderttausend Gulden) in 23,000 Actien à 100 fl. davon wurden verloost circa 8000 Actien und sind daher noch 15,000 zu verlosen.

Gegen die verloosten Actien wurden Legitimationsscheine ausgetheilt. Die Actien standen im Jahre 1865 auf 280 fl. die Legitimationsscheine auf 200 fl.

Würde das Spiel in Wiesbaden noch vor Ablauf der Pachtzeit aufgehoben werden, so geht dieses Capital grössten Theils zu Grunde, da der Betriebsfond nur 500,000 fl. beträgt und der Rest des Actien Capitals zum Ankauf der Pachtverträge und der Ertheilung der Concession einer anonymen Gesellschaft verwendet wurde.

Die preussische Regierung kannte diese Verhältnisse genau und sie war von der in Wiesbaden, Soden und Ems in der einheimischen Bevölkerung herrschenden Stimmung oder richtiger gesagt Besorgniss vollkommen unterrichtet, als sie die ersten Verhandlungen mit der Administration einleitete. Soll man doch — wie mit Bestimmtheit behauptet wird — nebst den gewöhnlichen amtlichen Berichten sogar confidentielle Mittheilungen sich verschafft und zu diesem Zwecke besondere geheime Agenten nach den Spielbankbädern abgesendet haben, welche beauftragt waren sich über die in der einheimischen Bevölkerung bezüglich der Aufhebung oder des Fortbestandes der Spielbank herrschenden Stimmung genau zu informiren und auf Grund eigener Wahrnehmungen einen umfassenden wahrheitsgetreuen Bericht an die betreffende

Stelle (Staatsministerium des Innern?) abzusenden. Wenn diese Herren ihre Pflicht getreu erfüllt und sich dem Parteigetriebe ferne haltend ein objectives Gutachten abgeliefert haben, was ihnen, wenn sie mit den verschiedenen Schichten der Bevölkerung nur einige Tage verkehrten gar nicht so schwer geworden ist, dann dürfte man in Berlin doch Bedenken tragen, so kurzweg *tabula rasa* zu machen, wie es von zwei Seiten — den Spitzen der extremen Parteien, den Radicalen und Ultramontanen — empfohlen und gewünscht wird. Die Einsicht, Gerechtigkeit und Weisheit der leitenden Staatsmänner, die sich bei so vielen Gelegenheiten glänzend bewährt hat, dürfte auch in diesem Falle zur Geltung kommen und wenn die Sache spruchreif werden sollte, — was im nächsten Monate voraussichtlich der Fall sein dürfte, — so wird wohl auch diessmal der gemässigte, die wahren Interessen und Wünsche der Bevölkerung berücksichtigende Gedanke die Oberhand von den Heissspornen und einseitigen doctrinären Standpunkten behalten. Es werden dann aber mehrere Gesichtspunkte vernommen und berücksichtigt werden müssen, von welchen derjenige des Finanzministeriums nur ein coordinirter sein wird. Die officiösen Blätter, die sonst in letzterer Zeit sehr geschwätzig waren und so manche „res, quae non defendenda“ mit heiligem Amtseifer zu vertheidigen bestrebt waren, die selbst das heiklige Thema der „Tabaksteuer“ mit starken Fäusten anzufassen sich nicht scheuten, beobachteten über die Spielbankfrage ein so auffallendes Schweigen, eine so überraschende Reserve, dass man zu der Meinung gelangen muss, in Berlin habe man in dieser Sache noch nicht das letzte Wort gesprochen; und es sei noch nicht aller Spielbanken letzter Tag bevorstehend. Nur hie und da glaubten Journale, von welchen es bekannt ist, dass sie officiöse Beziehungen zur k. Staatsregierung haben aus der Schule schwatzen und geheime Gedanken ihrer Brodherren verrathen zu sollen, aus welchen deutlich genug ersichtlich ist, dass in den leitenden Kreisen Berlins zwei Strömungen in der Spielbankfrage herrschen, von welchen die rationellere das Spiel noch längere Zeit fortbestehen und ein für beide Theile annehmbares Compromiss zu Stande bringen möchte. Mehrere gleichzeitig in die Welt geschickte officiöse Correspondenzen enthielten — wahrscheinlich zu dem Zwecke der Beruhigung der turbirten in hohem Grade intressirten Bevölkerung der betreffenden Städte — Andeutungen, aus welchen hervorging, dass das Gutachten über die Verhältnisse in Wiesbaden und die Wünsche der

Bevölkerung zu Gunsten des Fortbestandes des Spieles oder wenigstens einer Verlängerung des Vertrages unter annehmbaren Bedingungen ausgefallen sei. Es soll in demselben hervorgehoben sein, dass die materiellen Interessen der Stadt (Wiesbaden) durch das Eintreten einer so wenig erwarteten und nothwendigen Eventualität auf das Tiefste erschüttert worden und der Wohlstand der Stadt auf's Gefährlichste in Frage gestellt werden würde, dass von der ganzen Bevölkerung der Stadt Wiesbaden kaum 2 Achtel dem Fortbestande der Spielbank feindselig gesinnt seien, u. s. w. Sollte der Inhalt dieses Gutachtens im Wesentlichen richtig wieder gegeben sein, dann hat der betreffende Herr so ziemlich die Wahrheit gesagt und weder durch Schönfärberei noch durch Vertuschung sich gegen die Stadt Wiesbaden versündigt, wie diess von anderer Seite — und leider zumeist einem Theil der benachbarten Tagespresse, deren Correspondenten und Eigenthümer am leichtesten Gelegenheit haben würden, sich über die thatsächlichen Verhältnisse zu informiren — so häufig geschieht. Er hätte dann nur bezüglich der „zwei Achtel“ der Bevölkerung beifügen können, dass diese „zwei Achtel“ wieder in ihrer Majorität aus Solchen besteht, die keine Actien von der Spielbank besitzen und keine erhalten haben und daher mehr oder weniger zu den natürlichen Gegnern dieses Institutes zählen, dass es ferner aber in jeder Stadt ein mehr oder weniger grosses Contingent solcher Menschen gibt, die einer selbstständigen Meinung baar, Anderen nachbeten, auf des „Meisters Worte schwören“ oder wetterwendisch am liebsten Jenen zustimmen, die am lautesten und häufigsten den Mund voll nehmen und sich in landläufigen Phrasen und geistreich klingenden Paradoxen gefallen.

Die preussische Regierung weiss recht gut, dass diese kleine Legion der Schreier und Unzufriedenen, der „ewig und um jeden Preis Opponirenden, sowie die Auslassungen gewisser Journale“ noch lange nicht als Ausdruck der öffentlichen Meinung zu betrachten sind.

Die Spielbanken-Frage ist ja nicht das einzige Steckpferd, das sogenannte liberale oder demokratische Zeitungen zu Tode hetzen, nicht das einzige Lieblings-Thema, das so oft sich eine passende Gelegenheit findet ventilirt und in allen möglichen und unmöglichen Varianteu wieder neu aufgefrischt wird. Wollte die preussische Regierung Alles das thun und verfügen, was von jener lauten Partei in Wort und Schrift verlangt und oft sehr unbescheiden und ungestüm gefordert wird, dann müsste sie bald ihr eigenes Werk auf

den Kopf stellen und das Oberste zum Untersten kehren, dann müsste sie unter Andern auch die glücklicherweise fortgejagten Fürsten und Fürstleins wieder auf ihre zertrümmerten Throne und Thrönchen setzen, sie müsste so manche beseitigte Winkel-Souveränität wieder herstellen, vor jeder Krämer-Republik den Rückzug antreten, das Geschehene ungeschehen machen, Sadowa und die Main-Schlachten aus der Ruhmesgeschichte des preussischen und deutschen Reiches streichen und wohl gar das „liebe Oestreich um Verzeihung anflehen, dass es im vorigen Jahre so „unkollegial“ und „bundeswidrig“ gehandelt habe; Preussen müsste dann einen zweiten Gang nach Ollmütz machen und den grossen Franz Josef den Concordatsfürsten und „Mehreren (!) des Reichs“ zu einer zweiten verbesserten Auflage des Fürstentages nach Frankfurt begleiten, um ihn in dem leer gebrannten, als Ruine des weyland heilig römisch-deutschen Reiches dastehenden Dome die deutsche Kaiserkrone aufs Haupt zu setzen. — Das wären die Consequenzen einer Regierungsmethode die einer solchen pseudo-öffentlichen Meinung Gehör geben wollte. Aber Spass bei Seite. Nehmen wir einen ganz konkreten ähnlichen Fall an. Ein Hauptargument, welches die Gegner der Spielbanken anführen, ist der Hinweis auf das Jahr 1848, und die damals laut Beschluss des ersten deutschen Parlaments erfolgte gewaltsame Aufhebung derselben mit Hilfe der Bajonette.

Wir erlauben uns jedoch die Bemerkung, dass in jenem Sturmjahre gar Vieles aufgehoben und amovirt wurde was man später wieder ganz einfach hergestellt hat und an dessen Entfernung und Aufhebung heute wohl Niemand denkt. Die Jahre 1848 und 1849 waren Epochen grossartiger Umwälzungen und Rechtsverletzungen, die einen Gegendruck erzeugen mussten und weit entfernt waren ein geregeltes Staatsgebäude zu Stande zu bringen. Was sollte und musste damals nicht Alles aufgehoben werden! Jesuiten und Redemptoristen, Titel und Ordensverleihungen, Adelsprädikate und Militär-Gerichtsbarkeit kurz Alles, Alles, was den Herren Gesetzgebern der Paulskirche, oder vielmehr dem drängenden und umsturzklüsternden Pöbel, der auf die Schnelligkeit der Berathungen einen wenig günstigen, terroristischen Einfluss übte nicht convenirte musste fallen oder aufgehoben werden. Die derzeitige Staatsregierung in Preussen dürfte nicht gesonnen sein jene Tendenzen und Principien zu adoptiren oder die einzelnen Bestimmungen der papiernen 1849er Reichsverfassung, die heute nur mehr in dem Gehirne einiger

Exaltados spuckt als massgebend zu betrachten. Das Ministerium Bismarck-Roon-Eulenburg hat bei mehr als einer Gelegenheit bewiesen, dass es nicht die Reichssturmflagge zu entfalten Lust hat, sollte Hr. von der Heydt allein sich den Spielbanken gegenüber als moderner Necker; oder als finanzieller Reichsstürmer von anno 48 entpuppen? Wir glauben es kaum!

Auch der Jesuiten-Orden ist bekanntlich durch hochweisen Beschluss der souveränen Nationalversammlung im Jahre 1848 für ganz Deutschland aufgehoben und verboten worden. Heute besitzt der Orden im preussischen Staate nicht weniger als 20 Collegien, Residenzen oder Hospize mit mehr als 660 Mitgliedern. Angenommen die Gegner des Ordens — die bekanntlich auch sehr zahlreich, mächtig und laut sind — verlangten von der preussischen Regierung die sofortige Aufhebung dieser Häuser, die Auflösung der Collegien, die Vertreibung und Ausweisung der Mitglieder etc.; auf Grund jenes 1848er Aufhebungs-Dekretes, würde die preussische Regierung wohl gewillt sein, einem so unsinnigen und unberechtigten Verlangen nachzukommen. Würde sie vor dem Parlamentsbeschluss den Rückzug antreten, einen Kampf mit einem immerhin gefährlichen Gegner aufnehmen, und Privatrechte, Gesetze verletzen, nur weil Einige für eine ideale Rechtskontinuität Eifernden, die Jesuiten nicht zu Gesichte stehen? Wie wir den Grafen Bismarck zu kennen glauben halten wir dies nicht für wahrscheinlich. Die betreffenden Gutachten und Petitionen würden wie so manches in hohlen Köpfen ausgeheckte Aktenstück in den Papierkorb des grossen Staatsmannes wandern. Schade dass er dieses Mobiliar nicht auch mit dem unberufenen Philippiken gegen die Spielbanken und deren Fortdauer berechnet hat. — Wir verwahren uns als wollten wir etwa in frivoler Weise Jesuiten und Spielbanken in eine nähere Verbindung bringen — wir scherzen nie gern mit Gegenständen die ernster Natur sind. Wir wollen nur die Rechtsfrage hervorheben, die allerdings bei den sonst so verschiedenartigen Institutionen gemeinsam ist, denn die Existenz beider ist durch rechtskräftige unbestreitbare Verträge geregelt und von der Staatsgewalt anerkannt. Ignorirt man diese Verträge oder umgeht und alterirt sie einfach, so verletzt man einfach Rechte; die Geschichte jeder Zeit lehrt aber, dass Niemand, kein Einzelner und keine Staatsgewalt ungestraft Rechte verletzen, Verträge brechen darf. Haben doch offiziöse preussische Stimmen der österreichischen Regierung Lob gespendet, weil sie das

viel angegriffene Concordat als einen feierlichen Vertrag betrachtend nicht einseitig aufzuheben sich entschliessen konnte, sondern mit dem andern kontrahirenden Theile Verhandlungen einleitete, ein Verfahren, das auch wir vom Rechtsstandpunkte ganz korrekt finden und nur billigen können. Wenn man aber im Grossen, wo es sich um Staats-Interessen handelt die Vertragstreue gewahrt wissen will, wie kann man zum Bruche von mit Privaten abgeschlossenen Verträgen rathen? Erschüttert ein solches inkonsequentes Verfahren nicht unsere ganze ohnehin lockere Rechtsbasis? Oder gebieten etwa den Spielbanken gegenüber auch „weltgeschichtliche Ereignisse“ so und nicht anders zu handeln?

Wir wiederholen es, wenn man dem Drängen und Schreien nachgeben wollte, dann dürfte die preussische Regierung sich nicht auf die Aufhebung der Spielbanken beschränken. Noch lauter und ungeduldiger schreit ein Theil der angeblichen Stimmführer und Clubredner nach „Aufhebung der Jesuiten“, „Beseitigung der Adelsvorrechte“, „Verbot der Ordensverleihungen oder Annahmen“, „Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit“ u. s. w. Sind auch heute durch die Wucht der gewaltigen Ereignisse des Vorjahres diese Stimmen halb und halb zum Schweigen gebracht; wie lange ist es her, dass man noch Viel mehr begehrte, dass man die ganze „Armee-Reorganisation“ des Königs eigenstes Werk, das Unterpfand der Grösse und Machtstellung Preussens beseitigt wissen wollte! Auch damals gebrauchte man die Motivirung der Gemeinschädlichkeit wie heute in der Spielbanken-Frage und führte fast dieselben Schlagworte und Phrasen ins Gefecht. Ist aber die Regierung nicht gesonnen im Grossen Rechte zu verletzen und Interessen einzelner Stände oder Bürger zu verletzen, warum sollte sie in kleineren Fragen Concessionen machen und dadurch ein gefährliches Beispiel oder gar einen Beweis von Schwäche geben? Dadurch dass man dem Moloch die Spielbanken hinwirft, stopft man seinen Schlund noch nicht und stillt seinen Hunger wenig. Das französische Sprichwort *l'appetit vient en mangeant* gilt auch hier. Möge man statt irgendwie Schwäche zu verrathen schon in dieser Frage des „*Principiis obsta*“ eingedenk sein, über Kurz oder lang würden doch die Forderungen so weitgehend werden, dass die preussische Regierung den ungestümen Drängern ihr „Bis hieher und nicht weiter!“ entgegendonnern müsste.

Darum Entschiedenheit in dem Punkte, die Spielbanken nicht ewig fortbestehen zu lassen, aber auch Entschiedenheit in dem zweiten Punkte nicht sofort Alles über den Haufen

zu werfen und die ohnehin bedrohten materiellen Interessen von Städten und Leuten noch mehr zu bedrohen! Bis hieher und nicht weiter. Es ist jedenfalls klüger und einer so starken Regierung angemessener billige Compromisse einzugehen und wirklich berechnete Eigenthümlichkeiten zu schonen als später einen begangenen allzuhastigen Schritt bereuen und eine Verfügung zurücknehmen zu müssen, wie dies z. B. mit der Aufhebung der Frankfurter Stadt-Lotterie der Fall zu sein scheint.

Wir wunderten uns daher dass die preussische Regierung, welche doch in den neu annectirten Provinzen so Vieles zu thun vorfand, so vielen Schutt wegzuräumen, so vielem Vernachlässigten und Mangelhaften Abhilfe zu leisten und verrottete Zustände — natürliche Folgen kleinstaatlicher Regierungen — zu verbessern hätte, Zeit gefunden hat als eine der ersten Angelegenheiten die Spielbanken-Frage in die Hand zu nehmen und mit so unbegreiflicher Hast und Unruhe an dieselbe heranzutreten. Wo lag — fragen wir — hier die zwingende Nothwendigkeit? Warum wich man andern viel dringenderen und gewichtigeren Fragen aus, um gerade eine sekundäre hervorzuziehen deren Heiklichkeit einerseits, und schroffe Behandlung andererseits nicht verfehlen konnten eine grosse Missstimmung und nicht ungegründete Besorgniss hervorzurufen. Denn verschweigen lässt es sich nicht, das Auftreten des Hrn. k. Regierungs-Commissarius geh. Regierungsrathes Wohlers war nichts weniger als Vertrauen- und Hoffnung erweckend und liess den zahlreichen an der Fortdauer des Spieles interessirten Bürgern Wiesbadens wenig Gutes erwarten. In neuester Zeit scheint freilich ein anderer günstiger Wind zu wehen und den Siebenmeilenstiefeln Fortschritt ein wenig zum Stillstand gebracht, der finanzministerliche Eifer gedämpft worden zu sein, das „bewegt' Gemüth“ des Hrn. von der Heydt scheint sich „zur Ruhe begeben zu haben, und den Hagelschlag der neuen Verordnungen, Gesetze der auf uns nichts ahnende Staatsbürger der neupreussischen Landestheile zum nicht geringen Entsetzen herabfiel, vorläufig vorüber zu sein. Der längere Aufenthalt unseres gerechten hochherzigen und mit seltener Geistesschärfe die complicirten Verhältnisse der neuen Länder und Unterthanen erkennenden in die Detailsfragen eindringenden Königs in Ems, der Besuch desselben in Wiesbaden, die persönliche Berührung desselben mit den verschiedensten Persönlichkeiten hier wie dort, dürfte auch in dieser Frage eine versöhnlichere und günstigere Wendung herbeiführen.

Aber noch ist nicht alle Gefahr vorüber, auch gilt es nicht die Hände in den Schoos zu legen und die Dinge gehen zu lassen, wie sie eben gehen, oder abzuwarten bis es zu spät ist, denn die Gegner der Spielbanken oder sagen wir es deutlicher die Gegner des Wohlstandes einzelner Städte und Orte, jene zahlreichen Herren, die Wiesbaden, Ems, Baden-Baden, Homburg ihre Blüthe, ihr Wachsthum, ihre glänzenden Saisons aus Konkurrenzneid nicht gönnen und diese Städte auf das Niveau ihrer Heimath oder ihres Domicils herabdrücken, ihre Städte auf Kosten der genannten bedeutenderen Badeorte heben möchten, alle diese Elemente ruhen noch lange nicht und bieten alle Sophistik jedes ihrer Sache nützlich scheinende wenngleich unlautere Mittel auf, die Regierung wieder umzustimmen und den Spielbanken und damit dem Wohlstande, der Existenz von Tausenden — den Garaus zu machen. Es war daher eben so nothwendig als förderlich den König während seiner jüngsten Anwesenheit in Ems und Wiesbaden über die thatsächlichen Verhältnisse aufzuklären und die Petition, die unterfertigt von einer beträchtlichen Anzahl der angesehensten Bürger Wiesbadens, dem Monarchen überreicht und von diesem mit dem Versprechen der thunlichsten Berücksichtigung aller Privatverhältnisse in gewohnter huldreicher Weise entgegen genommen wurde, dürfte kaum ihren Zweck verfehlt haben.

Aehnliche weitere Kundgebungen in dieser Richtung können nur erwünscht und erspriesslich sein, und die Anregung solcher ist mit Zweck dieser kleinen, nach jeder Seite unabhängigen Schrift. Wir wollen hoffen und wünschen, dass der König unter den an verschiedenen Orten betonten „Irrungen“ auch die etwas plumpe Art verstanden hat; mit welcher die Spielbanken-Frage von einigen seiner übereifrigen Beamten angefasst wurde. Wir lassen nachstehend mehrere Aktenstücke folgen, welche den bisherigen Gang der Verhandlungen des Regierungskommissärs in der Spielbanken-Frage am leichtesten veranschaulichen dürften.

Protokoll

der Berathung am 13. Juni 1867.

Vor dem unterzeichneten Commissarius der Königlich Preussischen Staatsregierung, Geheimen Regierungs - Rath Wohlers, erschienen heute aufergangene Einladung die Herren:

- 1) Direktor Schwendt,
- 2) Direktor Reis.

Denselben wurde der Inhalt des dem etc. Wohlers unterm 25. Juni c. ertheilten Commissorii bekannt gemacht und ihnen die Frage vorgelegt, ob sie geneigt sein würden, auf einen unter Vorbehalt der Genehmigung der Generalversammlung der Actionäre mit der Staats-Regierung abzuschliessenden Vertrag einzugehen, resp. die Genehmigung der Generalversammlung demnächst zu befürworten, im Wesentlichen folgenden Inhalts:

Der Actiengesellschaft zum Betrieb der Curetablissemments in Wiesbaden und Ems wird der Fortbetrieb der des Hazardspiels in den genannten Badeorten noch bis zum Dezember 1870 gestattet unter nachstehenden Bedingungen:

- 1) Mit dem eben gedachten Tage löst sich die Actiengesellschaft auf und die bestehenden Pachtverträge erlöschen.
- 2) Während der Zeit bis zum 31. Dezember 1870 werden den Inhabern der noch nicht amortisirten Actien 6% an laufender Jahresdividende gezahlt.
- 3) Die nach Abzug dieser 6% verbleibenden Erträge aus dem Spielbetrieb, die Verwaltungsüberschüsse, das Vermögen der Gesellschaft wird, wie folgt verwendet.
- 4) Die eine Hälfte der Erträge etc. fällt der Staats-Regierung zur Bildung eines Curfonds im Minimalbetrag von 800,000 fl. zu, die andere Hälfte der Actiengesellschaft zur Amortisation der noch nicht eingezogenen Actien.

Sobald der Curfonds die Höhe von 800,000 fl. erreicht hat, fallen die gesammten Erträge der Actiengesellschaft insoweit zu, als es zur vollständigen Amortisation erforderlich ist.

Hat der Curfond die Höhe von 800,000 fl. erreicht und ist die Amortisation der Actien vollständig bewirkt, so tritt wiederum die Theilung zu gleichen Hälften zwischen der Staats-Regierung resp. dem Curfonds und der Actiengesellschaft ein. In gleicher Weise wird der vorhandene Betriebs-Fonds etc. zwischen dem Curfonds und der Actiengesellschaft getheilt.

Die Herren Schwendt und Reis erklären:

Wir sind nicht geneigt, auf ein Abkommen wie das proponirte einzugehen oder ein solches bei der General-Versammlung zu befürworten. Wir befinden uns auch im Augenblick nicht in der Lage, Gegenpropositionen zu machen, müssen vielmehr, bevor diess geschieht, mit

dem Generaldirector von Wellens und mit den hauptsächlichsten Actionären Rücksprache nehmen.

Wir bitten um Abschrift dieses Protokolls.

vorg.

gen.

unterschrieben

Antwort der Vertreter der Actiengesellschaft etc. an den Herrn königl. preussischen Civilcommissarius.

Euer Hochwohlgeboren

beehren sich die unterzeichneten Vertreter der Actiengesellschaft zum Betrieb der Curetablissements in den Badeorten Wiesbaden und Ems auf den Inhalt des Protokolls vom 13. dieses Monats ergebenst zu erwiedern:

wir haben mit einem Theil der grösseren Actionäre Rücksprache genommen. Dieselben bemerkten uns:

„dass nach den bestehenden Gesetzen die Majorität einer Generalversammlung die den Betheiligten der Gesellschaft statutenmässig zustehenden Rechte weder beschränken noch aufheben könne. Nach §. 33 der Statuten hätten die Besitzer der ausgelosten Actien statt dieser Legitimationsscheine nebst Dividenden-Coupons erhalten, welche letztere zu dem Empfang der vollen Dividende berechtigten, abzüglich 6 fl. per Stück. Dieses statutenmässig den Besitzern der Legitimationsscheine zustehende Recht könne durch Beschluss der Majorität einer Generalversammlung nicht entzogen werden. Denn die Majorität sei an die Statuten gebunden und nach §. 40 pos. f. der Statuten sei der Königliche Regierungs-Commissär verpflichtet, die Rechte der einzelnen Actionäre zu schützen und müsse sogar gegen einen Beschluss der Generalversammlung, der die der Minorität zustehenden Rechte verletze, Einspruch erheben.“

Ueberdiess haben uns bedeutende Actionäre versichert, dass sie, wenn ein so statutenwidriger Beschluss gefasst und vom Königlichen Regierungs-Commissär gut geheissen würde, sie den Rechtsweg betreten und, gestützt auf die Statuten, die Landesgesetze und besonders auf das allerhöchste Patent wegen Besitznahme des vormaligen Herzogthums Nassau vom 3. October 1866, welches wörtlich sagt:

„Wir werden Jedermann im Besitze und Genusse seiner wohlerworbenen Privatrechte schützen,“
den Schutz der Gerichte anrufen würden.

Diese Actionäre bemerkten uns ferner, dass nach von ihnen eingegebenem Gutachten bewährter Rechtslehrer sie mit vollem Vertrauen einer richterlichen Entscheidung entgegensehen könnten.

„Was die anderen Propositionen betreffe, so verletzten auch diese in zu eingreifender Weise ihre wohlerworbenen Privatrechte, denn die Gesellschaft hatte bekanntlich die Concession nicht umsonst erhalten, sondern dafür, auf Anordnung der ehemals Nassauischen Regierung mehr als 1,400,000 fl. bezahlen müssen.“

Unter diesen Verhältnissen bedauern wir, die uns hochgeneigtest gemachten Propositionen einer Generalversammlung nicht empfehlen zu können.

Genehmigen Euer Hochwohlgeboren die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung, womit verharren

Dero ergebenste

Gesellschaft zum Betrieb der Curetablissemments zu Wiesbaden und Ems.

Die stimmberechtigten Actionäre obiger Gesellschaft werden hiermit von der unterzeichneten Administration, auf Verlangen der Königlichen Polizei-Direction, zu einer ausserordentlichen General-Versammlung auf Freitag den 6. September l. Js. Mittags 12 Uhr in das Curhaus dahier

„um über Abänderung der mit der Königlichen Staats-Regierung bestehenden Verträge Beschluss zu fassen“ eingeladen.

Die Herren Actionäre werden gleichzeitig aufmerksam gemacht, dass nach §. 24 der Statuten, die Actien zwei Tage vor der General-Versammlung in dem Bureau der Gesellschaft deponirt sein müssen.

Wiesbaden, den 3. August 1867.

Die Administration

der Gesellschaft zum Betrieb der Cur-Etablissemments zu Wiesbaden und Ems.

Wir lassen hier den Wortlaut der Petition folgen, welche Seiner Majestät dem König während dessen Aufenthaltes in Ems übersendet und von Allerhöchstdenselben entgegengenommen wurde. Dieselbe lautet:

Allerdurchlauchtigster, grossmächtigster König!

Allergnädigster König und Herr!

In tiefster Ehrfurcht nahen die unterthänigst unterzeichneten Bürger und Hausbesitzer der Stadt Wiesbaden dem Throne Ew. Königlichen Majestät, fest überzeugt, dass Ew. Königliche Majestät dem Ausdruck der Bewohnerschaft einer blühenden, augenblicklich aber schwer beängstigten Stadt, aus dem Munde treuer Bürger gnädigstes Gehör schenken wird.

Die unterthänigst unterzeichneten Bürger Wiesbadens stimmen mit dem Wunsche der Regierung und Bevölkerung der Gesamt-Monarchie durchaus überein: das Hasard-Spiel thunlichst bald abgeschafft zu sehen und die unterthänigst unterzeichneten Bürger Wiesbadens halten es für ihre Pflicht, diesen Ausdruck ihrer Ansicht über die bestehenden Spiele offen und unverhohlen Ew. Königlichen Majestät auszusprechen, damit die nachstehend versuchte Schilderung der Lage unserer Stadt nicht den Anschein gewinne, als ginge diese von den Actionären oder Pächtern des Spieles aus. Die letzteren stehen unserem unterthänigsten Gesuche fern und können nur insoweit dabei berührt erscheinen, als ihre Interessen mit den Interessen der Stadt Wiesbaden in einzelnen Punkten zusammenfallen.

Nicht zu verkennen ist es, dass der Stadt Wiesbaden aus den Revenuen des Spieles direct und indirect Vorthelle erflossen, die für die Zukunft kaum zu entbehren sein werden, ohne den Fortbestand unserer Cur-Industrie auf das Eingreifendste zu erschüttern. Es fehlt unserer Stadt ganz und gar und wir bekennen offen diese Unterlassungssünde einer vergangenen Zeit ein Reservefonds für die Zwecke unserer Cur-Industrie. Es wird schwer sein, die mit der Cur-Industrie verbundenen nothwendigen Ausgaben für die Folge zu bestreiten. Die bisher in dem grossartigsten Maassstabe von der früheren Herzoglichen Regierung gemachten Anstrengungen zur Verschönerung und Hebung unserer Stadt zur ersten Badestadt Deutschlands, sie flossen sämmtlich aus den Einnahmen der Spielbank, da alle von diesem Institute an die Domainen-Verwaltung vertragsmässig zu bezahlenden Summen zum Vorthelle der Cur-Industrie verwendet wurden. Wir wollen diesen Umstand nicht entschuldigen, vertheidigen oder beschönigen, aber ohne das Zuthun der Bürgerschaft unserer Stadt ward er geschaffen, ohne ihre Mitwirkung in dieser Frage haben sich die Verhältnisse an diesem Umstande aufgebaut. Verkennen dürfen wir nicht, dass materiell, bisher

die Hauptunterstützung unserer Badeindustrie aus jener Quelle floss, die verwerflich oder nicht, unserer Stadt zu grossem Vortheile gereichte. Es wurden zur Hebung unseres Badeortes, zur Unterstützung wohlthätiger Anstalten, jährlich in Wiesbaden selbst, mindestens Dreiviertel Millionen Gulden verausgabt, die mit der Aufhebung des Spiels für jedes Jahr in Wegfall kommen. Diese Summen wurden in Wiesbaden selbst consumirt und vermehrten nach beiden Seiten den Wohlstand und die Steuerkraft der Stadt. Sie waren es, welche die tausendfältigen Vergnügungen unseres Curortes ermöglichten, sie waren es, welche das ungewöhnlich rasche Emporblühen der Stadt veranlassten; sie waren es, welche die Bürgerschaft und Gemeindeangehörigen in bedeutender Weise zum Ausbau und zur Erweiterung ihrer Etablissements, zum Aufwande ungewöhnlicher und häufig auf Credit gestützter Capitalien veranlassten; sie waren es freilich auch, die ohne eigene Schuld der Bürgerschaft, die bisherige Verwaltung, das Directorium des Spiels und die Actionäre zu der Unterlassungssünde veranlassten frühzeitig genug Veranstaltungen für kommende Eventualitäten zu treffen. In Folge dieser Unterlassung fehlen der Bürgerschaft die nöthigen Reservemittel, um einer Unterbrechung der bestehenden Verhältnisse wirksam zu begegnen.

Zugleich aber haben sich — auch in Folge der gebotenen Annehmlichkeiten der Cur- und bisherigen Residenzstadt — viele auswärtige Familien veranlasst gefunden, sich bei uns niederzulassen, wodurch, verbunden mit dem Zuzug einer grossen Menge von Geschäftsleuten und Handwerkern, in den letzten Jahren die Bauspekulation in grossartigem Maassstab hervorgerufen wurde. Besorgnissvoll sieht daher die Bürgerschaft der Stadt Wiesbaden dem Augenblick entgegen, wo die Mittel, welche die Spielpachtverträge uns verliehen in Wegfall kommen. Bei den fortwährend an der Stadt herantretenden grossen Ausgaben zur Förderung der Gemeinde- und Curinteressen wird es kaum möglich sein, auf eine der gewohnten Einnahmequellen ohne zu grossen Schaden zu verzichten.

Wenn nun auch die allerunterthänigst unterzeichneten Bürger der Stadt Wiesbaden mit ehrfurchtsvollstem Danke auf die von Ew. Königlichen Majestät Regierung eingeleiteten Verhandlungen zur Bildung eines Fonds blicken, wodurch die künftige Unterhaltung der in Wiesbaden geschaffenen Cur-Institute ermöglicht werden soll, so glauben dieselben doch nicht verschweigen zu dürfen, dass die Zinsen des dafür in

Aussicht genommenen Capitals von nahezu Einer Million Gulden bei Weitem nicht hinreichen den nothwendigen Leistungen und Anforderungen hier und in Ems auch nur im Entferntesten zu genügen und Wiesbaden auf seinem jetzigen Höhepunkt als ersten Badeort der Welt zu erhalten. Es wären vielmehr hierzu die Zinsen eines bei weitem höheren mindestens doppelten Capitals nothwendig, die in den Händen und unter Verwaltung der städtischen Behörde dem vorhandenen Bedürfnisse entsprächen.

Eine um so viel höhere Summe würde leicht gesammelt werden können, wenn — sollte das Spiel noch länger bestehen bleiben, — der in Wiesbaden bestehenden Gesellschaft zum Betriebe der Curetablissemments in Wiesbaden und Ems aufgegeben würde, ausser ihren vertragsmässigen Leistungen einen namhafteren Betrag ihrer jährlichen Nettoeinnahmen der Stadt Wiesbaden zu dem speziellen Zwecke der Bildung eines Curfonds zu überlassen.

Die ehrfurchtsvollst unterzeichneten Bürger der Stadt Wiesbaden glauben Ew. Königlichen Majestät allerunterthänigst und wiederholt versichern zu dürfen, dass sie nicht als Actionäre der Spielbank sich dem Throne Ew. Königlichen Majestät mit dem vorliegenden Gesuche nahen. Nicht die Interessen des Spieles sind es, welche die ehrfurchtsvollst Unterzeichneten zu wahren haben. Vertheidiger des Spiels sind die Bürger der Stadt Wiesbaden in keiner Weise. Die allerunterthänigst unterzeichneten Bürger halten es vielmehr für eine Bürgerpflicht die Lage der Stadt wahr und entsprechend zu zeichnen, einer Stadt, die treu zu dem Herrscherhause stehen wird, deren Wohlstand aber auf lange Zeit hin untergraben sein würde, wenn ein Beschluss Ew. Königlichen Majestät Regierung, die bestehenden Verhältnisse eingreifend erschütterte, ohne dass eine Möglichkeit angebahnt wäre, über alle Eventualitäten, die sich mit dieser Frage für die Zukunft unserer Stadt verknüpfen, hinwegzukommen.

Da unsere allerunterthänigste Bitte allerdings mit der Erledigung der Spielbankfrage in unserer Stadt indirect zusammenhängt, so glaubte die Bürgerschaft Wiesbadens in diesem Augenblick ihre Wünsche Ew. Königlichen Majestät zu Füßen legen zu dürfen:

Königliche Majestät! Vertrauensvoll blicken die ehrfurchtsvollst unterzeichneten Bürger Wiesbadens in die Zukunft. Vertrauend auf die Gnade, vertrauend auf die Milde unseres Königlichen Herrschers, der in seiner Liebe zu allen seinen treuen Unterthanen auch unserer ehrfurchtsvollsten Wünsche

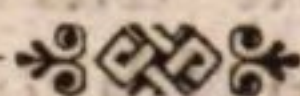
nicht vergessen wird, dessen Weisheit und Erleuchtung den sicheren Weg finden wird, den Wohlstand unserer Stadt und unseres Curverkehrs zu erhalten und zu fördern. Und deshalb geben wir alle unsere Wünsche dem allerhöchsten Ermessen Ew. Königlichen Majestät ehrfurchtsvollst und mit ganzem Herzen vertrauend anheim.

In tiefster Ehrfurcht verharren

Ew. Königlichen Majestät

allerunterthänigste, treuehorsamste Bürger
der Stadt Wiesbaden.

C. Mühl. F. W. Käsebier. Philipp Fehr. A. Flach. W. Habel.
Jurany. C. Habel. Wilh. Ries. C. Götz. C. Werminghoff. Häffner. H.
L. Freytag. Friedrich Poths. Wilhelm Zais. Gecks. Könick. Feller.
Wilh. Rücker. Pl. Hapler Ad. Stein. G. L. Neuendorff. L. Dams. K.
Eichhorn. Otto Freytag. Ad. Schmitt. H. Schlachter. Alb. Götz. C.
Rücker. W. Beckel. W. Poh's.



Seiten. Es haben darüber auf wiederholte Anregungen an deutschen Bundestage Verhandlungen stattgefunden; die Tages-
 ordnung eine Anzahl von Flugschriften und Spezialwerken
 haben sich diesen Gegenstand zur Aufgabe gewählt; öffentliche
 Versammlungen waren anderweitigen Beispielen derselben
 in den Kreis ihrer Beschlüsse. In Folge dieses allseitigen
 Andrängens, welches nur einem schwachen und mehr passiven
 Widerstande begegnete, hat man sich allmählig gewöhnt, die
 Beseitigung der Spielbanken als eine Forderung des deutschen
 Volkes zu betrachten; man nimmt es officiell als eine
 unbestreitbare Wahrheit an, dass diese Forderung ihre
 volle und ungehinderte Geltung auf die lokalen und nationalen

Homburg vor der Höhe.

Zwei eine fünftel Meile von Frankfurt a. M. liegt das
 Bad Homburg vor der Höhe, in einer reizenden Gegend mit
 allem erdenklichen Luxus ausgestattet, eines der bedeutendsten
 Spielbäder und zugleich Luxusbad. — Zwischen Frankfurt und
 Homburg verkehren täglich nicht weniger als 9 Züge hin
 und zurück. Die Homburger Eisenbahn wurde am 10. Sep-
 tember 1860 eröffnet. Die Fahrzeit zwischen Homburg und
 Frankfurt beträgt 30 bis 48 Minuten. Wenn man sich von
 dem Verkehr dieser Bahn eine Vorstellung machen will, braucht
 man nur den Jahresausweis des vorigen Jahres durchzublättern.
 Nach diesem betrug das Actienkapital der Homburger Eisen-
 bahn Ende 1866 1,200,000 fl. (Eine Million zweimalhundert-
 tausend Gulden) und war Ende 1866 auf 1,110,800 fl. getilgt.
 Die Dividende betrug 1864 7⁰/₁₀, 1865 9⁰/₁₀, im Kriegsjahr 1866
 immerhin noch 5¹/₂⁰/₁₀. Befördert wurden 1866 506087 Per-
 sonen für 183,680 fl. 57³/₄ kr. und 348,148 Ct. für 21,194 fl.
 35 kr. Die Gesamteinnahme betrug 217,533 fl. 3¹/₄ kr.
 An Betriebsmaterial besitzt die Bahn 4 Lokomotive, 34 Per-
 sonen- und 24 Güterwägen. Die Kurhausunternehmung be-
 theiligte sich in hervorragender Weise an dem Unter-
 nehmen, von deren Actienkapital sie die eine Hälfte mit
 800,000 Gulden, und zwar mit Verzichtleistung auf Dividenden
 für die Dauer ihrer eigenen Concession übernahm.

Ueber die Verhältnisse Homburgs entnehmen wir die
 näheren Details der im Auftrage des Gemeinde-Vorstandes
 zu Homburg vor der Höhe verfassten „Denkschrift über
 die Aufhebung der Spielbanken in Deutschland“,
 welche im vorigen Jahre dortselbst erschienen ist. In der
 erwähnten Denkschrift lesen wir:

Die Aufhebung der Spielbanken in Deutschland ist seit
 Jahren das Ziel lebhafter Bestrebungen von den verschiedensten

Seiten. Es haben darüber auf wiederholte Anregungen am deutschen Bundestage Verhandlungen stattgefunden; die Tagespresse, eine Anzahl von Flugschriften und Spezialwerken haben sich diesen Gegenstand zur Aufgabe gewählt; öffentliche Versammlungen ganz anderartigen Berufes ziehen denselben in den Kreis ihrer Beschlüsse. In Folge dieses allseitigen Andrängens, welches nur einem schwachen und mehr passiven Widerstande begegnete, hat man sich allmählig gewöhnt, die Beseitigung der Spielbanken als eine „Forderung des deutschen Volkes“ zu betrachten; man nimmt es oberflächlich als eine unbestreitbare Wahrheit hin, dass diese „Forderung“ ihre volle und unbedingte Berechtigung habe; man wagt kaum schüchtern entschuldigend auf die lokalen und partikularen Interessen hinzuweisen, welche sich mit den Spielbanken verknüpfen. Solche Stützen des Fortbestandes dieser Anstalten — wie beachtenswerth dieselben immerhin sein möchten — werden nichtsdestoweniger von den zahlreichen Angreifern mit Geringschätzung und Hohn niedergetreten, und mit verdoppeltem Eifer erfassen dieselben jede neue Gelegenheit, die ihnen günstige Aussicht für ihren bisher vergeblich gehofften Erfolg zu eröffnen scheint.

Angesichts dieses Standes der Dinge hat es sich ereignet, dass in Folge des Krieges im Sommer 1866 drei Kurorte, an welchen Spielbanken bestehen, nämlich Homburg, Wiesbaden und Ems, direkt unter die Herrschaft der Krone Preussen traten, während zugleich dem massgebenden Einfluss derselben die Mehrzahl der übrigen deutschen Gebiete, als Glieder des norddeutschen Bundes, anheimfiel, in welchen sich noch Spielbanken befinden, wie in Nauheim, Wildungen, Dobberan, Travemünde. Zur nämlichen Zeit war es bereits ausgesprochene Absicht der Badischen Regierung, die Spielbank zu Baden mit Ablauf des Pachtvertrages im nächsten Jahre eingehen zu lassen. Der Fortbestand gleichartiger Anstalten ausserhalb Deutschlands, wie in Helgoland, Spa, Saxon, Monaco, schien bei der Entlegenheit dieser Orte nicht in Betracht kommen zu dürfen. Da nun Preussen durch die im Jahre 1854 erfolgte Aufhebung einer innerhalb seines Gebietes zu Aachen, bestandenen Spielbank, sowie durch seine Eröffnungen am deutschen Bundestage sich öffentlich für die Massregel der Beseitigung dieser besondern Gattung von Spiel-Anstalten erklärt hatte, so hegten Viele, die mit den rechtlichen und factischen Verhältnissen der Sache nicht vertraut sein mochten oder leichtfertig darüber hinwegsehen zu dürfen vermeinten, die Erwartung, Preussen werde sofort

oder doch auf einen ganz nahe liegenden Termin hin die Schliessung der Spielbanken in Homburg, Wiesbaden und Ems verfügen, sowie auch in den übrigen genannten deutschen Kurorten veranlassen. Bei der grossen Mehrheit Derer, welche von einer solchen Massregel nachtheilig betroffen werden würden, wurden hierdurch ängstliche Besorgnisse erweckt; Stockungen in verschiedenen Unternehmungen, Erschütterung der Credit-Verhältnisse sind noch bis jetzt die unvermeidliche Folge davon. Und wenn zur Niederschlagung dieser Besorgnisse man einerseits geltend machte, dass die Preussische Regierung ein mehr idealistisches Verlangen nicht gegen begründete Rechtsansprüche und verständige Berechnung von Vortheilen und Nachtheilen der geforderten Massnahme werde durchdringen lassen, so fehlte es andererseits auch nicht an Stimmen, welche behaupteten: einem die Schliessung der Spielbanken anordnenden Beschlusse des norddeutschen Parlaments werde die Preussische Regierung nicht widerstehen können!

Abgesehen von der Frage, ob der beregte Gegenstand in die Zuständigkeit des norddeutschen Parlamentes fallen und ob dem Parlamente die Initiative zu kompetenzmässigen Beschlüssen überlassen sein werde, dürfen wir nicht vergessen, dass wir in dieser Versammlung nicht eine auf revolutionärem Boden stehende Körperschaft zu erblicken haben, die, wie es im Jahre 1849 von der zu Frankfurt a. M. tagenden National-Versammlung geschah, sich in der Verfolgung eines theoretischen Zieles weder an Gebote des Rechtes noch an die Beachtung wichtiger realen Verhältnisse binden zu müssen glauben dürfte. Ausserdem wird es zur Gesetzeskraft der Parlaments-Beschlüsse stets der Mitwirkung der Bundesgewalt, also der Preussischen Regierung, bedürfen, von welcher wir gewiss sind, dass sie ihre Zustimmung nur ertheilen wird, wenn sie nach sorgfältiger Prüfung sich von der Zulässigkeit einer beschlossenen Massregel überzeugt hat. Wir müssen daher auf die Stellung recurriren, welche die Preussische Regierung den Spielbanken gegenüber einnehmen werde.

Vermöge rechtlicher Nothwendigkeit kann die Stellung der Preussischen Regierung zu den Spielbanken zunächst keine andere sein, als es jene der ihr vorausgegangenen Regierungen war. Wollte man etwa in Zweifel ziehen, ob in einem eroberten Lande die civil- und öffentlich-rechtlichen Verbindlichkeiten der früheren auf die neue Regierung ungemindert übergehen, — Zweifel, welche gleichermassen die fortdauernde Gültigkeit der Staatsschulden, die pragmatischen Rechte der

Staatsdiener u. s. w. in Frage stellen würden, — so könnten solche Zweifel immerhin nur die bisher Nassauischen Kurorte Wiesbaden und Ems mit einer plötzlichen Erschütterung ihrer Existenz bedrohen. Die Landgrafschaft Hessen-Homburg dagegen ist nicht einfach nach dem Rechte der Eroberung von Preussen in Besitz genommen, sie ist vielmehr durch förmlichen Vertrag abseiten des früheren Landesherrn abgetreten worden; in ihr ist seine Majestät der König von Preussen durch vertragsmässige Erwerbung des Landes zur Regierung gelangt, und es kommt daher hier auch in Bezug auf die Spielbank zu Homburg unzweifelhaft der staatsrechtliche Grundsatz zur Anwendung, wonach ein Regierungs-Nachfolger die von seinen Vorgängern eingegangenen Verbindlichkeiten zu erfüllen hat. Das Recht zum Betrieb von Hazard-Spielen gewisser Gattung in bestimmtem Umfange auf eine bestimmte Reihe von Jahren ist von den früheren Landesherrn, den Landgrafen von Hessen-Homburg, den betreffenden Unternehmern gegen bestimmte, zum Theil im Voraus zu erfüllen gewesene und wirklich erfüllte, zum Theil fortlaufend zu erfüllende Leistungen mittelst zweiseitiger Verträge eingeräumt worden; diese Verträge haben unbestreitbare rechtliche Gültigkeit und die Unternehmer befinden sich in rechtmässiger und unverwirkter Ausübung ihrer Befugnisse. Die verpflichtende Kraft dieser Verträge, die Verbindlichkeit, die durch sie begründeten Rechte aufrecht zu halten, war auf die nach einander zur Succession gelangten letzten Landgrafen des Hauses Hessen-Homburg, war ferner nach dem Erlöschen dieses Fürstenhauses auf den Regierungs-Nachfolger, Seine Königl. Hoheit den Grossherzog von Hessen, und ist endlich auf den nunmehrigen Regenten, Seine Majestät den König von Preussen, übergegangen.

Wohl wissend, welche dauerhafte Kraft einer wohlbegründeten Rechtspflicht innewohnt, haben schon seit lange und theilweise mit Hinblick auf das vorausgesehene Erlöschen des Hessen-Homburgischen Fürstenhauses die leidenschaftlichsten Gegner der Spielbanken Scheingründe aufgesucht, mittelst welcher der Rechtsbestand der fraglichen Verträge angefochten werden könnte. — Man hat den Rechtsgrundsatz von dem Kintritt des Regierungsnachfolgers in die Verbindlichkeiten seiner Vorgänger in Abrede zu stellen versucht. Es dürfte sich wahrlich nicht der Mühe verlohnen, einen so haltlosen und vereinzelt Versuch, welcher aller Rechtscontinuität im Staate ein Ende machen müsste, noch besonders zu widerlegen. — Man hat die abgeschlossenen Verträge als

von Anfang an null und nichtig bezeichnen wollen, weil sie einen unmoralischen Gegenstand zum Zwecke hätten. Aber man hat sich hierbei sehr unstichhaltiger Behauptungen bedient, hat sich arger Entstellung der rechtlichen Momente schuldig gemacht. Wir werden auf diesen Punkt im weiteren Verlauf dieser Abhandlung nochmals näher zurückkommen, und bemerken nur hier vorgrifflich, dass auch diese Anfechtung sich als wirkungslos erweist. Man hat darauf hingewiesen, dass die Polizeigesetzgebung des Grossherzogthums Hessen die Hazardspiele allgemein verbiete, und hat geltend machen wollen, dass, wenn nach dem Erlöschen des Landgräflichen Hauses das Land dem Grossherzogthum Hessen anfalle, dem dortigen Gesetze gegenüber der Betrieb von Hazardspielen in Homburg eingestellt werden müsse. Dass eine Einverleibung der Landgrafschaft in das Grossherzogthum Hessen nicht stattfand, dass, falls sie stattgefunden hätte, nicht ohne Weiteres die Gesetze des Grossherzogthums hier Geltung erlangt haben würden, und dass auch der etwa eingeführten Geltung dieser Gesetze gegenüber das der Spielbank zu Homburg ertheilte Privilegium nach dem Satze: „*lex specialis derogat generali*“ fortbestanden haben würde, dieser Umstände wollen wir nur vorübergehend gedenken, wohl aber hervorheben, dass auch nach der Hessen-Homburgischen Gesetzgebung Hazardspiele im Allgemeinen verboten waren und sind, dass aber die Besonderheit eines Privilegiums, wie solches der Homburger Spielbank verliehen ist, gerade darin besteht, dass ausnahmsweise eine Einrichtung durch speciellen landesherrlichen Act zu rechtmässigem Bestande zugelassen ist, welche nach allgemein gesetzlichen Vorschriften nicht bestehen dürfte.

So erscheinen denn die Bemühungen vergeblich, welche gemacht worden sind, um die Rechtsverbindlichkeit der Regierung zur Aufrechthaltung der Spielpachtverträge wegzudemonstriren. Diese Verbindlichkeit besteht! Und mit welchem Rechte, fragen wir, wollte man dem Gedanken Raum geben, dass die Königliche Regierung auch nur versuchen werde, die Anerkennung dieser Verbindlichkeit abzulehnen? — Die Königliche Regierung wird zuverlässig die Verträge wegen Concessionirung der Spielbanken nicht als ungültig und unverbindlich behandeln; sie wird ebensowenig den rechtlichen Folgen der Anerkennung ihrer verbindenden Kraft sich zu entziehen suchen. Ein Anderes aber ist die Frage, ob und in welcher Weise sie auf rechtsförmlichem Wege, bei dessen Beschreitung ihr sehr wirksame Antriebsmittel zu Gebote

stehen dürften, die dermalige vertragsmässige Dauer der Hazardspiel-Concessionen, namentlich in Homburg, wo solche noch über 29 Jahre zu laufen hätte, abzukürzen bewogen sein werde? —

Mag nun dieser Fall eintreten, oder möchte selbst nur bei völligem Ablauf der jetzigen Concessionszeit das Aufhören der Spielbank in Aussicht stehen, immerhin ist es unsere Aufgabe, schon jetzt den Unterschied der Verhältnisse der Curstadt Homburg, wie sie jetzt bestehen und wie sie bei unvermitteltem Uebergang in andere Lagen sich gestalten würden, in's Auge zu fassen, und uns nach dem Wege umzusehen, auf welchem dieser Uebergang möglichst ohne Schädigung der berührten Interessen bewerkstelligt werden könne.

Sogleich an dieser Stelle wollen wir daran erinnern, dass Endziel und Zweck der gegenwärtigen Abhandlung eben darin besteht, die anderweitige Fürsorge, welche auf den Fall der Beseitigung der Spielbank für unseren Curort getroffen werden muss, zu provociren. Wenn wir nun im Folgenden den Umfang, die Leistungen, den Einfluss der Spielbank darstellen, wenn wir die grosse Wichtigkeit anschaulich machen, welche die Existenz dieser Anstalt hat, so geschieht dieses nicht, um das Verlangen, dass eben diese Spielbank für die Zukunft unbeschränkt in ihrem Fortbestande belassen werden solle, zu stellen und zu rechtfertigen, sondern es geschieht lediglich, um darauf aufmerksam zu machen, wie gewaltig die wohlbe gründeten Ansprüche auf eine fürsorgliche Behandlung des Gegenstandes von Seiten der Regierung sind und wie colossal die zur Befriedigung dieser Ansprüche nothwendigen Mittel sein müssen.

Indem wir aber auf diese Erörterungen eingehen, müssen wir vor Allem das Etablissement etwas näher betrachten, von dessen Betrieb wir die volkswirtschaftliche Existenz unseres Curorts in so hohem Grade abhängig erkennen. Für den Ortskundigen ist die Beschaffenheit dieser Unternehmung eine bekannte Sache; für ihn bedarf es keiner Erläuterung des engen Zusammenhangs derselben mit dem Gedeihen des ganzen Curortes, ja mit dem Wohlstand seiner ganzen Umgegend. Der Fernstehende aber, der vielleicht nie an Ort und Stelle gewesen, dürfte ohne näheren Nachweis sich nicht leicht vorstellen können, wie eine Spielbank an einem Badeorte von so grosser, nicht blos localer Bedeutung für denselben, nein, man kann sagen, von europäischer Bedeutung sein könne.

Bisher redeten wir schlechtweg von der „Spielbank“, und

zwar desshalb, weil dieser einzelne Zweig des Etablissements, welches wir vor Augen haben, der besondere Gegenstand so vielfacher Anfeindung sowie zugleich die finanzielle Grundlage des ganzen fraglichen Unternehmens ist. Glaube man aber ja nicht, dass sich der Umfang dieses Unternehmens etwa auf ein Local zur Aufstellung einiger Spieltische, dass seine Thätigkeit sich auf den Betrieb des Hazardspiels an diesen Tischen, dass sein Werth für das Fremdenpublikum sich auf die Unterhaltung Derer, die Lust zum Spiele haben, beschränke!

Die Localität, worin unter Anderem auch die Homburger Spielbank etablirt ist, heisst das „Curhaus“, welches inmitten des neuen und schönsten Stadttheils belegen ist. Dieses Gebäude, dessen allmähliche Herstellung und Erweiterung mit seiner überaus prachtvollen inneren Ausstattung einen Kostenaufwand von $1\frac{1}{2}$ Millionen Gulden verursacht hat, gleicht einem wahrhaft königlichen Palaste. Es enthält Säle und Galerien für Bälle und Concerte, für gesellige Privatvereinigungen, für einen geschlossenen Club, für die von jeher an grossen Badeorten üblichen Hazardspiele, für Zeitungslectüre, für öffentliche Gasttafel, Restaurant, Kaffee und Billard, ein Theater; im Zusammenhange damit steht ein elegantes Badehaus, ausserdem fasst das Curhaus die Räume für die Administration des ganzen Etablissements sowie für den Polizeidienst in demselben. Terrassen, deren eine durch Glasbedeckung für jede Witterung und Jahreszeit benutzbar gemacht ist, verbinden das grossartige Bauwerk mit einem von den prachtvollsten Strassen der Stadt umgebenen Garten, an welchen sich eine ausgedehnte Parkanlage anschliesst, um die innerhalb derselben belegenen Mineralquellen mit dem Curhause in Zusammenhang zu bringen.

Der Pflege und Decoration dieser reizenden Garten- und Parkanlagen dienen verschiedene Gewächshäuser, welche zum Theil für sich allein schon wahre Sehenswürdigkeiten bilden, wie die Orangerie mit ihren stattlichen Bäumen von seltener Schönheit und das Glasgebäude für Palmen und andere tropische Gewächse. Dieses letztere Gebäude ist durch einen bedeckten Spazierweg, eine sog. Trinkhalle, mit dem vornehmsten der Mineralbrunnen in Verbindung gebracht. Zu erwähnen sind in Bezug auf die Mineralquellen die gefällige Fassung derselben, die Veranstaltungen für aufmerksame Bedienung der Curtrinkenden, für Verfüllung und Versandt der Mineralwasser, für Ansammlung und Abholung des Badewassers, für Benutzung der Mineralwassergase zum Bade-

gebrauch, endlich für den Gebrauch der Molkenkur. Alle diese Baulichkeiten, Anlagen und Einrichtungen gehören zu dem Etablissement; nur zum Theil zwar stehen sie demselben dem Eigenthumsrechte nach zu, indem die Anlagen und Mineralquellen ganz, die Gebäude hauptsächlich Eigenthum der Staatsdomaine sind; allein dies Alles ist, mit Ausnahme geringer, schon bei der Uebnahme vorhanden gewesener Anfänge, auf Kosten des Unternehmens geschaffen worden, befindet sich in dessen Pachtbesitz und wird von ihm verwaltet und aus seinen Mitteln gepflegt und unterhalten. Die Beschaffenheit dieser Objecte ist so vortrefflich, das Ganze ist so grossartig, dass wir in dem kurzen Umriss dieser Zeilen unmöglich eine ausreichende Darstellung davon geben können. Um nur die von Marmor, reicher Vergoldung, köstlicher Malerei, herrlichen Möbeln strotzende Pracht des Kurhauses zu beschreiben, um die Reichhaltigkeit des mit den namhaftesten Blättern aller europäischen Ländern und Sprachen ausgestatteten Lesekabinets (— dasselbe enthält an Zeitungen; 35 deutsche, 27 französische, 10 englische, 5 russische, 4 polnische, 2 holländische 2 italienische, 3 spanische, 2 amerikanische, — an Revüen: 2 französische und 3 englische, —) die Trefflichkeit der Leistungen von Küche und Keller der von einem Pariser Hause ersten Ranges (dem im Palais royal etablirten berühmten Hause Chevet) geleiteten Wirthschaft, die von keiner grossen Schaubühne der ersten Weltstädte übertroffene Eleganz des Theaters anschaulich zu machen, müssten wir ein ganzes Buch schreiben. Dieses Kurgebäude allein ist ein so imposantes Object, dass beispielsweise das Kroll'sche Etablissement zu Berlin, dieser berühmter Vergnügungsort einer grossen Hauptstadt, bescheiden dagegen zu nennen ist. Doch nicht genug mit dem bisher Erwähnten! In dem Umfange des hier in Rede stehenden Unternehmens ist auch das Gaswerk zu Homburg begriffen, welches ursprünglich nur für die Beleuchtung des Kurhauses und seiner Zubehörungen bestimmt war, dann aber für den Bedarf der ganzen Stadt eingerichtet wurde. Ferner erblicken wir in diesem Unternehmen einen Hauptbetheiligten an der zwischen Homburg und Frankfurt a. M. bestehenden Eisenbahn, von deren Actienkapital die Kurhaus-Unternehmung die eine Hälfte mit 800,000 Gulden, und zwar mit Verzichtleistung auf Dividenden für die Dauer ihrer eigenen Concession, übernahm und beitrug.

Diese gedrängte Uebersicht des objectiven Bestandes der Unternehmung lässt bereits erkennen, dass die Wirksamkeit

derselben eine sehr viel ausgebreitete ist, als sie bei dem blossen Betrieb einer Spielbank wäre. In Wahrheit umfasst die Administration des Kurhauses alle möglichen Einrichtungen und Veranstaltungen, welche den Bedürfnissen und dem Nutzen, der Bequemlichkeit und Annehmlichkeit der fremden Besucher unseres Kurortes, sowohl Jener, welche Genesung und Erholung, als auch Derer, welche Zerstreuung und Vergnügen suchen, dienen können. Mit grösster Sorgfalt wird allen Anforderungen für den Bädergebrauch in den zur Unternehmung gehörigen Badehäuser sowie in dem Gasbäderhause Genüge geleistet; mit Aufmerksamkeit werden die Kurtrinkenden bedient; auch in die Ferne lässt man sich die Versendung der Homburger Mineralwasser anlegen sein; für die Bereitung der Molken zur Molkenkur wird bestens gesorgt; auch für die Anwendung von Kaltwasserbädern ist das Kurhaus-Etablissement durch Unterstützung eines Privat-Unternehmens thätig; überhaupt ist die Administration stets willig, mit besten Kräften kurmässige und ärztliche Zwecke zu unterstützen und zu befördern.

Nächst diesem Zweige der Verwaltung, welchen wir in erster Linie vorführen, da er am Wesentlichsten zum Begriffe eines Kur-Etablissements gehört, erscheint die Fürsorge des Unternehmens für die Unterhaltung und geselligen Bedürfnisse der Fremden von grosser Bedeutung. Dieser Gegenstand würde selbst dann nicht unwichtig sein, wenn nur Heilungsuchende dem Kurorte Homburg zuströmten, denn es ist keine leichte Aufgabe, für die Musse der Müssigen zu sorgen; desto gewichtiger aber ist dieser Zweck, je zahlreicher auch jene Persönlichkeiten sich einstellen, welche ohne den Anlass eines Leidens, voll Kraft und Lebenslust, mit den Ansprüchen hohen Standes, des Reichthums, der grossstädtischen Gewohnheiten auftreten und dafür hier Befriedigung verlangen. Daher lässt die Verwaltung des Kurhaus-Etablissements nicht nur den direct von ihr administrierten Garten- und Parkanlagen die sorglichste Pflege angedeihen, sondern betheiligt sich gerne mithelfend, wenn es die Herstellung, Verbesserung, Verschönerung von Promenaden und angenehmen Punkten in der ganzen Umgegend betrifft; eine ständige Jahreszahlung von 10,000 Gulden ist von ihr lediglich für Verschönerungszwecke der Regierung zur Disposition gestellt. Nur um den Kurfremden einen angenehmen Ausflug zu gewähren, ist von ihr die Verwaltung des landesherrlichen Wildparks übernommen worden. Die Kurhaus-Unternehmung ist zugleich Pächterin sehr ausgedehnter Jagdgebiete

in Wald und Feld der weiteren Umgegend, nur zu dem Zwecke, dieselben zur Unterhaltung der Fremden bereit zu halten.

Das schon erwähnte überaus reichhaltige Lesekabinet entspricht einem dringenden Bedürfnisse eines so zahlreichen unbeschäftigten Publikums; das Nämliche ist der Fall mit der Bereitschaft von Billards und Kartenspielen für kleine Privatzirkel, das Nämliche auch mit den Harzadspielen in einigen öffentlichen Sälen (der eigentlichen Spielbank). Ferner öffnet die öfterwähnte Administration bereitwillig die dazu bestimmten reservirten Säle und Galerien den Soiréen und Tanzbelustigungen privativer Gesellschaften, sowie sie selbst in den grossen öffentlichen Sälen Bälle und Maskeraden abhält, welche dem Kurpublikum im Allgemeinen offen stehen. Ein zahlreich besetztes, vorzügliches Orchester wird von der nämlichen Administration unterhalten, um bei dem Trinken der Brunnenkur in der Frühe des Morgens, sowie in dem an das Kurhaus anstossenden Garten oder einem der grossen Säle nach der Tafelzeit Nachmittags und Abends dem Fremden musikalischen Genuss zu gewähren, auch bei Concerten und bei den Theatervorstellungen mitzuwirken. Das Theater, bestimmt für französische Vorstellungen und italienische Opern, für welche letzteren insbesondere Künstler und Künstlerinnen vom ersten Range herangezogen werden*) ist gleichfalls lediglich ein Zweig des Kurhaus-Unternehmens. Stets ist sodann die Administration des Kurhaus-Etablissements bemüht, für Concerte sowie auch für sonstige künstlerische Darstellungen die renommirtesten Koryphäen der Kunst sofort zu gewinnen. An Veranstaltung von Festlichkeiten bei jeder sich darbietenden Gelegenheit, verbunden mit Illuminationen, Feuerwerken und anderen Belustigungen, lässt es ebenfalls diese Administration nicht fehlen. Nicht minder war sie immer darauf bedacht, zu sorgen und zu überwachen, dass selbst dem feinsten Geschmacke, dem verwöhntesten Gaumen abseits der in dem Kurhause eingerichteten brillanten Wirthschaft genügt werde.

Rechnen wir zu diesen zahlreichen Zielen der administrativen Thätigkeit des Kurhaus-Etablissements noch mancherlei Hilfszweige und nebensächliche oder zufällige Bethätigungen, wie die Verwaltung des Gaswerkes, die höchst

*) In dieser Saison sangen u. A. die Damen: Artôt, Lucca, Vitali, Trebelli, und die Herren: Carrion, Napoleone Verger und Roger. Dirigent und Impresario war der verdienstvolle Maestro Orsini. Prima Bal-
lerina Signora Elisa Casati.

wichtigen Bemühungen für die Publicität, die Theilhaberschaft an der Eisenbahn zwischen Homburg und Frankfurt, die Mitwirkung zu gemeinnützigen und wohlthätigen Zwecken, so müssen wir uns sagen, dass mit dem Namen „Spielbank“ auch nicht entfernt der Charakter und die Bedeutung dieses grossartigen und vielseitigen Instituts angegeben wird.

In der äusseren Erscheinung des Etablissements, in der Summe der Leistungen desselben ist die Spielbank nur eine Nebensache. Hauptsache ist sie allerdings in einer Beziehung: sie allein ist die Geldquelle, aus welcher die enormen Mittel fliessen, die dem ganzen Etablissement und Allem, was davon abhängt, Bestand verleihen.

Wir sagten soeben: auch in dem Sinne der Leistungen des Kurhaus-Etablissements ist die Spielbank nur Nebensache. Nicht sie hauptsächlich ist es, welche ein so zahlreiches Publikum anzieht, den Kurort Homburg zu besuchen, sondern in den übrigen von uns kurz zusammengestellten Anstalten, Einrichtungen, Vorkehrungen und Bemühungen, die von eben diesem Etablissement abhängen und ausgehen, liegt wesentlich die Anziehungskraft unseres Kurorts. Würdigen wir zwar vollständig unsere heilkräftigen Mineralquellen, unser gesundes Klima, unsere paradiesische Gegend, die Nachbarschaft volkreicher Städte, die Nähe der grossen Communicationsstrassen für den lebhaftesten internationalen Reise-Verkehr! Ziehen wir auch in Betracht den nun einmal begründeten Ruf unseres Kurorts, die Vortrefflichkeit unserer Aerzte, den freundlichen Sinn und die Betriebsamkeit unserer Bürger! Aber verkennen wir nicht, dass auch in diesen Momenten nicht die erheblichsten Stützen für die Aufrechthaltung unseres Kurorts zu finden sind. Wir betonen es: weder die Spielbank an und für sich, einerseits, noch die Gunst örtlicher und persönlicher Verhältnisse, andererseits, bedingt die fortdauernde Blüthe Homburgs als Kurort ersten Ranges, wohl aber hängt diese Blüthe ganz entschieden davon ab, dass alle jene Leistungen forthin in gleicher Volkommenheit gewährt werden, welche — ausser dem Spielbankbetriebe — den Gegenstand der Wirksamkeit unseres Kurhaus-Etablissements bilden.

Man wähne doch ja nicht, dass es vorwiegend Leidende seien, welche die Kurorte bevölkern! Fs müsste um die Gesundheit des Menschengeschlechts unserer Tage traurig bestellt sein, wenn die vielen Hunderttausende, welche wir alljährlich in den zahllosen Bade- und Kurorten als Gäste sehen, von körperlichen Leiden dahin getrieben würden.

Aber nicht einmal in den kleinsten, unscheinbarsten Kurorten ist dieses der Fall. Ueberall besteht die grosse Mehrzahl der Besucher aus Solchen, welche ihrer Musse leben wollen, Erholung, Zerstreuung, Belustigung begehren; der Kurort ist für sie wesentlich Lustort; ob klein oder gross, obscur oder weltberühmt, diess macht einen Unterschied nur in dem Masse der Zerstreuungen und im Kostenpunkt. Die Frequenz der Bäder ist ein Barometer, nicht des Gesundheitszustandes, sondern des Zustandes der Kasse der Menschen. Je zahlreicher der Besuch der grossen Kurorte, desto wohlstehender sind die Besucher, desto mehr können und wollen dieselben Geld ausgeben, desto höher steigen die Ansprüche, die dieselben erheben und die erfüllt werden müssen. In demselben Masse, wie die seit dem Jahre 1841 bestehende Homburger Kurhaus-Unternehmung diesen Ansprüchen entgegen kam, steigerte sich die Frequenz Homburg's. Bis dahin war Homburg nur ein fast ausschliesslich von der grösseren Nachbarstadt Frankfurt a. M. aus schwach besuchter Platz. Die seit dem Jahre 1834 erschienenen Kurlisten (Fremden-Verzeichnisse) weisen nach, dass

	im Jahr	1834:	155,
	" "	1835:	185,
	" "	1836:	294,
	" "	1837:	800,
	" "	1838:	773,
	" "	1839:	829,
	" "	1840:	800,

Kurgäste hier verweilten. Mit der Epoche der Gründung des neuen Unternehmens beginnt ein rasches Anwachsen der Zahl der jährlichen Kurgäste, so:

	im Jahr	1841:	1171,
	" "	1742:	1732,
	" "	1843:	2694,
	" "	1844:	3300,
	" "	1845:	4525,
	" "	1846:	4627,
	" "	1847:	5187,
dagegen	" "	1848:	4029,
und	" "	1849:	3628,

indem sich in den beiden letzteren Jahren die Folgen der politischen Erschütterung Deutschlands fühlbar machten. Von da an setzte sich mit geringen Schwankungen die Zunahme der Fremdenfrequenz stetig fort, wie folgt:

im Jahr 1850:	6624,	im Jahr 1858:	9334,
„ „ 1851:	6470,	„ „ 1859:	8240,
„ „ 1852:	7295,	„ „ 1860:	9570,
„ „ 1853:	8638,	„ „ 1861:	10583.
„ „ 1854:	9012,	„ „ 1862:	11123,
„ „ 1855:	9623,	„ „ 1863:	10066,
„ „ 1856:	10105,	„ „ 1864:	10730,
„ „ 1857:	9838,	„ „ 1865:	12473,

worauf wiederum das Jahr 1866 mit einem Rückgang auf 7330 Kurgäste erscheint, eine Wirkung der Kriegsereignisse im Sommer dieses Jahres. Ungerechnet in diesen Ziffern sind die sogenannten Tagesgäste oder Passanten, deren Zahl oft an einzelnen Tagen mehrere tausende beträgt, und welche dem Platze eine ungemeine Lebhaftigkeit gewähren; auch diese vorübergehenden Besucher werden ganz vorzugsweise nur durch die an dem Orte gebotenen Annehmlichkeiten und Zerstreuungen angezogen. Die Erhaltung der hierauf abzweckenden Einrichtungen muss also, wir wiederholen es, der Hauptgegenstand sein, auf welchen wir unser Augenmerk zu richten haben.

Verleugnen wir jedoch dabei nicht, dass, wenn wir unter den Zwecken des Kurhaus-Etablissements die Spielbank — abgesehen von ihrem finanziellen Gewichte — als eine Nebensache bezeichneten, dieselbe immerhin auch an und für sich nicht unerheblich ist. Gerade die Elite der Gesellschaft, die vornehmsten, gebildetsten, reichsten Leute stellen sich oft ganz besonders, ja ausschliesslich um des Spieles willen ein. Ist es ja doch eine bekannte Thatsache, dass in den geselligen Vereinigungen der grossen Hauptstädte, in den Cirkeln der höchsten Stände, gerade das Hazardspiel ein hauptsächliches Mittel der Unterhaltung abgibt. Indem aber das Hazardspiel die specielle Ursache ist, welche gar viele den höchsten Kreisen angehörige Persönlichkeiten, die Spitzen der grossen Welt aus allen civilisirten Ländern der Erde hier versammelt, müssen wir bei einstmaligem Aufhören der Spielbank eine Abnahme des Glanzes unseres Kurortes, ungeachtet der alsdann hoffentlich vorgesorgten Fortdauer der übrigen von uns als wesentlich bezeichneten Einrichtungen voraussehen. Die Grossen und Reichen werden sich dann in die grossen Städte ziehen, deren mannigfaltige Abwechslung die Lücke ihrer Musse ausfüllt, für welche sie jetzt an den Spielbanken Abhilfe finden.

Auch in sofern ist der Besuch der speciell durch das Hazardspiel herangezogenen reichen Leute von grosser Wich-

tigkeit für den Kurort, als diese durch einen in jeder Hinsicht reichlicheren Aufwand dem Geschäftsverkehr des Platzes überhaupt einen stärkeren Umsatz zuführen, als eine grössere Anzahl minder reicher Besucher.

Diese reichen Leute sind es denn auch, welche mit ihrem Gelde der Spielbank und durch diese dem ganzen Kurhaus-Etablissement die zu seiner Existenz nöthigen Einnahmen verschaffen; sie sind für die Spielbank so unentbehrlich, wie die Spielbank für sie unentbehrlich ist. Nur wo kolossale Vermögen ihre freiwilligen Beiträge zu der Kasse jenes Etablissements liefern, ist es möglich, dass dasselbe mit den ihm obliegenden enormen Lasten und Ausgaben Bestand haben kann, — Ausgaben, vor deren Grösse die vielverbreitete Meinung, als sei die hiesige Spielbank auf die Ausbeutung der kleinen Leute der Umgegend berechnet und begründet, von selbst zerfallen muss.

Indem wir zur Betrachtung der Grösse dieser Lasten und Ausgaben des Etablissements übergehen wollen, um die direkte Einnahmequelle, welche hieraus dem Geschäftsverkehre Homburgs erfliesst, in ihrer ganzen Erheblichkeit zu ermessen, sehen wir uns jedoch veranlasst, das bisher nur nach seiner objectiven Richtung berührte Unternehmen auch nach der subjectiven Seite hin ins Auge zu fassen, von dem Unternehmen aus uns nach den Unternehmern umzusehen.

Ursprünglich zweien Privat-Unternehmern ertheilt, wurden die Conzessionen, Rechte und Vermögensbestände des Homburger Kurhaus-Etablissements mit dem 1. April 1847 auf eine Actien-Gesellschaft übertragen, welche unter der Firma „Anonyme Gesellschaft der vereinigten Pachtungen des Kurhauses und der Mineralquellen zu Homburg“ besteht. Diese Actien-Gesellschaft, deren Verhältnisse in mehreren Epochen erhebliche Aenderungen erfahren haben, ist, theils als Eigenthümerin, theils als Pächterin und Concessionairin, die rechtmässige und thatsächliche Inhaberin des ganzen Etablissements; sie verwaltet dasselbe unter specieller Aufsicht des Staats; sie geniesst als Dividenden der Actien den nach Abzug aller Kosten, Lasten und Verbindlichkeiten verbleibenden Reinertrag ihres Geschäftsbetriebes. Die Actien betrugen an Zahl 42,000 Stück, bis im Jahre 1862 die Anordnung getroffen wurde, dass dieselben allmählich bis auf 10,000 Stück herabgemindert und zu diesem Zwecke eine dem Stande der disponibelen Gelder entsprechende Anzahl von Actien jährlich mittelst Verloosung, und zwar gegen Zahlung von 250 Gulden für jede Actie, eingezogen werden solle, während die Jahres-

Dividende, so lange die Amortisirung von Actien dauert, 20 Gulden nicht übersteigen dürfe. Dieser Anordnung gemäss, jedoch durch anderweitige ausserordentliche Geldbedürfnisse des Unternehmens etwas beeinträchtigt, hat bis jetzt die Amortisirung von 4000 Actien stattgefunden, so dass die Gesellschaft dermalen noch aus 38,000 Actien besteht, welche mithin einen Capitalwerth von $9\frac{1}{2}$ Millionen Gulden darstellen. Wir müssen bemerken, dass zwar der Nominalwerth einer solchen Actie nur auf 100 Gulden festgesetzt ist; diese Festsetzung aber kann nur als eine willkührliche oder zufällige qualificirt werden, da der Betrag von 100 Gulden weder einen ursprünglichen Einschuss zu dem Actien-Capital, noch auch den ursprünglichen Erwerbungspreis (Cours) im öffentlichen Actienhandel darstellt, sondern lediglich als Folge verschiedener Manipulationen am Bestand der Actien fixirt wurde, wie denn in ähnlicher Weise die spätere Festsetzung des Einlösungsbetrags auf 250 Gulden ebenfalls eine wirkliche Erhöhung des Nominalwerthes dieser Actien bildet.

Das Kurhaus-Etablissement war in dem beschränkten Umfang, welchen es im Jahre 1847 noch hatte, von den ursprünglichen Unternehmern seit 1841 aus ihren Privatmitteln hergestellt worden; indem diese Unternehmer 1847 eine Actien-Gesellschaft für ihr Etablissement gründeten, sollte, ohne Rücksicht auf die wirkliche Höhe der darein verwendeten Kosten, das Actien-Kapital den Kaufpreis dafür bilden. Lediglich vermöge Schätzung des Kaufwerthes wurde daher das Actien-Kapital auf 1,500,000 Gulden in 3000 Actien à 500 Gulden festgestellt. Bald aber fanden sich die Gründer der Gesellschaft bewogen 1000 dieser Actien zu annulliren, mithin den Kaufpreis resp. das Actienkapital auf eine Million zu vermindern. Nur sehr allmählig fanden diese Actien Eingang im Publikum, dann aber und besonders, nachdem man an Stelle der 2000 Actien à 500 Gulden 10,000 Stück à 100 Gulden ausgetauscht hatte, wurden dieselben immer beliebter und ihr Cours stieg bis über das Dreifache des Nominalbetrags (auf 340 Gulden). Als nun die Gesellschaft zu neuem Aufwande grosse Summen bedurfte, wurde eine Erhöhung des Actienkapitals in der Weise vorgenommen, dass man anstatt der bisherigen 10,000 Actien 42,000 creirte, hiervon für jede alte Actie à 100 Gulden drei neue gleichfalls à 100 Gulden (für 10,000 Stück 30,000) in Austausch gab und die neu hinzugekommenen 12,000 Actien für Rechnung der Gesellschaft bestmöglichst verwerthete. Schon diese Verwerthung geschah zu höheren Coursen als der Nominalwerth. Aber

weiterhin hob sich der Cours der Actien auf's Neue, und zwar bis zu 250 Gulden, so dass man, als im Jahre 1862 der zwangsweise Rückkauf von Actien mittelst Ausloosung angeordnet wurde, sich bewogen sah, den Einlösungsbetrag auf 250 Gulden zu bestimmen, der denn auch bei der Einlösung von 4000 Actien bereits angewendet worden ist. Auf diese Höhe dürfen daher allerdings die Inhaber den effectiven Werth ihrer Actien berechnen. Nach eingetretener Verminderung der Actien auf 10,000 Stück sollte diese den Reinertrag des Unternehmens bis zu Ende der Concessionszeit, welche bis zum 1. April 1896 bestimmt ist, unbeschränkt beziehen und sich bei dereinstiger Liquidation in das Gesellschafts-Vermögen theilen.

Die Actien dieser Gesellschaft sind ausserordentlich verbreitet und zerstreut. Grosse Vermögen sowohl, wie die Sparpfennige geringbemittelter Leute sind darin angelegt; Bewohner Homburgs und seiner näheren und weiteren Umgegend, überhaupt Deutsche, sind ebensowohl Besitzer solcher Actien wie Angehörige der verschiedensten ausserdeutschen Länder; diese Actien bilden, — obschon momentan in Folge des jetzigen Standes der Dinge der Verkehr sehr beschränkt, die in den Frankfurter Coursblättern notirten Course sehr gedrückt sind, — ebensogut wie andere industrielle Papiere einen regelmässigen Gegenstand des Handels, und gehen häufig aus einer Hand in die andere über. Wie viele dieser Actien gerade in Homburg besessen werden, lässt sich schwer bestimmen; indessen ist diese Frage von minderem Belang, da in volkswirtschaftlicher Hinsicht die Erhaltung des in den Actien beruhenden Vermögenswerthes von $9\frac{1}{2}$ Millionen Gulden von gleicher Wichtigkeit bleibt, wo immer die Besitzer desselben zu finden sein mögen.

Die Rücksicht, welche auf die Erhaltung des in solchen Actien bestehenden Vermögenswerthes nothwendig zu nehmen ist, lässt sich überdiess erst im Zusammenhalt der gleichartigen Geldanlagen bei den verschiedenen Spielbanken in Deutschland, die voraussetzlich einer gleichzeitigen Aufhebung unterliegen dürften, nach ihrem ganzen Gewicht erkennen. Zu einem umfassenden Urtheil hierüber fehlen uns genügende Materialien in Bezug auf die nicht zu dem jetzigen Gebiete Preussens gehörigen Banken. Halten wir aber auch nur die gleichfalls einer Actiengesellschaft angehörigen Etablissements der uns benachbarten Kurorte Wiesbaden und Ems neben dasjenige von Homburg, so erscheint der schon hier colossale Vermögenswerth sofort noch um ein Bedeutendes gesteigert

Bei der Verschiedenheit der Einrichtungen, indem dorten die ursprünglichen 25000 Stück Actien zwar nur mit 100 Gulden pr. Stück eingelöst, dagegen aber zugleich sogenannte Nutzniessungs-Actien ohne bestimmten Nominalwerth für die, übrigens nur bis zum 1. April 1881 reichende Restdauer der Gesellschaft in Austausch gegeben werden, — müssen wir uns für die Berechnung der dort in Frage stehenden Actienwerthe an die vor Eintritt des jetzigen anormalen Standes der Dinge geltenden Course halten, welche für die Stammactien ungefähr 280, für die Nutzniessungsactien ungefähr 200 Gulden betrug. Hiernach würde sich der Werth der bis jetzt noch uneingelösten mehr als 17,000 Actien auf 4,760,000 Gulden, der Werth der bis jetzt hinausgegebenen Nutzniessungs-Actien, nahezu 8000 Stück, auf 1,600,000 Gulden, der Gesamtwertb beider also auf 6,360,000 Gulden stellen; diess mit dem Werth der Homburger Actien zusammengerechnet, ergibt eine Summe von beiläufig 16 Millionen Gulden auf Preussischem Gebiete fundirten Capitalvermögens, ein Werth dessen Grösse und weite Verbreitung allein schon die Beachtung kennzeichnet, auf welche er bei der Preussischen Regierung Anspruch hat!

Wenden wir uns wieder speziell zu der Homburger Actiengesellschaft, so erinnern wir uns der umfassenden Wirksamkeit derselben für den Curort Homburg; wir erinnern uns, dass wir fast ausschliesslich in dieser ihrer Wirksamkeit die Ursache des zahlreichen Besuchs unseres Curortes durch fremde Gäste und Passanten, mithin die Stütze aller auf dem Fremdenkehr beruhenden Gewerbsthätigkeit und deren Ertrages erblicken. Aber es tritt hierzu auch noch der höchst beträchtliche Geldumsatz, welchen alljährlich die Administration der Actiengesellschaft lediglich für die Zwecke ihrer Verwaltung bewirkt, und welcher zunächst und vornehmlich dem geschäftlichen Verkehre der Stadt zum Vortheil gereicht. Schon unsere Aufzählung der verschiedenen Administrationszweige des Curhausetablissements lässt ahnen, welche ansehnlichen Geldmittel hiefür aufgewendet werden müssen. Dennoch dürften die Ziffern der für den Verwaltungsaufwand alljährlich verausgabt werdenden Geldsummen überraschen. Die regelmässigen Administrationskosten eines einzelnen Jahres, nämlich desjenigen vom 1. October 1865 bis zum 30. September 1866, — abgesehen von dem Geldaufwande für Einlösung verlooster Actien und für ausserordentliche Ausgaben, deren immer neue auftauchen, — beliefen sich genau auf die Summe von 793,305 fl. 37 kr. In runden Summen ausge-

worfen, vertheilt sich dieser Gesamtaufwand auf die einzelnen Ausgaberrubriken, wie folgt:

- 1) für Gehalte und Pensionen sämtlicher Angestellten der Gesellschaft 208,000 fl.
- 2) für Unterhaltung und Reparatur sämtlicher Gebäude, Mobilien und Geräthschaften 50,000 „
- 3) für Unterhaltung der Heilquellen 12,000 „
- 4) für Unterhaltung und Verschönerung der Parkanlagen und Promenaden 13,000 „
- 5) für Beleuchtung sämtlicher Räumlichkeiten sowie der Anlagen 40,000 „
- 6) für Heizungsmaterial 4,000 „
- 7) für Unterhaltung des Lesecabinets 5,000 „
- 8) für das französische Theater während der Wintermonate, nach Abzug von etwa 10,000 fl. selbstständiger Einnahmen 40,000 „
- 9) für die italienische Oper während der Sommersaison, nach Abzug von etwa 22,000 fl. selbstständiger Einnahmen 62,000 „
- 10) für Concerte und sonstige Festlichkeiten 10,000 „
- 11) für das Curhausorchester 36,000 „
- 12) für Jagden und Fischereien und mit diesem Zweig verbundene Kosten 23,000 „
- 13) Concessions- und Pachtgeld an die Staatskasse 70,000 „
- 14) Beitrag zur Ansammlung eines Fonds für dereinstige Sustentation des Curwesens 20,000 „
- 15) ständige Zahlung zur Disposition der Regierung für Verschönerungszwecke 10,000 „
- 16) verschiedene Leistungen für ärztliche und Polizeizwecke, Pachtgeld für durch specielle Verträge erpachtete Grundstücke und sonstige Abgaben und Lasten 18,000 „
- 17) jährlicher Beitrag zur Erbauung einer neuen protestantischen Kirche 2,000 „
- 18) jährlicher Beitrag zur Erbauung einer katholischen Kirche 2,000 „
- 19) übereinkünftliche Aversionalgewerbsteuer zur Stadtkasse 16,000 „
- 20) kostenfreie Beleuchtung der städtischen Strassen, sowie des Krankenhauses, Versorgungshauses und andere milde Anstalten 7,000 „

- | | |
|---|------------|
| 21) für Annoncen, Reclamen und sonstige Publicität | 33,000 fl. |
| 22) für Reisekosten und Unterstützungen an unglückliche Spieler | 35,000 „ |
| 23) Verluste auf ausländische Geldsorten und Effecten | 30,000 „ |
| 24) allgemeine Kosten | 45,000 „ |

Mag auch ein Theil dieser ständigen Jahreskosten der Gesellschaft nach Aussen abfliessen, so kommt doch der bei Weitem grössere Theil an dem Orte selbst in Umlauf. Wie viele Arbeiter, Handwerker, Handelsleute und sonstige Geschäftsleute ziehen daraus entweder zu geringerem oder grösserem Theil oder ganz ausschliesslich ihren Erwerb! — wie viele Familien hängen unmittelbar von dem Etablissement ab, insofern in dessen Lohn und Brod mehrere Hundert Angestellte und Bedienstete stehen!

Dass daneben die oben angedeuteten ausserordentlichen Ausgaben, deren Höhe sich in dem letzten Jahre über 90,000 Gulden belief, von Jahr zu Jahr ebenfalls sehr ansehnliche Posten im Geldumschlag der städtischen Gewerbe bilden, wird einleuchten, wenn wir erwähnen, dass der Aufwand für Neubauten der Gesellschaft im Laufe der letzten acht Jahre die Summe von mehr als 1,100,000 Gulden erreichte. Da diese Neubauten ihrer vollständigen Beendigung und demnächst ihrer inneren Ausstattung mit dem entsprechenden Mobiliar erst noch entgegensehen, so stellt zunächst dieser Gegenstand den Geschäftsleuten der Stadt noch reichlichen Erwerb für die nächsten Jahre in Aussicht. Zu den Geldern, die als ausserordentliche Ausgaben des Kurhaus-Etablissements den Gewerben zugewendet werden, müssen wir auch diejenigen zählen, welche das Etablissement anderen Unternehmungen vermöge Betheiligung oder Unterstützung überweist; so die Betheiligung an dem Actiencapital der Homburg-Frankfurter Eisenbahn mit 800,000 Gulden, so die zur neuen Herstellung eines trefflichen Strassenpflasters in der Stadt Homburg allmählig gezahlten Zuschüsse, so der für die nächste Zeit in Aussicht genommene Zuschuss zu einer neuen Canalisirung der Stadt, — Gegenstände, die wir nur beispielsweise als die bedeutenderen hervorheben.

Zu allen diesen bedeutenden Leistungen schöpft das Etablissement, wie wir schon sagten, die Geldmittel allein aus einer Quelle; der Spielbank. Verschwindend klein sind im Verhältniss zur Grösse des ganzen Bedarfs die Nebeneinnahmen, welche aus einzelnen Verwaltungszweigen bezogen

werden. So haben wir in der obigen Uebersicht der regelmässigen Jahresausgaben bereits bemerkt, dass die Theaterkasse an selbstständigen Einnahmen nur die für diesen speciellen Zweig ganz unzulänglichen Beträge von 10,000 Gulden im Winter und 22,000 Gulden im Sommer erzielte; ebenso werden bei dem Betriebe des Gaswerks, bei welchem die Lieferung des Leuchtgases an die Privaten der Stadt nur eine ganz nebensächliche Bedeutung neben dem enormen Verbrauch des Etablissements selbst hat, ferner bei der Verwaltung beziehungsweise dem Versandt der Mineralwasser, bei der Verwaltung des Badehauses, sowie bei den verschiedenen anderen Administrationen die Kosten nicht durch die Einnahmen gedeckt; von dem Restaurateur des Kurhauses wird nur ein Pachtgeld von 7000 Gulden jährlich entrichtet; andere Abtheilungen aber, wie das Lesecabinet, die täglichen musikalischen Aufführungen, die Jagden und Fischereien, werfen gar keinen Ertrag ab, indem sie, wie überhaupt der Besuch des Kurhauses mit seinen prachtvollen und comfortablen Räumen, Gartenanlagen und Promenaden, unentgeltlich dem Fremden offen stehen. Eben diese Liberalität ist es ja, welche wesentlich beigetragen hat, Homburg in der Gunst des auswärtigen Publikums so ausserordentlich zu heben, indem dasselbe sich anderwärts für weit bescheidenere Leistungen mit mehrfachen Ansprüchen auf Kurtaxen und Beiträge zu speciellen Zwecken belästigt sieht. Bei dieser Gelegenheit möge sogleich auch die Idee beseitigt werden, als ob in der Erhebung von Taxen zum Besten des Kurorts im Allgemeinen oder speciell für die Unterhaltung von Brunnen- und Badekur-Anstalten, von Anlagen, Promenaden, Conversationssälen, von Musik, Lesecabinet u. s. w., auch nur im Entferntesten ein Ersatz für die Einnahmequelle, deren sich das Etablissement bedient, gesucht und gefunden werden könnte. Es bedarf diess wahrlich keiner eingehenden rechnerischen Nachweisung. Man stelle nur gegenüber: einen Geldbedarf von vielen hunderttausend Gulden — und (sie Alle als beitragspflichtig angenommen) 12,000 Kurgäste! Die Spielbank: nur sie war bisher im Stande, der Existenz eines so grossartigen Unternehmens, wie das Homburger Kurhaus-Etablissement, eine genügende Unterlage zu gewähren; nur sie wird hierzu auch fernerhin und insolange im Stande sein, bis das Ziel, auf welches wir bei dieser Betrachtung ausgehen, erreicht, bis nämlich der Spielbank eine andere genügende Einnahmequelle substituiert, bis ein entsprechender Kapitalfond für die Unterhaltung des Kurwesens beschafft sein wird.

Anscheinend fühlt man sich bei diesem Satze zu der zweifelsvollen Frage aufgefordert: ob denn wirklich der Betrieb einer Hazardspielanstalt eine hinreichend solide Grundlage sei, um von ihr den Lebensberuf vieler Hunderte, ja Tausende von Menschen, die Rentabilität vieler Millionen von Capitalien, die Herstellung zahlreicher, auf die Dauer von Generationen berechneter Bauten, Anlagen und Unternehmungen abhängig zu machen?! — Man sollte, so scheint es, denken: wie gewonnen so zerronnen; was heute der Zufall durch das Spiel hat gewinnen lassen, das kann morgen auf demselben Wege wieder verloren gehen, kann unwiederbringlich verloren bleiben, und mit dem Verluste muss unausbleiblich der Sturz aller an das Spiel geknüpften Existenzen erfolgen? — Und ist es denn möglich, möchte man fragen, dass immer und immer wieder, nun schon seit Jahrzehnten und so forthin inskünftige, Summen an einer Spielbank gewagt werden, deren Grösse von einem einzigen Jahre schon erstaunlich scheint?!

Unsere Sorge braucht es nicht zu sein, ob die Spielbank nicht durch Spielverluste Gefahr ihres Bestandes erleiden könne. Die vieljährige Erfahrung beweist, dass ungeachtet sehr grosser Gewinnste mancher glücklichen Spieler die Spielbank nicht gefährdet erscheint. Was aber die stete Wiederkehr eines fast anglaublichen Geldumsatzes im Hazardspiel einer einzigen Spielbank anlangt, so lässt dieser Umstand, anstatt uns zu erschrecken, uns vielmehr einen überraschenden Blick auf die gewaltige Grösse der in der heutigen Welt aufgehäuften Reichtümer werfen. Ueberschauen wir die Millionen, die Jahr aus, Jahr ein in Homburg, in Wiesbaden und Ems, in Baden, in den kleineren norddeutschen sowie in den ausserdeutschen Spielbanken, — die Millionen, die in Privatspielzirkeln der grossen europäischen Hauptstädte, — die Millionen, die in den grossen Klassenlotterien vieler Staaten sowie in dem Lottospiel einiger derselben, — die Millionen, die in Wetten, — die Milliarden, die im Börsenspiel der grossen Börsenplätze verloren werden, ja deren Verluste für so viele Verlierende und jedenfalls für das gemeine Wohl im Ganzen und Grossen nicht einmal fühlbar wird, so erkennen wir erst recht, in welcher Fülle des Wohlstandes Europa lebt.

Mit dem Reichtum ist Luxus, Wohlleben, Verschwendung untrennbar verbunden. Neben der emsigen Thätigkeit des Erwerbes, die so viele Orte und Gegenden ganz oder fast ausschliesslich erfüllt, steht die freigebige Consumption, die wieder an anderen Plätzen vorwiegend ihre Ruhe- und Lustsitze wählt; vorzugsweise sind diess die grossen Hauptstädte

und die Kurorte. Nur diese Plätze bieten in encykklischer Vollkommenheit dem Luxus des Reichthums die gesuchte Befriedigung; sie sind darum die Sammelplätze für die Spitzen der europäischen Gesellschaft, sind darum, wie wir sagten, von europäischer Bedeutung. Die Stufe also, auf welcher sich der Wohlstand Europas befindet, bringt es allerdings mit sich, dass die Existenz einer so grosse Einnahmen ziehenden Spielbank, eines so grosser Einnahmen bedürfenden Kur-Etablissements, einer mit demselben auf das Innigste verwachsenen städtischen Industrie durchaus nicht schwindelhaft aufgebaut erscheint. Homburg konnte bisher und kann auch fernerhin mit Zuversicht die Hauptquelle seines Erwerbes in der Ueberfülle finden, welche ihm der Wohlstand ganz Europas zuführt.

Aber, hören wir fragen, ist es denn wirklich in so hohem Grade der Fall, dass auf der Kur-Industrie Homburgs wirtschaftliche Existenz beruht. Allerdings ist diess der Fall; wir wollen versuchen, ein kleines Bild der Zustände des Ortes in dieser Hinsicht zu geben.

Homburg war bis vor Kurzem der Sitz eines kleinen fürstlichen Hofes, welcher aber schon mit dem allmählichen Absterben der letzten Glieder des Fürstenhauses seit Jahrzehnten hinwelkte und vereinsamte; es war ferner der Sitz verschiedener Behörden, mithin der Wohnort einer Anzahl von Beamtenfamilien, sowie die Garnison des kleinen Truppencontingents eines kleinen Staates.

Der dem Platze durch diese Quellen zugeführte Geldwerth bezifferte sich auf etwa 250,000 Gulden. Ob für den Wegfall des Hofes einiger Ersatz beschafft, ob ein entsprechender Behördensitz und eine Garnison beibehalten werde, ist zur Zeit noch ungewiss; würde jedoch auch eine ausgiebigere Einrichtung an die Stelle des Bisherigen treten, so wird doch dieselbe immer nur von geringem Belang erscheinen im Vergleich mit der Bedeutung des Curwesens. Weiter hatte Homburg und hat noch jetzt einige, jedoch nur wenige Fabriken und Gewerbe, die mit dem Curwesen in keinem Zusammenhange stehen; bedeutend ist dieser Nahrungszweig nicht, und es sind keine Anzeichen dafür vorhanden, dass er je bedeutend werden könnte. Sodann wurden die gewöhnlichen Handwerke und bürgerlichen Gewerbe und Handelsgeschäfte, die mehr oder weniger in allen kleineren Städten sich vorfinden, betrieben; sie gewährten ihren Inhabern meistens nur ein nothdürftiges Auskommen, bis auch sie an Zahl und Schwunghaftigkeit sich mit dem Aufblühen des Curwesens

hoben, mit dessen Verfall sie wieder zurückgehen müssten. Endlich betrieben viele Einwohner Homburgs mehr oder minder die landwirthschaftliche Beschäftigung, und auch diese ist sowohl für die städtische wie für die ganze ländliche Bevölkerung der Umgegend erst durch die Curindustrie, welche einen gesteigerten Verbrauch landwirthschaftlicher Erzeugnisse im Gefolge hat, zu einer bessern Rentabilität gebracht worden. Leute von einigermaßen erheblichem Capitalbesitz gab es in Homburg nur sehr wenige; auch jetzt noch ist die Zahl derselben und die Grösse ihres Vermögens nur mässig, wie überhaupt der Wohlstand der einheimischen Bewohner noch nicht wohlgeborgen, sondern vom Schwung der verschiedenen Gewerbe abhängig ist. Mit den vorerwähnten Erwerbsquellen war Homburg bis zum Jahre 1841 ein Städtchen von nur etwa 3500 Seelen, sehr wenig belebt, durchaus ländlichen Charakters. Jetzt zählt die Stadt zwischen 7 und 8000 Einwohner, und sieht in ihren mit palastartigen Häusern besetzten Strassen von grossstädtischem Ansehen sich die bunte Menge der eleganten Welt wie der betriebsamen Classe bewegen. Denken wir uns das Curwesen heutiger Gestalt, welches allein die Ursache dieser wesentlichen Veränderung der örtlichen Verhältnisse ist, hinweg, so fehlt der stärkeren Hälfte der Bevölkerung ebenso der Boden für ihr Dasein, wie er bis vor 25 Jahren fehlte, und die übrige kleinere Hälfte muss aus ihrem jetzigen Wohlergehen in die beschränkte, zum Theil kümmerliche Existenz von ehemals zurücksinken.

Wir haben bereits angeführt, dass mehrere hundert Familien ganz unmittelbar vermöge Bedienstung ihrer Ernährer vom Sein oder Nichtsein des Curetablissements abhängen; wir haben der zahlreichen Gewerbsleute gedacht, die zunächst aus dem reichlichen Geldumsatz eben dieser Unternehmung ihren Verdienst ziehen; wir haben auf alle jene übrigen Geschäftszweige hingewiesen, die nur durch die zahlreichen fremden Besucher des Platzes belebt und in Thätigkeit gesetzt werden. Wir müssen nun weiter noch als einen speciellen Nahrungszweig von grosser Erheblichkeit das Geschäft des Vermiethens möblirter Wohnungen an Fremde mit Inbegriff des Gasthofswesens hervorheben. Diese besondere Industrie ist lediglich auf die unverringerte Fortdauer des Fremdenzuzuges basirt; ihr dienen fast ausschliesslich alle die seit 25 Jahren entstandenen Häuser, welche die schönsten Strassen der Stadt bilden; sie lässt auch, im Gegensatz zu den übrigen Nahrungszweigen, am Ersten eine annähernde Berechnung des durch sie vertretenen Vermögenswerthes zu.

Im Ganzen wurden von den 670 Häusern, welche jetzt die Stadt Homburg umfasst, seit dem Jahre 1841 nicht weniger als 204 neuerbaut und von den damals schon bestandenen 23 durch Aufbau von Stockwerken vergrössert. An Zahl der Häuser bilden daher diese Neubauten beiläufig den dritten Theil der Stadt; an Grösse und Räumlichkeit jedoch stellen sie, gegenüber den meistens kleinen älteren Häusern, die grössere Hälfte der Stadt dar, wie sie auch an Schönheit als der überwiegende Theil erscheinen. Fast alle diese Neubauten ziehen ihre Rentabilität allein aus dem Gewerbe des Logirens von Fremden; mitunter enthalten sie auch die Localitäten für die wesentlich auf den Bedarf der Fremden berechneten Handelsgeschäfte und anderen Gewerbe, welche ebenfalls vorzugsweise in dem neuen Stadttheil etablirt sind.

Bis hierher haben wir den Einfluss behandelt, welchen der Fortbestand, der fortdauernd blühende Betrieb des Kurhaus-Etablissements, auf die volkswirtschaftlichen Zustände der Stadt Homburg ausübt; wir haben auch nicht unangedeutet gelassen, dass sich dieser Einfluss auf die nähere und weitere Umgebung dieser Kurstadt erstreckt, indem er den Absatz und Preis von Producten bedingt, vielen Menschen Gelegenheit gibt, daselbst Arbeit und Verdienst zu finden, manche nicht in Homburg zu befriedigenden Bedürfnisse auf benachbarte Plätze zur Erfüllung verweist, auswärtige Capitalien in Homburg rentbar macht. Wir würden diese Ausführung noch durch manche Einzelheiten vervollständigen können, glauben aber bereits einen genügenden Ueberblick über den gesammten Zustand verschafft zu haben. Daher wenden wir uns jetzt noch zu einer anderen Seite der Sache, zu einem Gegenstande, welcher dem eigentlichsten Bereich der Fürsorge des Vorstandes der Stadt angehört, zu dem Einfluss des Kurwesens auf die Finanzen der Stadtgemeinde Homburg wie auch auf verschiedene in der Stadt und für dieselbe bestehenden öffentlichen Anstalten.

Wir müssen zunächst die Bemerkung einschalten, dass die Stadtgemeinde Homburg durchaus nicht reich ist. Die dermaligen Schulden der Stadt betragen 131,800 Gulden. Die dringend nöthige Erbauung zweier neuen Schulhäuser für die Real- und für die Bürgerschule wird aber einen Kostenaufwand von 200 bis 250,000 Gulden und die Ausführung der ebenfalls nothwendigen Canalisirung der Stadt, wozu Plan und Kostenvoranschlag bereits vorliegt, einen solchen von mehr als 92,000 Gulden erheischen. Darf nun auch von der Administration der Kurhaus-Unternehmung, da auch ihr eine

die Reinlichkeit, Salubrität und Annehmlichkeit des Platzes fördernde Anlage von Interesse sein muss, ein namhafter Beitrag zu den Kosten der Canalisirung erwartet werden, so kann doch für die Hauptsumme dieser neuen Aufwendungen eine Anlehensaufnahme nicht vermieden werden, wodurch sich die Schuldenlast der Stadt um ein Erhebliches steigern wird. Es liegt daher offen vor Augen, dass eine unvorbereitete Unterbrechung der jetzigen Verhältnisse des Kurhaus-Etablissements mit dem gänzlichen Ruin auch der städtischen Finanzen gleichbedeutend wäre. Nur unter der Voraussetzung, dass eben diese Verhältnisse zunächst ungehindert fortbestehen und dass ihr Uebergang in eine spätere veränderte Lage umsichtig vermittelt wird, ist es möglich, unsere städtischen Finanzen aufrecht zu erhalten. Unter dieser Voraussetzung können und werden sie sogar zufolge der eingetretenen politischen Veränderung sich in einer Weise bessern, dass dadurch ihre Emanzipation von dem Einfluss der Kurverhältnisse für die spätere Zeit wesentlich erleichtert sein dürfte. Wir erinnern hier nur daran, dass durch die Einführung einer Einkommensteuer, wie sie in den älteren Landestheilen Preussens besteht, der Stadtkasse ein erhebliches neues Einkommen erwachsen muss, indem sie bisher von den auf Gehaltsbezüge im Wesentlichen angewiesenen Bewohnern der Stadt, wie namentlich die Beamten und desgleichen die zahlreichen Angestellten des Kurhausunternehmens, nur sehr unbedeutende Steuerbeträge zu beziehen hatte.

Aufgabe der städtischen Behörde muss und wird es sein, die Finanzen der Stadt in Zeiten so zu regeln, dass dieselben durch das spätere Aufhören der Einnahmezuflüsse von dem Kurhausetablissement nicht erschüttert werden. Dieser Aufgabe wird dieselbe aber erst dann genügen können, wenn eine Entscheidung über die Zeit der Fortdauer dieses Etablissements getroffen sein wird.

Bereits gedachten wir, neben dem Interesse der Stadtgemeinde, auch desjenigen der zahlreichen in der Stadt bestehenden milden Stiftungen und wohlthätigen Anstalten und Vereine an der Erhaltung des Flors der Kurindustrie. Dem Krankenhause, dem Waisenhause, dem Armen- und Versorgungshause, der Kleinkinderbewahranstalt, dem Frauenvereine und andern ähnlichen Institutionen fliessen theils an gelegentlichen Gaben einzelner Fremden, theils an Ertrag veranstalteter Verloosungen, theils durch besondere gelegentliche Unterstützungen und andere Zuwendungen von Seiten der Kurhausunternehmung reichliche Mittel zu, deren Abgang

diese Vereine und Anstalten in der Erfüllung ihrer wohlthätigen Aufgaben überaus beschränken und lähmen müsste. Ohne auf eine speciellere Nachweisung der einschlägigen Beziehungen hier eintreten zu wollen, mag nur beispielsweise hervorgehoben werden, wie das Krankenhaus überhaupt seine Gründung den zu diesem Zwecke von einer fremden Dame, Frau Gräfin Kisseleff und anderen distinguirten Fremden gegebenen Geschenken verdankt, wie zur Begründung eines Capitalfonds für dasselbe von den ursprünglichen Gründern des Kurhaus-Etablissements Gebrüdern Blank, eine Summe von 4000 Gulden geschenkt wurde, wie die zu Gunsten nur dieser Anstalt von den Behörden zugelassene Collecte bei den Kurfremden den ansehnlichen Beitrag von durchschnittlich 11 bis 1200 Gulden im Jahr zu den Einkünften derselben liefert, wie endlich auch andere Einnahmen derselben, insbesondere die von und für die aufnahmeberechtigten Dienstboten und Handwerksge-sellen zu entrichtenden ständigen Beiträge, von dem schwung-haften Stande der Verkehrsverhältnisse der Stadt getragen werden. Die Schöpfung wie die Erhaltung dieser Anstalt ist das Werk des blühenden Kurwesens Homburgs, und wie diese, so erscheinen mehr oder minder auch die übrigen wohlthätigen Institutionen der Stadt von dem Kurwesen be-einflusst. Als ein weiteres Beispiel dieses Einflusses be-zeichnen wir die jüngst erbaute englische Kirche, zu deren Errichtung nur durch den sehr zahlreichen Besuch Homburgs durch englische Gäste Anlass gegeben war und welche, neben der Förderung durch die Landesherrschaft, durch Beisteuern sowohl der Engländer, wie der interessirten Bewohner von Homburg und nicht minder durch namhafte Beiträge der hierin von dem Kurhausetablissement unterstützten Stadtgemeinde ermöglicht wurde. Auf die zum Bau zweier neuen Kirchen, einer protestantischen und einer katholischen, gewidmeten ständigen Jahresbeiträge des Curhausunternehmens, bei dessen Kasse für diesen Zweck bereits über 8000 Gulden verfügbar stehen, haben wir schon bei Aufzählung der regelmässigen Ausgaben desselben aufmerksam gemacht und wollen hier weiter in Erinnerung bringen, dass der katholische Kirchen-baufond ein Vermächtniss eines Kölner Herrn von 11,000 fl. lediglich dem Umstande verdankt, dass dieser als Kurgast Homburg besuchte. Wir würden kaum enden, wollten wir alle die Vortheile aufzählen, welche für die öffentlichen An-stalten der Stadt in der mannigfachsten Richtung direct wie indirect aus dem Flor des Curwesens, der von der Erhalt-ung des Curhausetablissements unzertrennlich ist, sich ergeben.

Indem wir uns bemühten, den engen Zusammenhang des Fortbestandes des Homburger Curhausunternehmens mit Inbegriff der demselben zuständigen Spielbank mit der Erhaltung des Wohlstandes der Stadt und vieler selbst ausserhalb ihres Bereichs bestehenden Existenzen nachzuweisen und daneben im Gegensatz die zerstörende Wirkung einer ohne sorgsamem Uebergang etwe eintretenden Aenderung anschaulich zu machen, sind wir uns bewusst, in keiner Hinsicht übertrieben zu haben. Es ist vollkommen war, — und jeder Unbefangene wird sich nach unserer Darstellung davon überzeugt halten; — dass eine kurz anberaumte Schliessung der Spielbank, wäre sie rechtlich zulässig, eine wahre Verödung Homburgs, die plötzliche Subsistenzlosigkeit Tausender von Menschen und Familien, Vermögensverluste von Millionen Gulden, kurz, eine namenlose Calamität zur unmittelbaren Folge hätte. **Bedenke man, dass diese Calamität, wie für Homburg, so in gleicher Weise für Wiesbaden und Ems (der ausserpreussischen Spielbankplätze ganz zu geschweigen) einzutreten hätte, und man wird vorurtheilsfrei unserer Behauptung beistimmen müssen, dass, selbst abgesehen von rechtlichen Hindernissen, Preussens Regierung durch die thatsächliche Lage der Verhältnisse in jenen gesegneten neuen Bestandtheilen ihres Gebietes unbedingt abgehalten sei, Massregeln zu ergreifen, wie heftige Gegner der Spielbanken sie lebhaft anempfehlen.**

Fragen wir indess doch auch: mit welchem Rechte man denn verlange, dass je baldere; desto besser, den Spielbanken ein Ende gemacht werden müsse? Zur Antwort hören wir die Gemeenschädlichkeit dieser Spielanstalten, die Immoralität des Hazardspieles überhaupt bezeichnen. Wir müssten zu vieles, schon bei anderen Veranlassungen Erörterte wiederholen, wenn wir dem Vorwurf der Gemeenschädlichkeit ausführlicher entgegentreten wollten, wenn wir die vielfachen Unwahrheiten und Uebertreibungen widerlegen und auf ihr richtiges Mass zurückführen wollten, welche zur Beglaubigung der behaupteten Gemeenschädlichkeit nur zu häufig verbreitet werden. Man gestatte uns, anstatt solcher eingehenden Untersuchungen das schon früher anterweitig gewonnene unbefangene Urtheil anzuführen, dass die Spielbanken in Hinsicht ihrer Gemeenschädlichkeit nur wenig verschieden seien von den anderen Hazardspielgattungen des Lotto's und der Klassenlotterie, dass man daher, so lange diese letzteren Hazardspiele gehegt werden, keinen erheblichen Grund habe, jene Sielanstalten zu beanstanden. Während

wir bereitwillig anerkennen, dass Hazardspiele, gleichviel welcher Gattung, wohl mehr als manche andere menschliche Einrichtung ihre schädliche Seite haben, dass in manchen Fällen ein unverschuldetes Verderben durch sie verursacht wird, müssen wir zugleich die Frage erheben, wie man es rechtfertigen wolle, dass durch die plötzliche Aufhebung einer besonderen Art dieser Spiele ein unendlich grösseres, weit verbreiteteres Verderben veranlasst werde? — Wie wollte man es entschuldigen, dass, wie man fanatisch verlangt, Verträge gebrochen, dass zahlreiche Bevölkerungen, die in gutem Glauben an Vertragstreue ihre Existenz hierauf gebaut haben, beraubt würden?

Hier begegnen wir — eine merkwürdige psychologische Erscheinung! — bei vielen sonst nüchternen, klardenkenden, wohlmeinenden Männern einer schwer begreiflichen Verblendung, indem wir sie rücksichtslos jede Würdigung rechtlicher und factischer Momente mit der Erwiderung bei Seite setzen hören; das Hazardspiel sei immoralisch, die über die öffentliche Gestattung desselben abgeschlossenen Verträge seien deshalb null und nichtig, alle auf eine immoralische Einrichtung gebauten Unternehmungen und Anlagen seien unrechtmässig! — Die nämlichen Eiferer sind in der Regel weit entfernt, ihre Immoralitäts-Theorie, die sie nur gegen die Spielbanken geltend zu machen pflegen, auf andere Gattungen des Hazardspiels anwenden zu wollen. Müssen sie auch diese Anwendung als folgerichtig zugeben, so haben sie doch gewöhnlich die haltlosesten Ausflüchte zur Hand, falls sie es überhaupt der Mühe werth finden, sich höher, als bis zu einem kühlen Achselzucken, zu erheben. — Hören wir aber: es kann kaum eine leerere, unwahrere Theorie erdacht werden, als jene von der Immoralität der Hazardspiele und der damit verknüpften Rechtsverhältnisse! Sehen wir dieser Theorie einmal näher auf den Grund! —

Zur Genüge dürften wir gezeigt haben, wie unbegründet der Vorwurf der Immoralität ist, auf Grund dessen man rücksichtslos ohne Weiteres die Schliessung der Spielbanken fordern, sogar die Rechtsverbindlichkeit der über ihre Gestattung abgeschlossenen Verträge wegläugnen zu können meint. Auch auf den Vorwurf der Gemeinschädlichkeit haben wir bereits das Nöthige entgegnet. Wenn wir nichtsdestoweniger kaum erwarten können, dass die Heftigkeit des Verlangens nach Aufhebung der Spielbanken sich mässigen werde, so dürfte dieser Umstand ein eigenthümliches Licht auf den Charakter der Agitation gegen die Spielbanken werfen. Nicht

sachliche, sondern psychologische Motive, vielfach nicht von der lautersten Art, sind es, welche die Mehrzahl der Agitatoren zum Auftreten veranlassen; nicht getreue Schilderung wirklicher Zustände und wahrer Thatsachen, sondern grobe Unwahrheiten und gehässige Entstellungen pflegen als Kampfmittel ins Feld geführt zu werden. Wir würden uns getrauen, in speciellem Bezug auf die Spielbank zu Homburg den Ursprung und Hauptsitz dieser Agitation, namentlich durch die Presse, die Zeit ihrer Entstehung, sowie ihre wahren Ursachen und die Unlauterkeit ihrer Vorwände nachzuweisen. Diess zwar ist an gegenwärtiger Stelle nicht unsere Aufgabe; wohl aber glauben wir hoffen zu dürfen, dass unter Preussens mächtigem Scepter der Scandal einer systematischen, ohne speciellen Grund doch gerade speciell nur gegen unseren Kurort gerichteten Verunglimpfung ein Ende finden werde. Der früheren Regierung eines der kleinsten Staaten glaubte man aus dem nothgedrungenen Schutz, den sie der Spielbank gewährte, einen Vorwurf machen zu können; man suchte die Gründe dafür in Mangel an Verständniss für das Gemeinwohl, in Schwäche gegen ein anscheinend übermächtiges Institut, in finanziellen Bedürfnissen des Staats; je schwächer begründet man den dem Institut gewährten Schutz glaubte, desto eher meinte man denselben besiegen zu können, wenn man immer neue, immer heftigere Schmähungen auf dieses Institut häufte. Die Motive, welche in Wirklichkeit das Verhalten der früheren Regierung bestimmten, werden auch die Preussische Regierung bestimmen müssen. Wenn aber die letztere nicht umhin kann, aus Gründen des Rechts und der obrigkeitlichen Fürsorge für ihre Unterthanen Spielbanken bestehen zu lassen, so wird ihr Niemand jene Vorwürfe machen, und der specielle Sturm gegen die Verhältnisse eines Kurorts, den früher nur der schwache Arm einer kleinen Regierung zu schirmen hatte, wird ablassen.

Wie unbegründet aber der Kampf gegen eine Institution immerhin sein, wie wenig gerechtfertigt das Urtheil der künstlich erzeugten öffentlichen Meinung über dieselben erscheinen mögen, dennoch ist vorauszusehen, dass der Kampf nur mit dem Aufhören dieser Einrichtung endigen werde. Immer gibt es Ideen, die ihre Zeit beherrschen, die alle ihrer Geltendmachung entgegenstehenden Schranken allmählig niederwerfen. Des Streites müde, schlichtet man denselben gerne durch Entfernung des Streitgegenstandes, umsomehr als man früher selbst diese Entfernung gewünscht und betrieben. Auch wir haben keineswegs unsere Augen den

Schattenseiten des Spielbankwesens verschlossen; auch wir würden ohne Klage die Homburger Spielbank, wenn es sich nur abstract um sie selbst handelte, verschwinden sehen, sogar unserer Emancipation von ihrem allgewaltigen Einflusse uns freuen; nur gegen unberechtigte Angriffe auf dieselbe erheben wir Abwehr, — nur um unserer damit eng verknüpften Interessen willen, — und nur so lange, bis diese Interessen anderweitig sicher gestellt sein werden.

Nicht die Spielbank an und für sich, wenigstens nicht in der jetzigen Weise ihres öffentlichen Betriebes, sondern hauptsächlich den ganzen übrigen Bestand des von uns geschilderten grossartigen Kurhaus-Etablissements wünschen wir erhalten, und die in der Spielbank beruhende Geldquelle für die Erhaltung dieses Etablissements wünschen wir auf andere Weise, nämlich durch einen ausreichenden Kapital-Fonds, ersetzt zu sehen.

Schon oben äusserten wir die Ansicht, dass freilich gerade die Elite der Gesellschaft zum Theil ganz eigentlich durch die dargebotene Gelegenheit des Glücksspiels angezogen werde. Gerade dieser Classe eine solche Gelegenheit an Kurorten nicht zugestehen zu wollen, dazu scheint auch am Wenigsten ein triftiger Beweggrund obzuwalten. Indessen wollen wir hieran keine weiteren Betrachtungen knüpfen und beschränken uns hier lediglich auf die Idee der Ansammlung eines entsprechenden Kapital-Fonds für Unterhaltung des Etablissements.

Unter den Ausgaben der Kurhaus-Unternehmung führten wir einen Posten von 20,000 Gulden auf, als den jährlichen Beitrag zur Ansammlung eines Fonds für dereinstige Sustainmentation des Kurwesens nach Aufhebung der Spielbank, welcher Fonds zur Zeit erst in einer Höhe von etwas über 80,000 Gulden besteht. Bereits vor 4 Jahren hatte die Hessen-Homburgische Regierung die Eventualität der Beseitigung der Spielbank, freilich erst mit dem Ende der Concessionszeit, im Jahre 1896, ins Auge gefasst und vorsorglich die Creirung jenes Fonds veranlasst. Neuerlich richtete sich der Wunsch der städtischen Behörde darauf, ausser diesen 20,000 auch diejenigen 70,000 Gulden, welche das Etablissement bisher als Pacht und Concessionsgeld an den Staat entrichtete, dem Sustainmentationsfonds zugewiesen zu sehen, welcher dadurch einen erklecklichen Zuwachs erfahren würde. Mit dem Zuschlag der Zinsen und Zinseszinsen könnte so schon der Fonds im Lauf der Jahre eine ansehnliche Höhe erreichen. Wir sagen: im Lauf der Jahre; denn kurz, nur eine

Spanne Zeit von wenigen Jahren, kann die Periode nicht bemessen werden, deren wir bedürfen, um genügende Vorkehr für den Uebergang in eine neue Epoche zu treffen; kurz wird diese Periode auch darum nicht sein können, weil in ihr zugleich auch das Interesse der Actionäre des Etablissements seine Erledigung zu suchen hat; kurz braucht die Frist auch aus dem Grunde nicht zu sein, weil der Preussische Staat es vierzig Jahre lang mit dem öffentlichen Wohle verträglich gefunden hat, zu Aachen eine gleichfalls aus der Periode einer anderen Regierung herrührende Spielbank fortbestehen zu lassen. Eine kurze Frist von wenigen Jahren für den einstweiligen Fortbestand der Spielbanken scheint uns ganz zwecklos; man würde nach einigen Jahren bei Schliessung dieser Anstalten ebenso rathlos einer Calamität gegenüber stehen, wie heute.

Aber, wie lange auch die Frist des Fortbestandes bemessen werden möchte, immer erscheinen die Summen, welche man bei der gedeihlichsten Verwaltung ansammeln und aufsparen könnte, noch ungenügend. Wir bedürfen zur Bestreitung jährlicher Ausgaben, die nach Hunderttausenden zählen, reichlicher Millionen! Bauen wir daher auf die Weisheit und auf das Wohlwollen der Königlichen Regierung, damit dieselbe bei der zu erwartenden festen Ordnung der Verhältnisse der Spielbanken die Zuflüsse zu dem Fonds der einmaligen Unterhaltung unseres Kurwesens möglichst steigere! Uns scheint wenigstens die Möglichkeit hierzu allerdings offen zu stehen, wenn wir auch näherer Untersuchungen in dieser Richtung uns enthalten zu müssen glauben.

Bereits haben wir, gegenüber dem ungestümen Verlangen rücksichtsloser Idealisten, unsere Ueberzeugung ausgesprochen, dass die Königliche Regierung zuverlässig die Verträge wegen Concessionirung der Spielbanken nicht als ungiltig und unverbindlich behandeln, ihren Folgen sich nicht entziehen werde, wohl aber bewogen sein könne, die Concessionsdauer auf rechtsförmlichem Wege abzukürzen. Einen Act der Gesetzgebung haben wir — abgesehen von anderen Bedenken — hierbei schon aus dem Grunde nicht vorzugsweise im Auge, weil die Entschädigungen, welche derselbe ausdrücklich zusprechen oder als selbstverständliche rechtliche Folge offen lassen könnte, wohl für die unmittelbar Berührten genugsam ausgiebig, nicht aber auf den weiten Kreis der nur unmittelbar, aber vielleicht am Schwersten und am Unverdientesten Betroffenen ausgedehnt sein würden. Wir meinen daher ganz besonders den Weg der Verhandlung und Uebereinkunft mit

den Spielbank-Unternehmungen. Es fällt weder in unseren Beruf, Vorschläge in Bezug auf solche Uebereinkünfte zu machen, da diese dem inneren Verhältnisse zwischen Regierung und Unternehmung angehören, noch sind wir dazu hinreichend im Stande. Bei nur unvollkommener Kenntniss der einschlägigen Verhältnisse in den mit uns zu Preussen gehörigen benachbarten Kurorten Wiesbaden und Ems und bei dem Abgang genügender Materialien in Bezug auf die ausserpreussischen Spielbanken in Deutschland, für welche sämmtlich wir ein gleichzeitiges Aufhören voraussetzen, sind wir des Gegenstandes, den wir zu beurtheilen hätten, nicht mächtig.

Was aber in specieller Beziehung auf Homburg die Zielpunkte sind, auf welche nach unserer unvorgreiflichen Ansicht eine Vereinbarung der Königlichen Regierung mit der Anonymen Gesellschaft der vereinigten Pachtungen des Curhauses und der Mineralquellen zu Homburg abzwecken müsste, so lassen dieselben sich in drei Sätze zusammenfassen.

1) Es wäre vorzukehren, dass das Curhaus-Etablissement zu Homburg nicht von jetzt ab noch grössere Dimensionen annehme, wodurch die Abhängigkeit des Platzes von demselben nur mehr gesteigert, seine spätere Aufhebung und Ersetzung aber allzusehr erschwert werden würde.

2) Die bis jetzt für eine Mehrzahl der Actien des Unternehmers eingeführte Amortisirung wäre, soweit dies die Schwankungen der jährlichen Einnahmen gestatten, auf einem festeren Fusse umfassend zu regeln.

3) Dem Cur-Sustentationsfonds wäre durch möglichste Zuwendung verstärkter fortlaufender Einnahmen und der einst anfallender Geldbestände und Vermögensstücke eine der Grösse seiner bestimmungsgemässen Leistungen entsprechende Höhe zu sichern.

Möge diese summarische Andeutung für würdig gehalten werden, Beachtung zu finden! Möge die Sorgfalt der Königlichen Regierung sich darauf richten, in dieser oder ähnlicher Weise für die Ueberleitung unseres Curortes aus seiner jetzigen Lage in veränderte Verhältnisse thätig zu werden; die Königliche Regierung wird dann uns die Pflicht tiefsten Dankes auferlegen, indem sie den Segen unverringerten Gedeihens unserem Curorte bewahrt, der würdig ist, eine Perle zu heissen in Preussens Krone.

— ❖ ❖ ❖ —

Schlusswort.

Nachdem wir in den vorgehenden Capiteln aus den betreffenden Städten die Bevölkerungen und die Gemeindevertretungen gegen die sofortige Aufhebung der Spielbanken am Throne petitioniren sahen und durch unwiderlegliche statistische Daten nachgewiesen zu haben glauben, wie der gänzliche materielle Ruin vieler jetzt blühender Städte herbeigeführt werden würde, wenn die königl. preussische Regierung dem Drängen einer aus verschiedenartigen Motiven gegen die Spielbanken wüthenden Fraktion nachgeben wollte, glaubt der Verfasser der Schrift seine Aufgabe zum grössten Theil erfüllt zu haben und fügt derselben im Nachstehenden nur noch einige eigene Bemerkungen dem Gesagten hinzu indem er die vorzüglichsten Einwendungen gegen das Spiel und dessen Fortdauer zu widerlegen bestrebt sein wird.

Man verlangt von dem modernen Staate, dass er überhaupt kein öffentliches Spiel am wenigsten ein Hazardspiel dulde, bei welchem der blinde Zufall die Hauptrolle spiele und die Einen sich auf Kosten der Anderen bereichern. Der Staat dürfe dieses Waltenlassen des Zufalls nicht unterstützen, er müsse es vielmehr mit allen Kräften verhindern und unterdrücken. Jene, welche Solches verlangen, müssten um consequent zu sein auch die Abschaffung der Börsen von den Staaten verlangen, wo doch ebenfalls stets ein Theil sich auf Kosten des Anderen bereichert und der Zufall ein mächtigerer Faktor ist als die klügste Combination. Welchem Vernünftigen wird es aber im Ernste beikommen eine solche Forderung an den Staat zu stellen?

So lange die Klassen- und Zahlenlotterien in deutschen Staaten fortbestehen, ist der Ruf nach Aufhebung der Spielbanken ein völlig unberechtigter und einseitiger. Heute bestehen noch in vielen Ländern derartige Klassen- und Zahlen-

lotterien. Bayern hob vor einigen Jahren das Lotto auf, aber wenige Staaten folgten seinem Beispiel. In Oestreich machte man einen Anlauf, kam aber bald davon zurück, da der ohnehin bankrotte Staat keine, auch nicht die geringste Einnahmequelle sich entziehen darf. Preussen schickt sich zwar jetzt an, die Frankfurter-Stadt-Lotterie und die Hannoverische-Lotterie aufzuheben, doch glauben wir noch nicht recht an den Ernst dieser Massregel. Die Opposition ist in den betroffenen Landestheilen zu heftig, zu viele Interessen sind gefährdet und da wird man wohl ein Auge zudrücken und um die Stimmung zu bessern Alles beim Alten bleiben lassen.

Am wenigsten denkt man wohl in Berlin an die Aufhebung der k. preussischen Staats-Lotterie. So lange jedoch in officiellen und officiösen Blättern tagtäglich in Inseraten zum Spiele in der k. preussischen Staats-Lotterie eingeladen wird, würde man besser thun, von moralischen Nachtheilen, welche angeblich die Spielbanken hervorbringen sollen, zu schweigen. Der Einfluss der Klassen- und Zahlen-Lotterien äussert sich jedenfalls in verderblicherer Weise als jener der Spielbanken, da er noch weit weniger auf das eigene Land beschränkt bleibt. Wir finden diesen Einfluss in einem höchst bedauerlichen Masse, und nennen ihn einen weit verderblicheren aus mehrfachen Gründen. Während das Hazardspiel in Bädern, so weit die polizeilichen Beschränkungen wirksam sind, mehr nur die höhern Klassen der Gesellschaft anzieht, deren Angehörige im Durchschnitte weniger einer Bevormundung bedürftig sind, und eine Neigung zu Hazardspielen auch ohne eine öffentliche Anstalt befriedigen können, ziehen die Klassenlotterien die mittleren Volksklassen, die Zahlenlotterien die unteren Volksklassen an, und geben ihnen zum Spiele eine Gelegenheit, die sie in gleich reizender Form ohne das Dasein einer öffentlichen Unternehmung nicht finden. Klassen- und Zahlenlotterien sind auch verderblicher, weil sie durch hohe Gewinnste im Verhältnisse zum Einsatze die Begehrlichkeit mehr reizen; sie sind verderblicher und gefahrvoller, auch weil dem Unternehmer diese durch die hohen Gewinnste gesteigerte Spielsucht gestattet, die Spielbedingungen auf eine Weise zu bestimmen, welche ihm weit grössere Vortheile, als dem Bankhalter in den gewöhnlichen Hazardspielen gewährt, den Spielenden daher verhältnissmässig grössere Verluste bereitet. Während in den zugelassenen Spielarten dem Bankhalter nach den Regeln der Wahrscheinlichkeit, je nach

Verschiedenheit des Spieles, nur 1,10, 2,63 und höchstens (bei Besetzung der Nummern des Roulettes) 5,26 Procent der Einsätze zufallen, beträgt bei den Klassenlotterien der Gewinn des Unternehmers nebst Kosten, oder der Verlust der Gesammtheit der Einsetzer 10 bis 12 Procent und bei den Zahlenlotterien 33 bis 39 Procent.

Nach allen Seiten hin versenden Frankfurter Collecteurs die Loose der dortigen Klassenlotterie ohne alle Gefahr, da die Empfänger erst durch Einzahlung der Einsätze das Originalloos erwerben. Die Höhe der Einsätze ist ebenfalls keine Erschwerung der Theilnahme an dieser Klassenlotterie, da die Minderbemittelten sich Theilnehmer für einzelne Loose unter ihren Bekannten aufsuchen, und in dieser Weise gefahrlos die gefährlichste Art des Collectirens übernehmen.

Gar manche Fälle der ökonomischen Zerrüttung sind bekannt geworden, welche durch eine unmässige Theilnahme an dem Frankfurter Spiele sich bereitet, und nicht selten gibt ein Bündel vorgefundener Loose bei Inventuren den Aufschluss über die Ursache eines unerwartet geringen Vermögenstandes. Auch fehlt es nicht an Beispielen, dass selbst bedeutende Gewinnste die mittelbare Ursache des ökonomischen Verderbens der Gewinner wurden, indem sie der leichte Erwerb zu verschwenderischer Lebensweise oder zu unbesonnenen Unternehmungen führte, und immer ist ein grosser Gewinn, der einem einheimischen Theilnehmer zufällt und wovon sich die Kunde verbreitet, wegen ihres Einflusses auf die Spiellust, für längere Zeit als eine Calamität zu betrachten. Insbesondere wenden sich diesem Spiele gerne Solche zu, deren Geschäfte zurückgehen, und die sodann, statt in vermehrten Anstrengungen, in Glückszufällen Rettung suchen, aber dadurch ihre ökonomische Zerrüttung nur schneller vollenden. Gar Manche, die schon aus Besorgniss, ihrem Credit zu schaden, sich scheuen würden, an einer öffentlichen Spielbank zu erscheinen, verlockt die Gelegenheit, die ihnen jene Klassenlotterie zu einem selbst vor ihren nächsten Freunden leicht zu verbergenden Spiele gibt.

Wohl noch beklagenswerther ist die Gelegenheit, welche die untern Volksklassen in der Zahlenlotterie zur Theilnahme an diesem gefährlichen Spiele finden. Dass diese Theilnahme eine sehr lebhafte und weit verbreitete sei, ist notorisch. Die Leichtigkeit des schriftlichen und persönlichen Verkehrs mit den Collecteurs macht sie möglich, ohnerachtet des steten wachsamten Kampfes der Polizei gegen alles Collectiren. Land-

leute, Dienstboten, Handwerksgesellen, Fabrikarbeiter, Tagelöhner u. s. w. wissen im Lande Vermittler zu finden, deren Dienste sie nicht mit Verrath, sondern vielmehr, zumal wenn einmal ein kleiner Gewinn ihnen zufällt, durch Aufreizung Anderer zur Benützung der gleichen stillen Vermittelung lohnen. Sie leisten im Geheimen, was öffentliche Anschläge nicht sicherer bewirken könnten. Andere, welchen die Mittel zu höheren Einsätzen nicht fehlen, stehen in unmittelbarem Verkehr mit auswärtigen Collecteurs, und zur Zeit der Ziehungen schwellt die Briefpostpaquete regelmässig eine zahllose Menge von Briefen an, welche dieser Verkehr der Post überliefert, und deren stets gleiche, bekannte Form ihre Herkunft erkennen lässt. Welches Unheil dieses Spiel unter der arbeitenden Volksklasse zu verbreiten geeignet sei, wie es durch stete Aufregung der Phantasie zur Vorspiegelung möglicher Glücksfälle den Thätigkeitstrieb erschlaft, dadurch, wie durch die Verluste, die es den Spielern bringt, eine der beklagenswerthesten Ursachen der Verarmung wird, und wie es gar leicht insbesondere häusliche Dienstboten zu den kleinen Untreuerungen und Unredlichkeiten antreibt, die immer weiter und zuletzt zu gänzlichem sittlichen Verderben führen, bedarf keiner weitem Ausführung; dies läugnet man selbst da nicht, wo es besteht. Durfte doch ein Franzose, in einer Preisschrift über den Einfluss der Sitten auf die Gesetze und der Gesetze auf die Sitten, das Lotto, als es in Frankreich noch bestand, ein „grausames tückisches Spiel“ nennen, „das nur eine Schlinge für die Unwissenheit, Dummheit und Begierlichkeit“ sei, ohne dadurch den Preis von 10,000 Franken zu verscherzen. Seine Wechselwirkung mit der Sittlichkeit der untern Volksklassen zeigte aber dort die merkwürdige Thatsache, dass die Zahl der Hausdiebstähle der unehelichen Kinder und der Findelkinder in den 21 spielsüchtigen Departements eben so gross war, als in den 65 übrigen, die sich enthaltsam bewiesen.

Das aber hat das Lotto mit der Zahlenlotterie gemein, dass es einen wichtigen Antrieb zur Mässigung im Spiele oder zur Enthaltksamkeit ausschliesst, indem die Theilnahme an diesen öffentlichen Spielen das Geheimniss der Post oder des stillen Verkehrs mit einem im eigenen Interesse schweisamen Collecteur deckt, während Unmässigkeit des Spieles, selbst in geschlossenen Privatzirkeln leicht ruchbar wird, und hier also ein natürliches Schamgefühl die Spiellust leichter mässigt oder nur vor Uebertretungen bewahrt.

Ist die Aufhebung der öffentlichen Spielbanken in den deutschen Bädern eine nothwendige Bedingung einer kräftigern Reaction auf die Sitten der höhern Klassen, ist von der darin liegenden unbedingten Anerkennung der Verwerflichkeit der Hazardspiele, eine auch der Wirksamkeit des längst bestehenden allgemeinen Verbots aller Hazardspiele förderliche moralische Wirkung zu erwarten, so ist die Aufhebung der Zahlen- und Klassenlotterien noch ein weit dringenderes Bedürfniss, weil diese Spiele vorzugsweise die mittlern und untern Klassen anziehen, weil sie durch die trügerische Aussicht auf hohe Gewinnste die Spiellust am heftigsten anregen, weil sie dem Spielenden verhältnissmässig die grössten Verluste bereiten weil bei ihnen eine wichtige moralische Triebfeder zur Mässigung und Enthaltbarkeit, welche bei andern Spielgattungen — mehr oder weniger wirksam sind, gänzlich unwirksam bleibt, und weil endlich die Aufhebung der dafür bestehenden öffentlichen Anstalten diese gefährlichen Spielarten, wie gesagt, nicht bloß einschränkt, sondern, da sie durch eine öffentliche Einrichtung bedingt erscheinen, gänzlich beseitigt.

So lange also die königl. preussische Staatslotterie fortbesteht und in amtlichen Blättern Gewinnlustige anlocken darf, ist es Heuchelei von der Verderblichkeit des Spieles und dem schädlichen Einflusse der Spielbanken überhaupt zu sprechen. Es erinnert dies an jenen Pastor, der von der Kanzel seiner Gemeinde fast jeden dritten Sonntag gegen das Spiel losdonnerte und wüthete, von dem es sich aber nachher herausstellte, dass er fast jeden Tag in ein benachbartes Spielbad reiste und dort selbst mit Leidenschaft — spielte.

Aber das Spiel ist eine Leidenschaft, die schon so Viele zu Grunde gerichtet hat! — hört man von Anderen wieder einwenden. — Zugegeben; aber welche Leidenschaft hat denn nicht schon Tausende verschlungen! Welche Liebhaberei — kostet nicht Geld und birgt in sich nicht die Gefahr sich zu ruiniren. Eine mässige vernunftgemässe Benützung einer Sache wird nicht leicht Jemanden Schaden bringen, unmässiger Genuss zerstört und richtet zu Grunde. So geht es mit dem Spiele nicht allein. Es gibt kein Ding in der Welt das nicht verborgenes Gift in sich fassen würde. Und meint Ihr durch die Aufhebung der Spielbanken könnt Ihr die Leidenschaft des Spieles ausrotten? Nun und nimmer! Beseitigt alle Spielbanken der Welt, das Spiel wird doch bleiben und Spieler von Profession wird es immer geben.

Sind auch die Spielbanken — diese Steine des Anstosses beseitigt — so werden das Börsen- und Promessenspiel, der Staatsactienschwindel und die gefährlichste Sorte des Spiels, das geheime Spiel, die Winkelbanken fort dauern und ihre Opfer fordern.

Fragt einmal nach und lasst Euch statistisch nachweisen, ob die Spielbanken oder die Börsen jährlich mehr Opfer verschlingen, mehr Existenzen zerrütten, mehr Selbstmorde hervorrufen. Wenn in Homburg oder Wiesbaden sich einmal ein lebensmüder Engländer oder Russe, der schon in tief zerrütteten, unrettbaren Verhältnissen mit dem Vorsatze seinem elenden Leben ein Ende zu machen dahin kam und höchstens mit dem Rest seiner Habe noch einmal sein Glück probiren wollte, sich ein Pistol vor dem Kopf schiesst, dann erhebt die Tagespresse ein Geschrei und die Frommen und Moralisten bekreuzen sich und vergiessen Krokodilsthränen über die Schlechtigkeit der Welt und das Elend, das die Spielbanken über die Welt bringen. Die Hunderte von Selbstmorden, die jedoch alljährlich in Folge verunglückter Börsenspekulationen vorkommen, findet man natürlich und selbstverständlich. „Der See muss seine Opfer haben!“ Fällt es Euch desshalb ein, die Börsen schliessen zu wollen? Gewiss nicht! Man beklagt höchstens die armen Teufeln, die sich zu weit eingelassen haben, und schliesst sich ihrem Leichenbegängnisse an, das in Anbetracht, dass die Familie doch noch Geld genug hat, höhere Taxen zu bezahlen, sogar der kirchlichen Einsegnung nach dem ersten Conduct (mit goldverbrämten Bartuch, 50 Kerzen, verhüllten Altären, Posaunenklängen und Requien) nicht entbehrt. Und ist der Promessen- und Creditactien-Schwindel nicht noch viel corrupirender und verderblicher als alle Spielbanken der ganzen Welt? Blickt auf Oesterreich, diesen von Marasmus angefressenen durch die Habsburgische Wirthschaft zu Grunde gerichteten Staat. Dort gab es nie öffentliche Spielbanken, dort ist das Hazardspiel durch die Gesetzgebung strenge verpönt, und doch kommen in diesem Lande die häufigsten Selbstmorde in Folge verunglückten Spieles und zerrütteter Geldverhältnisse vor. In Wien allein bringt jeder Tag deren ein halbes Dutzend, die Journale unterhalten seit Jahren eine stehende Selbstmord Chronik, die Lokalkorrespondenzen malen mit infernalischem frivolem Befriedigung die kleinsten Details dieser Selbstmordskatastrophen aus. Fragt ihr nach den Ursachen dieser Selbstmordmanie, die zur Charakteristik des in Fäulniss gerathenen österreichischen Staatskörpers trefflich passt?

Ich wiederhole Euch, es ist das Spiel, das öffentliche Spiel, das die Tausende von Opfern fordert und Millionen verschlingt. Das öffentliche Spiel, obwohl es keine Spielbanken gibt! Existirte in Wien oder in Oestreich eine Spielbank, so wären die Gegner derselben, welche es mit der Wahrheit nicht immer allzu genau nehmen, sofort bei der Hand gewesen, zu behaupten, die Bruck's, Eynatten's, Richter's, Stubenrauch's, Tuvora's seien Opfer dieser vermaledeiten Spielbanken gewesen. Es war jedoch anders. In Oestreich war der Staat selbst der gewissenlose Bankhalter, der seine Unterthanen zum Hazardspiele aufforderte und Tausende dadurch ins Elend stürzte. Die Habsburger brauchten immer viel Geld und verstanden niemals zu wirthschaften. Schon Maximilian II. bettelte und pumpte von den Fuggers, bis diese nichts mehr herließen; Maria Theresia benützte die ritterlichen Magyaren um Geld zu pumpen und Krieg führen zu können. (Zum Dank für die ungarische Grossmuth liess Haus Habsburg nach einem Säculum die edelsten Söhne des Ungarlandes durch seine Haynaus und andere Henker morden!) Franz I. „der letzte deutsche Kaiser“ machte Bankrott und hinterliess seinen Völkern nichts als „seine Liebe!“*)

Der geistig und körperlich kranke, an der Fallsucht leidende Ferdinand der Erste, oder vielmehr Metternich, der in Folge der kaiserlichen Impotenz unumschränkter Regent des Landes war, machte eine Anleihe nach der andern und pumpte bei dem Grossjuden Rothschild gleich dem gemeinsten leichtsinnigsten Schuldenmacher. Doch alle diese waren noch treffliche Hauswirthe gegen den jüngsten Sprössling der erhabenen Dynastie F J, der Concordatler, das Lieblings- und Erstlingssöhnchen Sophiens brauchte für seine Soldatenspielereien, Jagdpassionen und galanten Liebesabentheuer Geld, sehr viel Geld und kolossales Geld. Mephisto Grünne, der die Gretchens und Marthens ausfindig machen musste, musste ein kostbares Schmuckkästchen nach dem anderen „dem Liebchen zum Zeitvertreib“ verpuffen.

Wäre es angegangen, man hätte, um Göthe's Wort zu gebrauchen, in Oestreich wirklich „Sonne, Mond und Sterne verpufft;“ so aber beschränkte man sich auf die Staatsdomänen, das Salz, die Eisenbahnen etc. Alles, worauf irgend ein Geldjude noch ein Paar Tausend Gulden pumpte, wurde verschachert oder auf Jahrhunderte verpfändet. Das Metternich'sche

*) Wat ik mir davon koofe! lautet ein Berliner Sprichwort.

Après moi le déluge blieb auch unter dessen Nachfolgern die Parole. Nachdem bereits Alles vom Teufel geholt worden war, und die „apostolische Majestät“ noch immer nicht gesättigt neue Gelder brauchte, fand man in dem weiland Elberfelder Commis und späteren Triester Grosskaufmann und Lloyd-Direktor Bruck den rechten Mann Geld um jeden Preis aufzutreiben! Dass Bruck Preusse und Protestant war hatte in diesem Falle trotz Concordat und Rauscher nichts zu sagen. Man adelte ihn und verlieh ihm hohe Orden und Bruck consentirte zu Allem was geschah; er billigte die Votivkirchen-Schwärmerei des armen enthusiastischen „Mexikaner-Max,“ er gab die erforderlichen Gelder dazu her und wohnte knieend (er, der Protestant!) der Benediction des Grundsteins durch den Cardinal Rauscher bei. Bruck, ein genialer aber gewissenloser Mann, wusste stets Geld herbeizuschaffen und dies machte ihn seinem Herrn lieb und werth. Welcher Mittel er sich bediente, wie er die Gelder auftrieb, hierüber machten sich die Grünnes und Lichtensteins keine Sorgen; wenn nur zur rechten Zeit das Geld da war, um die kaiserlichen Gelüste befriedigen zu können. Und es war stets da, das war Bruck's Verdienst in den Augen der geldgierigen Militär-Camarilla. Freilich kam auch eine Zeit, wo es mit diesem von Bruck eingeschlagenen Experimental-Verfahren nicht mehr ging.

Die Schläge, die Franz Joseph bei Solferino erhielt, verdarben die Fortsetzung weiterer Geldexperimente. Bruck's Stern war im Erbleichen, seine Gunst war verscherzt. Man liess ihn fallen und gab ihm statt eines neuen Grosskreuzes — ein Rasiermesser in die Hand, um aus dem Wege zu gehen, wo er lästig war. Der Mohr hatte ja seine Schuldigkeit gethan, nun konnte er gehen. Auch Bruck sollte den „Dank vom Hause Oestreich“ kennen lernen, aber er hatte es um das Volk nicht anders verdient.

Sein massloser Ehrgeiz, seine gewissenlose Art und Weise vorzugehen, um sich in seiner Stellung und der Gunst der Grünne's, Rauscher's, Kempen's und Bach's zu erhalten, hat namenloses Unglück über das Land und Volk gebracht. Er war der eigentliche Hazard-Spieler in Oestreich, der den kolossalsten Geldschwindel nach Wien verpflanzte und grosszog, die Finanzen des Staates durch seine Experimente vollends zerrüttete, die kleine Geschäftswelt an den Bettelstab brachte und den Fluch der Mit- und Nachwelt auf sein Haupt lud. Wir wollen nicht ungerecht sein; Verfasser selbst glaubt nicht, dass Bruck sich persönlich grossen Reichthum erworben

hat, — er hatte bereits als er in den Staatsdienst trat sein Schäfchen im Trocknen, und war ein gewiegter, glücklicher Spekulant — aber Hunderte seiner Helfershelfer und Anhänger bereicherte er durch seine schwindlerische Finanzgebarung. Er schuf so recht eigentlich die Macht und das Ansehen der Geldjuden und gab dieser aller Gesinnung und Patriotismus baaren Kaste eine Bedeutung, an welche diese selbst nie gedacht hätte. Die Geldjuden die Todescos, Springers, Wodianers, Epsteins, bis herab zu den kleinern, den Brandeis, Weickersheims, u. s. w. gingen bei Bruck aus und ein, bald beherrschte er nicht mehr sie, sondern sie ihn. Die Juden, noch vor wenig Jahren fast mittelalterlich gedrückt, fühlten sich nun gehoben und wurden noch frecher und unverschämter als zuvor. Im Jahre 1859 hiess es allgemein, das Haus Brandeis - Weickersheim sei „wackelig“ geworden. Bruck wendete die Gefahr ab, stützte das Geschäft und rettete Madame Auguste Brandeis ihre Burgtheaterloge, ihre Pferde und Equipage und ihre glänzenden (!) Salons, in welchen die Börsenjuden vom Schlage der Ponzen, Manheimer und einige Burgtheater-Comödianten als Hauptkourmacher figuriren. — Bruck fehlte bei keinem Wiegenfeste, bei keiner silbernen Hochzeit einer Geldjudenfamilie, er war der Intimus derselben und wurde von „Frau Regine“ und „Frau Judith“ in ächt jüdischer Familiarität gewöhnlich nur „unser Bruck“ genannt. Seit Bruck datirt sich die eigentliche Judenwirthschaft in Oestreich, die Herrschaft der Börsen- und Geldmatadore, dieser Pest des Kaiserstaates. Bald wird es keinen Geldjuden in Oestreich mehr geben, der nicht baronisirt oder dekorirt ist. Wodianer ist Baron, Sina geheimer Rath und Grosskreuz der höchsten Orden, Todesco, Ritter von, die meisten übrigen besitzen Gross- und Comthurkreuze. Selbst der rothhaarige, geizige Jude Wertheim, der Reclameheld für die feuerfesten Cassen, die jedoch längst durch Concurrnz in Schatten gestellt sind, wurde Ritter, (edles Ritterthum!) und Truchsess. Ein anderer Jude, der mit Leder handelt, avancirte zum kaiserlichen Rathe. Der vor den Schranken des öffentlichen Gerichtes in seiner ganzen Erbärmlichkeit an den Pranger gestellte Börsenschwindler Eduard Warrers wurde k. k. Hofrath (!) und der Handelskammerjude Winterstein hat Aussicht, demnächst cisleithanischer Handelsminister und Excellenz zu werden. So stehen die Dinge in Oestreich, in Folge des Bruck'schen Systems. Die Börse regiert und die Minister verwalten nur noch. Der Credit-Actien-Schwindel, die Promessenwirthschaft, die Bruck nach Oestreich brachte,

haben Tausende zu Betrügern, Bettlern, Schurken und Selbstmördern gemacht.

Man entschuldige diese längere Abschweifung von unserem eigentlichen Gegenstande dem Verfasser. Sie schien mir nothwendig um den Beweis zu liefern, dass das Spiel auch dort fortbesteht, wo keine öffentlichen Spielbanken, keine Hazardspiele geduldet werden und in noch viel verheeren-derer Weise wirken kann als Phrao und Roulette. Oder fordert die „Lotterie“ etwa keine Opfer? Bringt sie keine eklatanten Fälle vor die Schranken der Gerichte? Ich er-innere nur an den Process Kallab, den bekannten Briefmarder in Wien im Jahre 1861. Kallab, ein Postbeamter, unter-schlug durch länger als ein Jahr Tausende von Geldbriefen, eignete sich das Geld an, und verspielte dasselbe in der kleinen Zahlenlotterie. Die unterschlagenen Gelder beliefen sich auf viele Tausende. Nur in einem Lande, wo die ganze Verwaltung so lüderlich, korrupt und schlaff, wie in Oestreich ist, wo fast jeder zweite Beamte von Oben bis Unten be-stechlich und zugänglich ist, wo namentlich das Postwesen, sich noch in einem Zustand der unglaublichsten Verwahr-losung befindet, konnte ein Schwindler so lange seinen fre-chen Betrug fortsetzen, ohne dass seine Vorgesetzten auf die Spur des Verbrechens kamen. Doch ist dieser Fall kein Vereinzelter. Von Monat zu Monat bringen die Gerichts-Verhandlungen in Wien ähnliche, von monatelang fortge-setzten Gelder-Unterschlagung, Cassendefraudationen u. s. w.; fast durchwegs hervorgerufene unglückliche Spekulationen im Spiele. Diese Thatsachen beweisen also, dass das öffent-liche Spiel auch ausserhalb den Spielbanken grassirt und mit der Aufhebung der letzteren wenig oder nichts erreicht werden wird, im Gegentheile die Spielsüchtigen und Spieler von Profession sich ein anderes Feld suchen werden, welches ihnen noch grössere Chancen bieten, aber im Falle des Miss-lingens auch desto sicherer ihren Ruin herbeiführen dürfte.

Ein anderer Einwand lautet: **Auch in allen anderen Staaten sind die Spielbanken aufgehoben, warum sollen wir sie allein in Deutschland fortbestehen lassen?**

Ist diese Behauptung wirklich so ganz richtig? Ich glaube nicht. In Frankreich und Italien sind die Spielbanken allerdings aufgehoben, nicht aber in England. Letzterer Staat lässt die Spielbank auf Helgoland fortbestehen und duldet auch in anderen Theilen Spielbanken allerdings mit sehr beschränkten Privilegien. Aber fragen wir weiter: Wird ungeachtet des Verbotes in den genannten Ländern nicht

doch sehr viel und sehr hoch gespielt? Hat das Verbot des Fortbestandes der Spielbanken in Frankreich oder Italien wirklich die völlige Beseitigung derselben zur Folge gehabt? Wer Paris näher kennt und seine Geheimnisse, die übrigens ziemlich offen am Tage liegen, erforscht hat, weiss, dass dort an die Stelle der öffentlichen concessionirten und vom Staate überwachten Spielbanken eine Anzahl geheimer Privat- und Winkel-Spielbanken getreten sind, welche sich jeder Controlle entziehen und dem gemeinen Betrüge durch Berauschung der ins Garn gelockten Spieler mit sinnlichen Genüssen, starken betäubenden Weinen, lüsternen halbnackten und mit ihren Reizen freigebigen Weibern, Thor und Riegel geöffnet ist. Solche Spielbanken finden sich allenthalben, wo das öffentliche Spiel nicht concessionirt ist, ja sie sind die eigentliche Folge der Aufhebung der Spielbanken, gleichwie in grossen Städten die geheimen Krankheiten und die Freudenmädchen sich mehren, wenn man die Bordelle aufheben zu müssen glaubt. Wo die Leidenschaften vorhanden sind, da nützen alle Vorsichts- und Präventivmassregeln verdammt wenig! *Naturam expellas furca, usque tandem recurret!* Ich komme wieder auf Oestreich zurück. Obwohl in diesem Staate keine öffentlichen Spielbanken geduldet und die Hazardspiele durch die Strafgesetze verboten sind, wird doch in keinem Lande so hoch gespielt und so toll hazardirt als gerade in Oestreich.

Ich spreche jetzt nicht in Hyperbeln oder Bildern, sondern halte mich an Thatsachen. Ich habe nicht bald an einer Spielbank so gewagt spielen gesehen als im Wiener Cavalier-Casino in der Herrengasse. Die Grafen Szapary und Hunyadi verloren dort manchmal in wenigen Stunden 80,000 bis 100,000 Gulden. Spieler von Profession waren dort vor einigen Jahren die jungen Fürsten Windisch-Grätz und Schwarzenberg (der Gemahl der schönen schlanken Fürstin Ida geb. Lichtenstein). In Oestreich grassirt überhaupt die Spielwuth. Radetzky war ein Hauptschuldenmacher und hoher schmutziger Spieler, der stets bis über den Kopf in Schulden sass und dennoch das „verdammte Würfelspiel“ nicht sein lassen konnte. Er spielte mehr als einmal auf „Ehrenwort“ und vergass Monate lang zu zahlen, bis er nach vergeblichen Mahnungen eingeklagt wurde. Fast alle 14 Tage lief eine Klage gegen den alten Haudegen beim Kriegsministerium ein, die dann regelmässig natürlich ad acta gelegt wurde, denn wer hätte den Muth gehabt, den „Retter der Monarchie“ vor das Forum des Gerichtes zu ziehen. Die Gläubiger Radetzkys

mussten Geduld haben, bis der alte Herr zahlungsfähig wurde, und damit hatte es gute Weile. Ein noch grösserer F... war Radetzky's Freund und Helfershelfer der Graf Pacht, der Hunderttausende mit Freudenmädchen und im Spiele durchbrachte. Nur Radetzky's Protektion schützte diesen saubern Patron vor dem Schuldenarreste oder gar einem Betrugs-Process. Statt in den Arrest, wanderte Pacht in das Gouvernements-Gebäude, wurde Civilkommissär Radetzky's, pumpte und spielte neuerdings fort und saugte die Lombardei aus. In solchen Händen war die Civil- und Militärverwaltung des „an Ehren reichen“ Oestreich! Der Armeelieferant Hr. v. Pargfrieder zahlte mehrmals Radetzky's Schulden, (er wusste wohl warum!); auch Franz Joseph liess sich herbei, seinem alten Heldenmarschall mehrmals aus dringlichen Verlegenheiten zu helfen. Jelacic, der „ritterliche Croatenführer“ wie man ihn nannte, in Wahrheit der frechste, charakterloseste Abentheurer jener bewegten Zeitepoche, war ebenfalls ein hoher Spieler. „Pharao“ und „halb Zwölf“ hatten ihn derart herabgebracht, dass er tief in Schulden stack und der Cassation verfallen sein würde, wenn nicht die mittlerweile eingetretenen Ereignisse des Jahres 1848 und die listige Schlaueit, mit welcher er die Umstände auszubeuten wusste, ihn aus der Patsche und in die Arme eines alten lüsternen Weibes geführt hätten, die ihre letzte Gluth von ihm stillen liess und zum Danke für seine Dienste ihn aus dem Schlamassel rettete. Der dreiste Aventurier zog, gelockt von der hinterlistigen Zweideutigkeit des Wiener Hofes mit seinem Raubgesindel von Rothmäntlern und Panduren bis vor die Mauern Wiens, schloss sich Windisch-Grätz's Truppen an, liess seine Croaten in den Vorstädten Wiens plündern, die Bewohner massakriren, Mädchen schänden und schwangeren Weibern den Bauch auf- und die Brüste abschneiden,*) u. s. w.

Zum Danke für diese Scheusslichkeiten wurde er der bevorzugte Liebling der Erzherzogin Sophie und erhielt als Mitretter der Monarchie eine Dotation von 500,000 fl. (gleich Haynau und Radetzky) aus den Contributionen, welche die edlen k. k. Heerführer den eigenen Völkern auferlegt hatten. Man gab ihm später, um den Schein zu retten, auch eine Frau (eine Comtesse Stockau), doch Jelacic blieb bis an sein Lebensende ein Lump und schwindlerischer Roué. Bald war die Dotation verspielt und Jelacic musste sich wieder von Weibern

*) Historische Thatsachen.

souteniren lassen. Er starb, physisch und moralisch elend und hinterliess nichts als immense Schulden. Sein eigenes Volk — die Croaten — die er um seinen Ehrgeiz zu fröhnen, nach Wien und Italien geschleppt hatte, fluchen seinem Andenken als einem Betrüger und Camarillaknecht, der Croaten noch tiefer ins Elend gebracht hatte, als es jemals war. Aber auch bis in die höchsten Kreise Oestreichs drang die Spielwuth.

Erzherzog Carl Ferdinand — der Sohn des wirklichen Helden Carl und Bruder des Helden von Custozza, Albrecht, eine gutmüthige, aber äusserst beschränkte Natur, wie fast alle Prinzen dieser in ihrem Verfall befindlichen Dynastie, brachte durch massloses Spiel sich und zahlreiche Offiziere in Fatalitäten. Als General dem Landescommando in Prag zugetheilt, organisirte er eine förmliche Spielbank, gewann Anfangs Tausende von leichtsinnigen Cavaliersöhnchen, verlor aber bald wieder Hunderttausende. — In seiner Bedrängniss wendete er sich an den Cardinalerzbischof Schwarzenberg in Prag, der gutmüthig genug war, die Schulden des jungen leichtsinnigen Verschwenders zu bezahlen. Später musste auch der alte „Kaiser in Pension“ Ferdinand I., der überhaupt für alle schuldenmachenden Prinzleins der Retter in der Noth wurde, in seine Tasche greifen und für seinen lieben Vetter Wechsel einlösen. Während der Prinz später Mittel und Wege fand, sich zu rangiren — er heirathete die Wittve eines verstorbenen Prinzen von Este, die früher wegen ihrer Schönheit berühmte jetzt kupferfarbige Erzherzogin Elisabeth, Besitzerin mehrerer Millionen, welche früher sich einer noch höheren Liaison zu erfreuen gehabt haben soll, und in Folge derselben, wie verlautete aus bewandten Umständen einen Ehegatten benöthigte — waren viele weniger glückliche Offiziere durch die Passion des Erzherzogs total ruinirt worden.

Ueberhaupt ist das Hazardiren in den Militärkreisen in Oestreich nur allzusehr eingerissen. Das Militär hat in Oestreich noch immer das Privilegium, die Gesetze — nicht zu beobachten. Man weiss von der Existenz der geheimen Spielbanken in Wien, Prag, Pesth, aber die Polizei hütet sich, dagegen einzuschreiten, denn das Militär hat gleich dem Clerus eine exemte Stellung im Staate. In dem Militärcafé (Daum) am Kohlmarkte in Wien wird von den durchwegs reichen und adeligen Cavallerieoffizieren ganz ungenirt hazardirt und Niemanden fällt es ein, hierin Etwas gesetzlich strenge Untersagtes zu erblicken. In Ungarn wo die Gesetze — wenn überhaupt noch welche existiren, — nur dazu gemacht zu sein scheinen, um nicht beobachtet zu werden, ist

das Hazardspiel Etwas ebenso Alltägliches, wie die öffentliche Bordellwirthschaft in den Cafées der Waitznerstrasse in Pesth. Alles spielt in Ungarn Hazard; vom Landedelmann, d. h. dem geadelten Schweinhirten, der in der Schenke spielt, bis zum Magnaten der Stephanskronen. Selbst die hochwürdigen Herren, die überhaupt nur von den französischen Abbés an weltlichen Gesinnungen, Galanterie und Toleranz für gewisse Schwächen übertroffen werden, betrachten das Spiel als eine gesunde, angenehme Zerstreuung jener Stunden, die nicht dem Weinberge des Herrn gewidmet sind.

Der schöne und chevalereske Bischof Forgach in Gran, die rechte Hand des früheren Primas ist ein Hazardspieler *comme il faut*, der an jeder Spielbank Aufsehen erregen würde. Vor kurzer Zeit wurde die unfreiwillige Abreise eines hohen ungarischen Kirchenfürsten ruchbar, der nicht weniger als 300,000 Gulden verspielt hatte und enorme Schulden hinterliess. Der würdige Mann büsst nun sein „frevelhaftes Spiel“ in einem Kloster Roms ab, seine Gläubiger aber haben dabei ihr Geld eingebüsst.

Ich könnte die *Chronique scandaleuse du jeu! en Autriche* bis ins Unendliche ausführen, für unsern Zweck genügt das bisher Mitgetheilte.

In Berlin ist es nicht viel anders, und man hebe heute die Spielbanken in Ems, Wiesbaden, Homburg etc. auf, morgen bereits wird das Spiel von Neuem unter veränderten Formen fortgesetzt werden. Die Professions- und Leidenschaftsspieler werden bald die neuen geheimen Lokale ausgemittelt haben und unter dem Rufe: „*Le jeu est mort, vive le jeu*“ ihre Thätigkeit *mutatis mutandis*, beginnen!

Fort mit allen Spielbanken! lautet der Loosungsruf der Gegner dieser Institute. Man kann selbst auf Seite der Gegner nicht verhehlen, dass ein einseitiges Vorgehen irgend einer Regierung unsäglichen Schaden für die betreffende Stadt bringen würde und wünscht daher einen gleichmässigen Beschluss jener deutschen Staaten, in welchen noch Spielbanken bestehen (Preussen, Hessen-Darmstadt, Baden). Aber selbst angenommen, ein solcher käme zu Stande, glaubt man, es würde dadurch möglich sein, das öffentliche Spiel überhaupt zu verbannen, das Prinzip in seiner Starrheit durchzuführen? Würden die nichtdeutschen Länder und Staaten sich an diese Beschlüsse kehren, würde die Spielbank in Helgoland deshalb aufhören, zu bestehen? Würde die Spekulation nicht etwa neue Punkte aufsuchen, und in Ländern Spielbanken errichten, wo bisher keine bestanden haben? Hält man es für unmög-

lich, von dem gegenwärtigen ungarischen Ministerium die Konzession zur Errichtung einer Spielbank in dem von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewinnenden Bad Füred, oder wohl gar im Kaiserbad bei Ofen, oder in der Hauptstadt des Königreichs selbst zu erhalten? In Ungarn ist man nicht einfältig genug, Vortheile, die dem Lande auf irgend eine Art sich bieten könnten, rigoros zurückzuweisen. Man greift dort vielmehr zu, wenn und wo immer sich eine Gelegenheit bietet. Durch Aufhebung sämtlicher Spielbanken Deutschlands wird daher höchstens das Eine erzielt, dass wie schon im früheren Absatz nachgewiesen wurde, Winkelbanken entstehen und das geheime Spiel florirt und dass der Fremdenverkehr von unseren Städten abgelenkt und nach anderen Punkten hingelenkt wird, so dass auf unsere eigenen Kosten andere Striche zu Wohlstand und Ansehen gelangen.

Ich glaube so ziemlich die Argumente erschöpft zu haben, welche für sofortige Aufhebung der Spielbanken geltend gemacht werden; das Fehlende werden die Leser sich aus den früheren Capiteln ergänzen. Ich schliesse mit der nochmaligen wohlgemeinten Warnung an die Regierungen, sich die Sache zweimal zu überlegen bevor sie einen endgiltigen Beschluss fassen. Die badische Regierung hat kürzlich den allein hier möglichen und gerechten Weg des Compromisses betreten und den Spielpacht in Baden-Baden bis 1870 verlängert, hoffen wir, dass auch die königl. preussische Regierung in dieser Weise vorgehen und mehr das öffentliche Wohl und Wehe der Städte und Bevölkerungen berücksichtigen, als auf das Geschrei einzelner Fractionen hören werde, die jetzt um so heftiger und fanatischer gegen die Spielbanken wüthen, je mehr sie, Dank der Festigkeit der Regierung, nach anderen Richtungen an Boden und Macht verloren haben.!



lich von dem gegenwärtigen ungarischen Ministerium die Konzession zur Errichtung einer Spielbank in dem von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewinnenden Bad Füzess, oder wohl gar im Kaiserbad bei Ofen, oder in der Hauptstadt des Königs reichs selbst zu erhalten? In Ungarn ist man nicht eintätig genug, Vortheile, die dem Lande auf irgend eine Art sich bieten könnten, rigoros zurückzuweisen. Man greift dort viel mehr zu, wenn und wo immer sich eine Gelegenheit bietet. Durch Aufhebung sämtlicher Spielbanken Deutschlands wird daher höchstens das Eine erzielt, dass wie schon im früheren Absatz nachgewiesen wurde, Winkelbanken entstehen und das geheime Spiel flort und dass der Fremdenverkehr von unseren Städten abgelenkt und nach anderen Punkten hingelenkt wird, so dass auf unsere eigenen Kosten andere Striche zu Wohlstand und Ansehen gelangen.

Ich glaube so ziemlich die Argumente erschöpft zu haben, welche für sofortige Aufhebung der Spielbanken geltend gemacht werden; das Fehlende werden die Leser sich aus den früheren Capiteln ergänzen. Ich schliesse mit der nochmaligen wohlgemeinten Warnung an die Regierungen, sich die Sache zweimal zu überlegen bevor sie einen endgiltigen Beschluss fassen. Die badische Regierung hat kürzlich den allein hier möglichen und gerechten Weg des Compromisses betreten und den Spielpacht in Baden-Baden bis 1870 verlängert, hoffen wir, dass auch die königl. preussische Regierung in dieser Weise vorgehen und mehr das öffentliche Wohl und Wehe der Städte und Bevölkerung berücksichtigen, als auf das Geschrei vereinzelter Fractionen hören werde, die jetzt um so heftiger und fanatischer gegen die Spielbanken wüthen, je mehr sie, Dank der Festigkeit der Regierung, nach anderen Richtungen an Boden und Macht verloren haben!



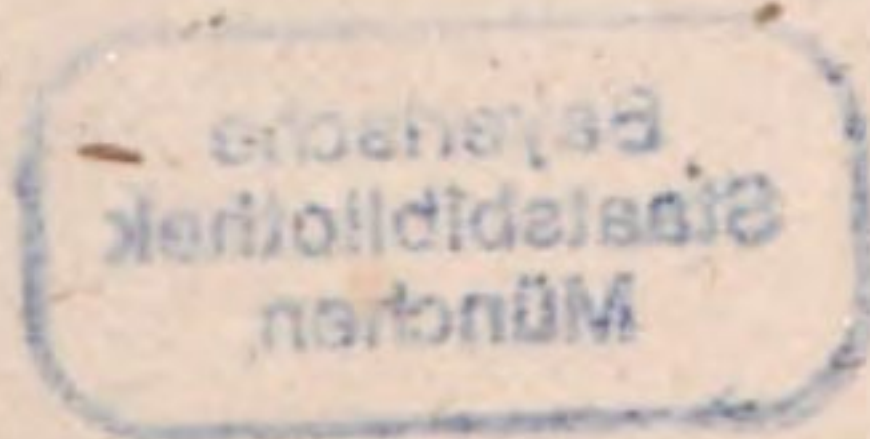
Das neueste Stadium der Spielbankfragen.

In Wiesbaden fand am 6. September eine ausserordentliche Generalversammlung der Actionäre der Curetablissements von Wiesbaden und Ems statt, worin zunächst die von dem Minister des Innern wegen Abänderung der Spielverträge gemachten Vorschläge bekannt gegeben und der Versammlung zur Beschlussfassung unterbreitet wurden. Wir entnehmen den Regierungsvorschlägen die nachstehenden vier wesentlichen Punkte: 1) die Regierung gestattet die öffentlichen Spiele in Ems und Wiesbaden noch bis zum 31. December 1870; 2) übernimmt beim Aufhören des Spiels an genanntem Termine die Mobilien und Geräthschaften der Actiengesellschaft zu einem, durch das Feldgericht zu Wiesbaden festzustellenden Taxwerthe. 3) Die Gesellschaft zahlt für diese Vergünstigung ausser den seitherigen Leistungen an die preussische Staatscasse am 31. December 1867 und 1868 je 400,000 fl. und am 31. December 1869 200,000 fl.; aus welchen zu gemeinnützigen Zwecken für Erhaltung der Anlagen in Ems und Wiesbaden ein Fonds gebildet werden soll, über welchen jedoch die Regierung nach ihrem freien Ermessen zu verfügen sich vorbehält. 4) Die Actiengesellschaft verzichtet ausdrücklich auf alle aus den früheren Verträgen ihr zustehenden Rechte und etwaigen Entschädigungen. — Den Gang der hierauf eröffneten Debatte ausführlich zu schildern, verbietet uns der Raum eines politischen Blattes. Wir theilen daher nur die Abstimmungen über die Regierungsvorlage mit, die einstimmig abgelehnt, und einen von Herrn Dr. Berlé gestellten Antrag, der mit 341 gegen 50 Stimmen angenommen wurde. Der Antrag lautet nach der angenommenen Fassung im Wesentlichen wie folgt: Die Generalversammlung ermächtigt neben den zwei Direktoren der Administration noch

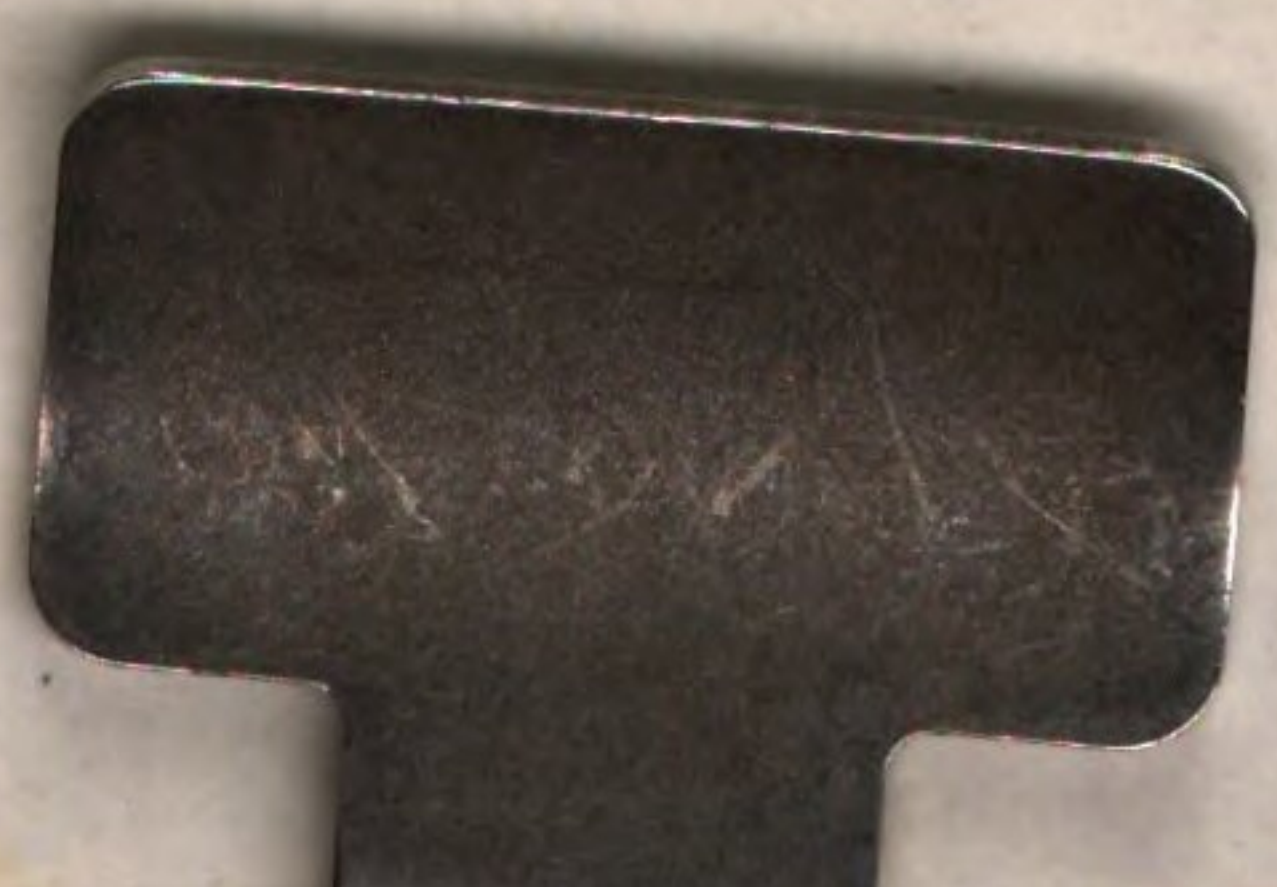
fünf Mitglieder, über die Abänderung der bestehenden Verträge mit der k. Regierung zu unterhandeln und auch zu beschliessen für den Fall, dass die sieben Mitglieder der von ihr gewählten Commission über die betreffenden Absprechungen sämmtlich einverstanden sind. Herr Dr. Berlé hatte seinem Antrage eine sehr ausführliche und umsichtige Begründung vorausgeschickt, welcher wir die nachstehenden Hauptgesichtspunkte entnehmen. Zunächst betonte er die Rechtsverbindlichkeit der bestehenden Verträge auch für die k. preussische Regierung. In Berlin habe man diese Rechtsverbindlichkeit jedenfalls selbst anerkannt, denn im gegen-theiligen Falle würde man sich nicht herabgelassen haben, mit der Actiengesellschaft zu unterhandeln. Auch die Berufung auf die öffentliche Meinung und deren Odium gegen öffentliche Spiele könne keinen Grund zur Aufhebung der Verträge bieten, so lange man die Classenlotterie noch fortbestehen lasse. Auch dieses Spiel beute die Bevölkerung systematisch aus. Oder dann hätte man auch die Adelsvorrechte aufheben müssen ohne Entschädigung; diese seien doch auch gemeinschädlich gewesen; aber trotzdem habe man sie abgelöst.... Wolle sich aber trotzdem die Regierung auf ihre Macht stützen und jeden Mittelweg verschmähen, dann bleibe nichts anderes übrig, als dass die Gesellschaft den Rechtsweg beschreite und bei der Zuverlässigkeit und Ehrenhaftigkeit des preussischen Richterstandes brauche man etwaige „Beeinflussungen“ nicht zu befürchten. Ausserdem berief sich der Redner auf die kgl. Proklamation vom 6. October v. Js. und das den Wiesbadenern gegebene Versprechen, alle Privatrechte und die Interessen der Stadt zu schonen, und führte dann des Weiteren aus, wie sehr Wiesbaden durch Aufhebung der Spiele geschädigt würde in seinen Kur- und Lebensinteressen. Wiesbaden würde durch die Entwerthung des Grundeigenthums verarmen; die königl. Regierung könne daher unmöglich das Odium auf sich laden, blühende Städte wie Ems und Wiesbaden durch plötzliche Aufhebung des Spiels zu ruiniren. Hierauf deducirte der Redner die Unannehmbarkeit der gestellten Propositionen, weil dadurch die Actionäre nicht nur ihr Gesellschaftsvermögen, sondern auch das eigene gefährden würden, da die geforderte Million aus den Spielertragnissen zu entrichten vielleicht unmöglich werde, namentlich wegen der von Frankreich her drohenden Kriegseventualitäten. Schon der Ausfall in den Cassen im vorigen Jahre habe es gelehrt, wie nachtheilig ein kurzer Krieg auf die Badeorte wirke, und der Krieg mit Frankreich werde voraussichtlich nicht in

sieben Tagen und sieben Wochen, vielleicht auch nicht in sieben Monaten beendet. Bei einem solchen Ausfall an Einnahmen würde am Ende der Betriebsfonds erhalten müssen, und wenn dieser verbraucht sei, so könnten die Actionäre in die Lage kommen, einen neuen Betriebsfonds nachzuschliessen u. s. w. Desshalb seien die Propositionen absolut nicht annehmbar. Aber trotzdem solle man der Regierung doch entgegenkommen und hiezu eigne sich der von ihm gestellte Antrag, den er anzunehmen bitte. Hr. Julius Steffens von Frankfurt bekämpfte den gestellten Antrag in formeller Beziehung, will auch der Commission nur eine berathende Stimme zugewiesen haben. Ausserdem rath er ab, die Regierungsvorlage anzunehmen, denn Nauheim und Wildungen hätten bewiesen, dass die Banken auch schlechte oder gar keine Geschäfte machen können. Zuletzt beruft sich Redner auf das Vertrauen in das gute Recht und appellirt an die Gerechtigkeitsliebe des Königs. Hr. Sensal Drucker aus Frankfurt betont die Rechtsverbindlichkeit der Verträge im Hinblick auf viele fremde Actionäre, die im Vertrauen auf ihr Recht Actien gekauft hätten, die so sicher seien, als wie die nassauischen Staatspapiere; dieses Vertrauen könne zu keinen Verlusten führen, da sich Preussen von jeher als Rechtsstaat betrachtet habe und auch in vorliegender Angelegenheit seinem guten Namen Ehre machen müsse, er betrachte daher die Regierungsvorschläge als Basis zu weiteren Verhandlungen. Dies sind die Hauptgesichtspunkte, die in der Debatte geltend gemacht wurden. Die Abstimmungen haben wir oben bereits erwähnt; die Wahl der Commission wurde am Schluss der Sitzung vorgenommen, und es wurden gewählt ausser den beiden Herren Directoren Schwendt und Reist die Doctoren Leissler jun. und F. Berlé, Rentner, Zollmann, Bauunternehmer W. Rücker, Kaufmann Ph. Fehr. Täglich hält die Commission unter Vorsitz des Herrn Wohlers Sitzungen ab.

Während des Druckes dieser Brochüre findet die Nachricht von Fortdauer des Spieles bis 1870 Bestätigung. Die Zeitungen berichten hierüber: Das Ministerium des Innern hat sowohl den von dem Stadtdirector Freiherrn von Göler, als Vorstand der Badeanstaltencommission mit Herrn Benazet abgeschlossenen neuen Spielvertrag, als auch die in gleicher Richtung gefassten Beschlüsse des hiesigen Gemeinderaths genehmigt und deren alsbaldige Ausführung angeordnet. Die



Hauptpunkte des bis Ende 1870 verlängerten Spielpachtvertrages sind die folgenden: Während der nächsten drei Jahre zahlt Herr Benazet einen jährlichen Pacht von 300,000 Gulden, woraus ein Reservefonds gebildet wird. Das brillante Inventar des Conversationshauses und des Theaters wird dem Badefonds am Schlusse des Jahres 1870 unentgeltlich überlassen; ebenso die Rennbahn von Iffezheim mit ihrem gesammten Inventar. Sämmtliche Räume des Conversationshauses und des Restaurant werden heizbar gemacht, bleiben während des Winters geöffnet und werden zu geselligen Zusammenkünften, Concerten, Bällen etc. benutzt, um für die Fremden einen steten Mittelpunkt des Verkehrs zu bilden. Baden wird also zum erstenmal im nächsten Winter eine wirkliche Wintersaison haben. Zur Verbesserung des Oosbeetes und zur Förderung der Gesundheitspflege werden die Mühlenrechte an der Oos angekauft und Wasserleitungen angelegt, womit die Erfüllung eines längst ersehnten Wunsches, die Anlegung eines grossen Springbrunnens vor dem Conversationshause, verbunden sein wird. Auch neue Orangeriehäuser lässt Herr Benazet erbauen: er hat zur Ausführung aller dieser Bauten der Regierung ein bedeutendes Capital (man sagt 250,000 fl.) zur Verfügung gestellt. Die Grossherzogliche Regierung lässt ihrerseits noch in diesem Herbst die Erbauung neuer Verkehrsbuden an der Promenade in Angriff nehmen; dieselben werden in sehr gefälligem Styl, in Holz und Eisen, ausgeführt. Auch die Erbauung eines neuen Dampfbades ist nun beschlossene Sache. Die kürzlich erfolgte Ernennung eines neuen Badearztes in der Person des Dr. Frech wird sowohl diesem Projekt als der Verbesserung der Curanstalten überhaupt von Nutzen sein, da Dr. Frech sich in eingehendster Weise seit Jahren mit diesen Fragen beschäftigt hat. Auch die Stadt Baden wird nicht zurückbleiben, um Badens Zukunft grosse aber erspriessliche Opfer zu bringen. Zur Errichtung eines Gymnasiums hat sie 80,000 fl. und 4000 fl. jährliche Subvention; zur Errichtung einer höhern Töchterschule 75,000 fl. und 3000 fl. jährliche Subvention; zur Verbesserung der Sanitätsverhältnisse der Stadt durch zweckmässige Canalanlagen etc. 120,000 fl.; zur Anlegung neuer Wege 36,000 fl. — in runder Summe 312,000 fl. bewilligt. In den drei nächsten Jahren wird also hier im grössten Styl daran gearbeitet werden, Baden-Badens Zukunft gegen alle Eventualitäten sicher zu stellen und seinen Ruf ihm dauernd zu erhalten.



Zet

Sylva, J.

Fort mit den Spiel-Banken! Ein Loosungswort der Gegenwart! Unparteiisches Gutachten über die Berechtigung dieser Forderung, über die Gemeinschaftlichkeit der Spiel-Banken und eine billige zweckentsprechende Lösung dieser Frage

München 1867

Pol.civ. 142 xt

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10767455-0